Nr. 219 Montag, 19. September 1921 28. Jahrgang

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telephon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postscheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 13093. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelzeile 7.50 Mk — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721 Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Sturz der Reichsregierung.

Das ist der nächste Plan aller Reaktionäre in und außerhalb der deutschnationalen Partei. Mag Stresemann noch so geschäftig im Land umherreisen und der Oeffentlichkeit die Treue zur Verfassung und zur Republik beteuern, er wird wenig Gläubige finden. Seine Taktik geht nur dahin, seine Partei wieder in die Regierung zu bringen, dann wird die Sache schon geschoben werden. Von der Seite arbeiten die Reaktionäre nach einem neuen Plane, die ihnen so verhaßte Regierung Wirth so schnell als möglich zu beseitigen. Zwei Minister und obendrein Parteigenossen von Wirth sind es, die am vergangenen Sonnabend sich als Regierungsstürzer betätigten: Der preußische Ministerpräsident Stegerwald, der Papagei der Deutschnationalen, und der bayrische „Sozialminister" Oswald. In seiner Rede hat Oswald gefordert:

1. Unter keinen Umständen eine Koalition mit der Sozialdemokratie.
2. Festhalten an der bisherigen Koalition.
3. Zurück zu Kahr!

Dann hat er behauptet, das Reich wolle die Einzelstaaten schlucken, es werde schon ein entsprechender Entwurf ausgearbeitet. Darauf antwortet die Reichsregierung:

„Der Herr Minister Oswald spricht davon, daß der Berliner Magen sich bereits nach dem bayrischen Budgetrecht sehne und dieses dem Berliner Magen einverleiben wolle. Berlin werde in diesem Bestreben von einer außerdeutschen Stelle unterstützt. Der Grund zu diesem Vorgehen des Reiches sei die Hoffnung, mit Hilfe des bayrischen Etats eher das Ultimatum erfüllen zu können. Herr Minister Oswald fordert selbst den Reichskanzler zu einer Stellungnahme zu solchen Gerüchten auf. Dies geschieht hiermit:

Der Reichsregierung ist von solchen Plänen und Absichten nichts bekannt. Diese würden auch der Auffassung des Reichskanzlers in keiner Weise entsprechen. **Die Gerüchte, die der Herr Minister Oswald voreilig weitergegeben hat, sind frei erfunden und gehören in das Gebiet jener tendenziösen Verleumdungen, die in letzter Zeit in Umlauf gesetzt werden, um die Reichsregierung zu diskreditieren.**

An einer anderen Stelle seiner Rede hat der Herr Minister Oswald davon gesprochen, daß die Regierungspolitik unter Einflüssen von außen stehe. **Eine solche Unterstellung entspricht nicht den Tatsachen und muß im Interesse der Würde des Reiches zurückgewiesen werden.**

Ferner hat der Minister in seiner Rede den Vorwurf erhoben, man habe in Berlin die bayrische Verkehrs-, Finanz- und Heereshoheit verschachert. Die Abgrenzung der Souveränität der Länder im Verhältnis zum Reiche ist in der Weimarer Verfassung festgelegt, alle weiteren Regelungen erfolgten auf Grund und im Rahmen dieser verfassungsmäßigen Bestimmungen, an denen Bayern sowohl durch seine Volksvertretung als auch durch seine Staatsorgane mitgewirkt hat. Es kann also billigerweise nicht von einem einseitigen Akte der Reichsregierung, geschweige denn von einer Verschacherung bayrischer Rechte die Rede sein. **Im Gegenteil, bei den Auseinandersetzungen zwischen Bayern und dem Reiche ist auf die bayrischen Wünsche mehr als auf die jedes andern Landes Rücksicht genommen worden.**"

Leider ist die Reichsregierung den bayrischen Reaktionären zuviel entgegengekommen und hat sie in ihrem Widerstande nur bestärkt; das einzige, das diesen Schädlingen imponiert, ist kräftiges Zufassen.

Stegerwald ist den bayrischen Regierungsstürzern mit einer Erklärung wegen des Weismannschen Berichts beigesprungen, um Wirth ein Bein zu stellen; sie lautet:

„In der vom Reichskanzler am 15. September im Ausschuß des Reichstages verlesenen Niederschrift, die der preußische Staatskommissar für öffentliche Ordnung dem Reichskanzler auf dessen Wunsch übergeben hat, ist von Ermittlungen die Rede, die in Bayern von dem Staatskommissar veranlaßt worden sind. Die Ermittlungen haben im Mai 1920 stattgefunden, und zwar auf Anordnung der damaligen Reichsregierung. Zur Erklärung hierfür diene, daß der preußische Staatskommissar für öffentliche Ordnung seit dem Bestehen dieser Einrichtung auch von den Reichsinstanzen in Anspruch genommen wird und von diesen Aufträge empfängt! Das Reichskommissariat für öffentliche Ordnung war zudem damals erst im Entstehen begriffen. Das preußische Staatsministerium hat von den durch seinen Staatskommissar angestellten Ermittlungen erst durch die Verlesung der Niederschrift durch den Reichskanzler im Reichstagsausschuß Kenntnis erhalten.

Das Staatsministerium bedauert, daß derartige Schritte eines seiner Organe in einem andern Lande stattgefunden haben, ohne daß darüber die Regierung dieses Landes unterrichtet war.

Es bedauert weiter, daß darüber der Oeffentlichkeit Mitteilung gemacht wurde, bevor die Regierung des beteiligten Landes die Möglichkeit gehabt hatte, sich zu dem Ergebnis der damaligen Ermittlungen zu äußern. Gegen eine Wiederholung derartiger Vorkommnisse sind die geeigneten Vorkehrungen getroffen."

Die Antwort der Reichsregierung auf diese Anrempelei wird erfolgen müssen, doch erhalten wir folgende Meldung:

Berlin, 19. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Wie die Welt am Montag von zuständiger Seite hört, ist bisher auf die amtliche Erklärung der preußischen Regierung vom Sonnabend weder eine öffentliche Antwort von der Reichsregierung beschlossen worden, noch werde sie voraussichtlich erfolgen.

Der alte Kurs in Bayern.

Schnelle Justiz.

München, 19. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Verhandlung gegen den Abgeordneten Genossen Fischer wegen Aufforderung zum Hochverrat (er hatte damit gedroht, daß die nordbayrischen Arbeiter daran denken, unter Anschluß an das Reich eine Republik Franken zu bilden und so Nordbayern von Südbayern zu trennen), findet bereits heute vormittag vor dem Münchner „Volksgericht" statt, um zu verhindern, daß am Mittwoch das Plenum des Landtages die Einstellung des Verfahrens beschließt. Der Verteidigung ist nicht einmal Zeit gelassen, die notwendigen Entlastungszeugen durch das Gericht laden zu lassen.

Reichstagsabgeordneter Remmele verhaftet

München, 19. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In München sind seit langem kommunistische Versammlungen verboten, selbst Mitgliederversammlungen. Gestern fand hier trotzdem eine **Mitgliederversammlung der VKPD.** statt. Die Polizei erhielt jedoch durch einen Spitzel davon Kenntnis und **verhaftete sämtliche Teilnehmer,** darunter auch den kommunistischen Reichstagsabgeordneten Remmele. Alle Verhafteten wurden nach ihrer Vernehmung wieder auf freien Fuß gesetzt, nur **Remmele blieb in Haft.** Es ist nicht ausgeschlossen, daß man ihn in München in aller Schnelligkeit vor ein Volksgericht stellt, um ihn aburteilen zu können, bevor der Reichstag zusammentritt und seine Haftentlassung beschließen kann, ähnlich, wie man die schnelle Justiz bei dem Landtagsabgeordneten Fischer anwendet.

Die Mordhetze in München geht weiter.

München, 19. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Gestern verbreiteten in München die Hakenkreuzler Pogromflugblätter in vielen Tausenden Exemplaren. In einem dieser Flugblätter wird die Teuerung und die Erbitterung gegen den Wucher ausgenützt, um **gegen die Sozialisten und Juden** zu hetzen. Ein anderes wendet sich gegen den ehemaligen Minister Auer (Rechtssozialist) und tritt für Kahr ein. Das Schlimmste aber ist ein drittes Flugblatt **„Die Sowjetjuden als Minister".** Darin wird das russische Elend dargestellt und behauptet, daß russische Mütter ihre eigenen Kinder verkauften. Das ganze russische Elend komme nur von den Juden, die dort regierten. Rußland sei aber bereits eine Leiche und deshalb wanderten die Juden. Die Mordkanaille brauche neue Opfer und das sei Deutschland. Schon habe heute der Mann maßgebenden Einfluß, der einst erklärte, daß der Bolschewismus infolge der dort vorwiegenden zahlreichen Intellektuellenkreise glänzend blühen müsse, Rathenau. Und wirklich beginne auch schon die Flut der jüdischen Bluthunde aus Rußland sich nach Deutschland zu ergießen. Die jüdischen Arbeiterkommissäre und Arbeitermörder aus dem Osten haben die hungernden Millionen verlassen und prassen in unserm Hotel. In diesem Ton geht es weiter. Zum Schluß heißt es: „Nicht um Bayern handelt es sich, nicht um Kahr und nicht um Poehner, nicht um Roth und nicht um Unitarismus und Föderalismus, sondern darum, **ob heute die Berliner Sowjetjuden Bayern und dem Reiche ihren Willen aufzuzwingen vermögen.** Nicht weil wir Bayern sind, werden wir von Berlin verfolgt, sondern weil diese Juden in uns die letzten Deutschen sehen und dazu finden sich Männer bereit, Handlangerdienste zu leisten. Dazu findet der Sowjetjude bereits Verbündete unter uns. **Weg mit den Bonzen und Ministerschiebern.** Euer Bestreben, durch die Drohung, Franken von Bayern zu reißen, **Bayern zum Hörigen der Berliner Juden zu machen,** soll eine Antwort bekommen, daß euch kein Kirchenlicht, sondern **ein Marine-Scheinwerfer aufgeht.** (Dieser Fachausdruck mit dem Marine-Scheinwerfer läßt darauf schließen, daß der Verfasser des Flugblattes der Marinebrigade Ehrhardt angehört).

Das ganze Flugblatt ist nichts anderes, als eine **neue Mordverkündigung der Münchner Mörderzentrale,** die sich **als nächstes Opfer Walter Rathenau** ausersehen hat.

Wer hält die oberschlesischen Freikorps aus?

Berlin, 19. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Ueber die verfassungsfeindlichen Organisationen in Schlesien berichtet das Hamburger 8-Uhr-Abendblatt in einem Artikel. Es gibt genauere Einzelheiten über den Aufenthalt von Ehrhardt und anderen in Oberschlesien und über ihre Beziehungen zum Freikorps Oberland. Das Blatt nennt die Geldgeber für das Freikorps. Es stifteten für das Korps Frankenberg, Tillowitz drei Millionen, Graf Praschma 2 Millionen, Gräfin Saurma 2 Millionen, Graf Sierstorf 2 Millionen.

Blutige Zusammenstöße zwischen Polizei und demonstrierenden Arbeitern in Genf.

Genf, 16. September. Zwischen einem Demonstrationszug der Allgemeinen Gewerkschaften und der Straßenbahner, die rote Fahnen mitführten, und der Polizei kam es hier zu **blutigen Zusammenstößen. Es fielen Schüsse.** Die roten Fahnen wurden heruntergerissen. Die Polizei verhaftete mehrere Personen. **Einige Beamte und mehrere Demonstranten wurden verletzt.**

Das Ende der Dolchstoßlegende.

In den letzten Tagen sind eine Anzahl Dokumente veröffentlicht worden, die unwiderleglich dartun, daß im Herbst 1918 nicht nur jeder weitere militärische Widerstand Deutschlands unmöglich war, sondern daß Erzberger zur Uebernahme der Rolle des Unterhändlers und Unterzeichners des Waffenstillstands förmlich gezwungen worden ist. Es war ein politisch außerordentlich schwerer Fehler, daß sich Erzberger für diese Aufgabe hat breitschlagen lassen, denn dadurch ist den Militaristen und Monarchisten, die den Zusammenbruch herbeigeführt hatten, die Verantwortung abgenommen worden und obendrein wurden sie noch in den Stand gesetzt, den Zusammenbruch und schlimmen Ausgang Erzberger und der neuen Regierung in die Schuhe zu schieben. Auf Grund dieses Vorganges war ihnen jene ungeheure Lügenpropaganda möglich, dem neuen Regime verdanke das Volk den Versailler Vertrag und das wirtschaftliche Elend. Freilich, die im Oktober und November 1918 noch nicht verdufteten Größen des wilhelminischen Regimes wären als Unterhändler von der Entente kaum zugelassen worden, vorausgesetzt, daß sie sich überhaupt in den Rachen des Löwen gewagt hätten; man kennt ja ihren Mut vor auch nur geringen Gefahren. Es blieb also schließlich nichts andres übrig, als Vertreter zu suchen, die die schwerste aller Aufgaben übernahmen, und dieses schwere Los traf Erzberger.

In der Vossischen Zeitung warf kürzlich der ehemalige Admiral Scheer in einem Artikel die Frage auf, warum sich damals keine sachkundigeren und besser unterrichtete Männer für diese Aufgabe gefunden hätten? Von andrer Seite wurde gefragt, warum überhaupt Hindenburg und Gröner nicht selbst die große Aufgabe übernommen haben, die doch fortgesetzt das Wort im Munde führen, ihr Leben gehöre dem Vaterland? Bei Kriegervereinsfeiern machen sich freilich solche Floskeln auch besser, als im Ernstfall seinen Mann stellen. Gröner gehört nun aber selbst zu den Personen, die Erzberger gedrängt haben, die Aufgabe zu übernehmen und zwar mit den Worten: „Bitte, übernehmen Sie die Aufgabe aus Vaterlandsliebe." Die Freiheit hat Gröner aufgefordert, nun seinerseits Erzberger vom Schmutze deutschnationaler und volksparteilicher Verleumdung zu reinigen, aber Herr Gröner stellt sich dumm und taub, offenbar hat er auch zuviel damit zu tun, dem Kriechervereinsölgötzen Hindenburg Eisenbahnwagen zu antirepublikanischen Propagandareisen zur Verfügung zu stellen. Hindenburg selbst spielt die gleiche schäbige Rolle, denn er war es, der Erzberger dafür gedankt hat daß er die schwierige Aufgabe übernommen hat.

In der Rechtspresse hat ein Oberstleutnant a. D. Düsterberg, ehemaliger Bevollmächtigter des preußischen Kriegsministers, auf die Fragen zu antworten versucht, er brachte es aber nur zur Auffrischung des deutschnationalen Schwindels: Erzberger sei am 5. oder 6. November plötzlich in Spa erschienen und habe zu erkennen gegeben, daß er zum Leiter der Waffenstillstandsverhandlungen bestimmt worden sei, worauf General v. Gündell, der von der Heeresleitung angeblich für die Aufgaben vorgesehen gewesen sei, sein Amt niedergelegt habe. Damit ist die Frage natürlich nicht beantwortet, warum die Bankrotteure sich von dieser Aufgabe gedrückt haben, denn sie brauchten Erzberger nicht anzuerkennen, sie konnten bei der Regierung Einspruch gegen ihn erheben, wie sie es ja immer getan, wenn ihnen jemand nicht paßte. Sie waren aber um jene Zeit froh, als sich jemand fand, der sich für sie opferte. Wie sie es ihm dankten, zeigt die beinahe dreijährige Verleumdungskampagne und schließlich der Meuchelmord.

Ein Freund Erzbergers, der in der Vossischen Zeitung auf die Fragen Scheers antwortet, hat kurz vor Erzbergers Ermordung ein Gespräch mit ihm über seine Rolle als Waffenstillstandsunterhändler gehabt und ihm gesagt: „Sie hätten sich das Schicksal Jules Favres vor Augen halten sollen, dem die Franzosen nie verziehen haben, den Waffenstillstand von Versailles mit Bismarck abgeschlossen zu haben." Erzberger hat ihm geantwortet, daß er wohl auch daran gedacht habe, aber er sei schließlich von seinen Parteifreunden so gedrängt worden, daß er nachgegeben habe. Die Entente ließ durch die schweizerische Regierung die deutsche wissen, daß unter keinen Umständen mit Vertretern des kaiserlichen Regimes oder Militärs der obersten Heeresleitung verhandelt werden würde. Dann, so fuhr Erzberger fort, ist Prinz Max von Baden an mich herangetreten und hat gesagt:

„Erzberger, Sie müssen sich aufopfern und die Aufgabe übernehmen. Ich antwortete, daß ich die französische Sprache nicht genug beherrschte (Erzberger verstand wohl die Sprache in Wort und Schrift, konnte sie aber nicht fließend sprechen) und mich nicht geeignet fühlte, diese große Verantwortung zu übernehmen. Daraufhin kam General Gröner zu mir und sagte: Es ist kein Augenblick zu verlieren, sonst haben wir den Feind im Land. In drei Tagen werden die Franzosen in Köln sein und diese Stadt vernichten, es gibt keinen Ausweg, es muß abgeschlossen werden, bitte, übernehmen Sie die Aufgabe aus Vaterlandsliebe. Als-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19210919/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

dann kamen Gröber und Trimborn zu mir und drängten mich, anzunehmen. Sie sagten: Du bist jung, wir sind alt und können uns den Strapazen durch die feindlichen Linien zu reisen, nicht aussetzen, du mußt es tun, sagten sie! Schweren Herzens und voll bewußt des Ernstes der Lage gab ich nach.

Erzberger fügte noch vertraulich hinzu: Ich hatte auch die Hoffnung, als ich annahm, daß Foch auf Grund meiner Friedensresolution im Reichstag vom Juli 1917 etwas Entgegenkommen zeigen würde. Dafür war er aber nicht empfänglich. Er sagte nur, daß das Ministerium des Prinzen Max von Baden nichts andres sei als eine verkappte kaiserliche Regierung. Ich mußte ihn vorerst vom Gegenteil überzeugen. Foch wollte überhaupt nicht gleich abschließen und ich hatte den Eindruck, daß er die Sache in die Länge ziehen wollte ohne Einstellung des Vormarsches seiner Armee. Ich bin vollständig überzeugt, hätte man andre Männer, nämlich solche, die eine aktive Rolle während des Krieges und in der Diplomatie oder bei der Heeresleitung gespielt hatten, nach Compiègne gesandt, so wären die Verhandlungen ergebnislos geblieben und ein Waffenstillstand wäre nur zustande gekommen nach dem Einmarsch der feindlichen Truppen in Deutschland! Was dies bedeutet hätte, brauche ich nicht weiter auseinanderzusetzen."

Im Berliner Tageblatt hat nun Herr Dr. Arnold Brecht das Wort noch zur Sache genommen, da er als Protokollant der Reichskanzlei während der Sitzungen über die Waffenstillstandsverhandlungen die kompetente Persönlichkeit dazu ist, und stellt fest, daß Erzberger den Auftrag erst auf Drängen des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amts übernommen habe und die Oberste Heeresleitung damit einverstanden gewesen sei. Damit sind die Hasardeure und Bankrotteure des alten Deutschlands für immer festgenagelt und ihrer Lügenpropaganda ist ein für allemal über diesen Gegenstand der Boden entzogen. Deutschland konnte den Kampf nicht mehr fortsetzen, es mußte unter allen Umständen Schluß machen und niemand hat mehr darauf gedrängt als die Hasardeure Ludendorff und Hindenburg selbst.

Eröffnung des Parteitages der S. P. D.

Görlitz, 19. September. (Eigne Drahtmeldung der L. V.) Die Eröffnungssitzung trug trotz ihres sozusagen neutralen Charakters doch schon eine leicht aufgeprägte Note. Es war vor allem das Fehlen jeden Angriffes auf die USPD., das bemerkt wurde. Müllers Eröffnungsrede betonte freilich sehr kräftig die **Notwendigkeit der Koalitionspolitik mit den Bürgerlichen**, solange die Macht noch nicht von der Arbeiterklasse erobert worden sei. Breit behandelte er die politische Situation, wobei er es an einigen populären Witzen über die Hohenzollern nicht fehlen ließ. Als er Dr. Hergt für ein Ehrendoktordiplom der Königsberger medizinischen Fakultät reif erklärte, erweckte er lebhafte Heiterkeit. Auch die Wendung von „dicken Hintern und Bauch Eitel Schieberichs" fand kräftigen Beifall. Politisch wichtiger war seine Ankündigung, daß die Partei sich **vor allen Dingen Anteil an der preußischen Regierung verschaffen** müsse und daß man **andernfalls auch im Reich in schärfste Opposition treten müsse.** Den Kurs entschiedener Kampfstellung gegen die Deutschnationalen brachte auch die Erklärung, daß die Arbeiter den **agrarischen Lieferstreik** mit der Durchsuchung der Wohnungen der Deutschnationalen in den Städten nach Hamsterwaren und überhaupt mit dem Bürgerkrieg beantworten würden. Die Einigungsfrage streifte Müller nur mit einer allgemeinen Wendung, in der nur von den demokratisch kämpfenden Arbeitern, nicht von den Parteien die Rede war. Deutlicher wurden in dieser Hinsicht einige der Begrüßungsreden der Vertreter der ausländischen Parteien, unter denen die Anklagen des Ungarn Bochinger gegen den weißen Terror der Horthybanditen und des Georgier Tscheidse gegen den roten Terror der Bolschewisten besondere Bedeutung hatten. Die Skandinavier und Holländer beglückwünschten besonders die deutsche Sozialdemokratie zur Ueberwindung der kommunistischen Gefahr, während Tscheidse vor allem die Notwendigkeit der Einigung der beiden sozialistischen Parteien betonte. Großen Beifallssturm erweckte die Ankündigung, daß die belgische Partei einen Vertreter entsandt habe, der indes noch nicht eingetroffen sei. Als erster Punkt der Tagesordnung wurde der Programmentwurf bestimmt.

Görlitz, 19. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Am Montag begann die Sitzung mit einer sehr allgemein gehaltenen Rede Molkenbuhrs über den Programmentwurf, aus der bemerkenswert die Behauptung ist, **daß dieser Entwurf eine Einigung mit der USPD. nicht erschweren würde**, deren Aktionsprogramm ein Hindernis sei. Es wurde dann eine vielköpfige Programmkommission eingesetzt, der von bekannten Vertretern angehören: Bernstein, Adolf und Otto Braun, David, Keil, Frau Juchaczek, Löwe, Quark, Radbruch, Molkenbuhr, Robert Schmidt, Stampfer, Ströbel und Wissell. Franz Krüger beginnt sodann den Geschäftsbericht zu erstatten, in dem er sich ziemlich staatsmännisch über die Politik der radikalen Phrase äußert und mit viel Stolz auf das Wachsen der Organisation von 500 000 auf 1 200 000 hinweist. Der USPD. attestiert er herablassend, daß die Spaltung in Halle einen gesunden Prozeß in ihr eingeleitet habe. Er wendet sich gegen die gewerkschaftlichen Listen bei Kommunalwahlen, die die politische Aufklärung und Schulung erschweren.

Um die deutsche Justiz.

Die deutsche Justiz war bisher der Fels, an dem die Wogen der Revolution verbrandeten. Sie stellte sich uneingeschränkt auf den Boden der besitzenden Klassen. Gegen die Arbeiterschaft wurden schwere Zuchthausurteile verhängt, während anderseits die Verbrecher gegen die Existenz der Republik bis heute straflos ausgegangen sind. Noch immer sucht man die Regisseure des Kapp-Putsches und wird sie aller Wahrscheinlichkeit nach niemals finden. Dieser Klassencharakter der Justiz, der sich der deutschen Republik aus dem Nachlaß Wilhelms vererbt hat, wurde von uns in der schärfsten Weise an den Pranger gestellt. Auch die mehrheitssozialistische Presse hat, Schulter an Schulter mit der Presse unsrer Partei, in schärfster Form gegen die Schandtaten der deutschen Justiz Stellung genommen, wenigstens insofern, als die Verbrecher gegen die Republik dauernd straflos ausgegangen sind. Das scheint nunmehr anders zu werden. Wenigstens läßt folgende Notiz darauf schließen, die wir der mehrheitssozialistischen Mannheimer Volksstimme entnehmen:

„Die Justiz und ihre Beamten haben Hartes zu hören bekommen. Vor allem in der Presse der Unabhängigen Sozialdemokratie sind ungemein kränkende Ausdrücke gefallen, die nur aus der allgemeinen Verrohung der Sprechweise vieler Zeitungen zu verstehen sind. **Es ist unerhört und gewissenlos, deutsche Richter, die zu den Wenigen gehören, deren persönliche Unantastbarkeit und Unbestechlichkeit selbst in diesen mit Recht so mißtrauischen Zeiten niemand in Zweifel zu ziehen wagte, Dirnen und Zuhältern, die wir als die verworfensten Menschen unsrer Gesellschaft zu betrachten pflegen, gleichzustellen.**"

Die Entdeckung von der „persönlichen Unantastbarkeit" der deutschen Justiz ist ein besonderes Verdienst, das sich die Mannheimer Zeitung der Rechtssozialisten um die deutschen Richter erworben hat. Aber das ist nicht verwunderlich, indem sie die strengen Urteile gegenüber den Arbeitern dadurch verständlich machen will, als sie zumeist gefällt worden sind „in den zahlreichen, **an Unruhen anknüpfenden Strafverfahren. Hier haben die Richter aus dem ehrlichen Bestreben heraus die Strafen so streng bemessen, um den Staat gegen weitere Unruhen zu schützen. Und wer wollte ihnen daraus einen Vorwurf machen?**"

Die Richter haben also die schweren Urteile nur gefällt, um den Staat gegen „weitere Unruhen" zu schützen. Daß es im Verlaufe der deutschen Revolution auch so etwas wie den Kapp-Putsch gegeben hat, scheint das Mannheimer mehrheitssozialistische Organ vollständig vergessen zu haben, insbesondere aber die Tatsache, daß die deutschen Richter vollständig versagt haben, als es galt, den Staat gegen „weitere Unruhen" **von rechts** zu schützen. Ist schon eine derartige Verteidigung der heutigen deutschen Klassenjustiz ein besonderes „Prunkstück" im Arsenal der rechtssozialistischen Gedankenwelt, so ist es einfach unverständlich, wenn sich eine mehrheitssozialistische Zeitung mit aller Entschiedenheit gegen die alte sozialistische Forderung von der „Wahl der Richter durch das Volk" wendet und darüber schreibt:

Diesen Gedanken bekämpfen die deutschen Richter mit aller Entschiedenheit und damit zugleich naturgemäß die Partei, die ihn vertritt. Sie bekämpfen ihn nicht nur, weil er ihre Berufsstellung untergräbt, sondern vor allem, weil sie ihn für gänzlich verfehlt halten, ja, weil sie von seiner Durchführung eine schwere Schädigung der Nation befürchten. **Und damit haben die deutschen Richter recht. Das kann ihnen auch vom sozialistischen Standpunkte aus durchaus zuerkannt werden.**

Gegenüber derartigen Aeußerungen eines mehrheitssozialistischen Blattes sind selbst die Demokraten Waisenknaben. Vor uns liegt ein Antrag, der von dem Demokratischen Verein zu Eisenberg in Sachsen-Altenburg angenommen wurde. Darin heißt es, daß die Demokratische Partei auf ihrem Parteitage bei den demokratischen Abgeordneten von Thüringen vorstellig werden solle, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß

1. als obere Verwaltungsbeamten, sowie als **Vorstände aller Amts- und Landgerichte**, sowie endlich als Leiter aller Schulen, namentlich der höheren Schulen, nur solche Persönlichkeiten in Betracht kommen dürfen, **die durch ihr ganzes Vorleben und durch ihre politische Haltung während der letzten drei Jahre eine Gewähr dafür geben, daß sie mit ihrer Ueberzeugung zweifelsfrei auf dem Boden der Republik stehen**, und daß sie ihre Amtspflichten in **demokratischem Geiste** erfaßt haben und diesen demokratischen Geist bei allen ihren Amtsgeschäften **zum Ausdruck zu bringen** und **durchzusetzen** bestrebt sind.

Durch diese Willensäußerung von „Demokraten" wird das mehrheitssozialistische Blatt vollständig in den Schatten gestellt, wenn wir nun freilich auch wissen, daß es den demokratischen Herrschaften nicht sehr ernst ist mit der Forderung, die „Vorstände aller Amts- und Landgerichte", sofern sie Anti-Republikaner sind, von ihren Posten zu entfernen. In Thüringen wenigstens, aber auch im Reiche und anderwärts haben sie bisher vollständig versagt und werden auch weiterhin versagen. Immerhin ist es nicht uninteressant, der Aeußerung eines rechtssozialistischen Blattes die Kundgebung einer demokratischen Organisation entgegenzustellen. Hoffen wir, daß die Anschauungen der Mannheimer Volksstimme nicht Gemeingut der rechtssozialistischen Gedankenwelt werden.

Interessant ist an dem Antrage der Demokraten weiterhin, was sie über die Gestaltung der republikanischen Schule zu sagen haben. Es heißt da: Es sollen

2. als Lehrer der Geschichte in allen Schulen ausnahmslos nur solche Persönlichkeiten zugelassen werden, die hinsichtlich ihrer Gesinnung genau denselben Anforderungen entsprechen.

3. diejenigen Beamten in leitenden Stellungen, sowie diejenigen Geschichtslehrer, die hinsichtlich ihrer politischen Gesinnung den obigen Anforderungen nicht entsprechen, so schnell als möglich aus ihren Stellungen entlassen und gegebenenfalls auf Wartegeld gestellt werden,

4. von der Regierung die erforderlichen Schritte geschehen, um in allen Schulen des Landes ein Lehrbuch der Geschichte einzuführen, das mit den dynastischen und ständischen Vorurteilen der wilhelminischen Periode endgültig aufgeräumt hat, und das die Zeitereignisse und Tätigkeit der ehemaligen Fürsten lediglich nach ihrer Bedeutung für das geistige und sittliche Wachstum des Volkes und seiner politischen Entwicklung darstellt.

Dieses Programm könnte manchem „sozialistischen" Schulreformer als Vorbild dienen, den sächsischen Demokraten aber sei es zu besonderem Studium empfohlen.

Von nicht geringem Interesse ist weiterhin ein Antrag desselben Demokratischen Vereins, der folgenden Wortlaut trägt:

Den Landesparteitag zu Eisenach bittet die Deutsche Demokratische Partei zu Eisenberg, bei der Fraktion im Reichstage dahin vorstellig zu werden, daß von ihr ein Antrag eingebracht werden möchte, demzufolge das Gesamtvermögen des Hohenzollernhauses von Staats wegen beschlagnahmt und die Erträge dieses beschlagnahmten Vermögens zur Bekämpfung der monarchistischen Umtriebe in Deutschland verwendet werden möchten.

Es wäre von nicht geringem Interesse, zu hören, wie die sächsischen Demokraten, insbesondere aber die Demokraten im Reiche, sich zu dieser Forderung ihrer Thüringer Parteifreunde stellen.

Die Eisenberger Demokraten sind weiße Raben in der Partei, die sich vor Jahrzehnten mit Recht als demokratisch bezeichnen durfte. Heute sind sie nichts andres als ein Anhängsel der früheren Nationalliberalen. An demokratischem Wirken ist daher von den heutigen Demokraten nichts zu erwarten, trotz schöner Anträge.

Die bayrischen Verbrecher am Werke.

Jetzt oder nie, so denken die bayrischen Verbrecher, die dort die politische Gewalt noch in den Händen haben, muß der Streich gewagt werden, daß die Reichsregierung Wirth beseitigt und Bayern ein vollständig autonomer Staat wird. Folgenden Plan haben die Reaktionäre ausgeheckt, der ihrem Vorgehen noch das Mäntelchen des verfassungsmäßigen Weges umhängt: Bayern soll einen Staatspräsidenten mit den Befugnissen des Reichspräsidenten bekommen. Das bayrische Zentrum, die bayrische Volkspartei, hat den Antrag bereits im Landtage eingebracht. Danach soll der Staatspräsident Bayern nach außen hin vertreten, gemeinsam mit dem Ministerium Staatsverträge und Landesgesetze ausfertigen, dem Landtag die Vorschläge der Minister unterbreiten, das Begnadigungsrecht in Bayern ausüben.

Die Hauptsache kommt aber noch, der zweite Teil des Antrages lautet:

Die bayrische Staatsregierung wolle durch ihren Vertreter im Reichsrate eine Gesetzesvorlage beantragen, nach der gemäß Art. 48 Abs. 5 der Reichsverfassung die dem Reichspräsidenten gemäß Artikel 48, Abs. 2 a. O. verliehenen Machtbefugnisse dahin beschränkt werden, **daß sie in kein Hoheitsrecht eines Landes eingreifen dürfen**, daß insbesondere der **Vollzug eines vom Reichspräsidenten jeweils verhängten Ausnahmezustandes Sache der Landesregierung** bleibt und lediglich im Falle der Weigerung einer Landesregierung ihm das Recht zusteht, die Entscheidung des Reichsrates herbeizuführen.

Die Reichshoheit soll für Bayern beseitigt werden, das Deutsche Reich sich auflösen; denn hat es über die Freistaaten kein Hoheitsrecht mehr, so ist seine Macht und Existenz dahin. Soweit geht der Plan der Reaktionäre: Deutschland soll zertrümmert werden, nur damit das deutschnationale Verbrechernest in Bayern unangetastet bestehen bleibt.

Man hat auch bereits den Präsidenten, Kahr soll es werden. Dieses Vorgehen setzt allem die Krone auf, was die Kahr-Leute bisher an Verhöhnung des Reiches und des Volkes geleistet haben. Im Reichstage wird über dieses Vorgehen bei der Beratung des Antrages das Nötige gesagt werden.

Der Kriegsverbrecher Hindenburg hält Appell.

Wie wir schon mitgeteilt haben, reist Hindenburg zur Feier der 91 er nach Oldenburg, die nach der Regierungsverordnung verboten ist. Arrangeur dieser Feier ist der oldenburgische Polizeihauptmann von Drebber, und das Wolffsche Bureau bringt über das Arrangement schon folgenden Vorbericht:

„Schon Stunden vor der angesetzten Ankunft des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg hatte sich eine nach Tausenden zählende Menschenmenge vor dem Bahnhof postiert. Als der greise Feldmarschall pünktlich mit dem Sonderzuge eintraf, wurde er unter stürmischen Hochrufen von den Abordnungen des Vereins der ehemaligen 91 er und den verschiedenen Handwerksinnungen begrüßt. Etwa 1000 Schulkinder sangen vaterländische Lieder. Darauf bestieg der Feldmarschall, der in Zivil erschienen war, den mit Blumen geschmückten Wagen. Dann ging es durch die mit Girlanden und Fahnen geschmückten Straßen zur Stadt. Um 6 Uhr wird der Generalfeldmarschall im Sitzungssaale des Rathauses von den städtischen Kollegien empfangen werden, wo der Oberbürgermeister dem ersten Ehrenbürger der Stadt den Ehrentrunk reichen wird. Abends wird ein Zapfenstreich veranstaltet. Der Besuch Hindenburgs findet aus Anlaß des Regimentsappells (!!!) des 91. Infanterieregiments statt."

Nicht genug mit der Rechts- und Regierungsverhöhnung durch Hindenburg und die Oldenburger, ein Reichsminister, Herr Groener, stellt Hindenburg auch einen „Dienst"wagen zur Reise nach Oldenburg und treibt die Verhöhnung der Republik auf die Spitze. Erst kürzlich hat die Welt am Montag ein amtliches Bahntelegramm veröffentlicht, wodurch alle die von Hindenburg auf einer Rückreise nach Hannover zu passierenden Stationen angewiesen wurden, schon in einem vorangegangenen Rundschreiben angeordnete Sicherheitsmaßnahmen zu treffen. Unsre Frage ist daher um so dringlicher.

Kampf der Reaktion — Hilfe dem russischen Volke.

Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Die Gefahr besteht, daß die **Hilfe für das hungernde russische und georgische Volk** in den von der Mißernte betroffenen Gebieten von den Feinden der russischen Revolution in Rußland selbst wie in Westeuropa zu Machenschaften benutzt wird, **um die Sowjetregierung zu stürzen.** Der Sturz der Sowjetregierung wäre nur

das Signal zum Entscheidungskampf der Gegenrevolution.

In den Ländern Westeuropas, auch in den Ländern der Besiegten, in den Ländern der Revolution, gewinnt die Reaktion mit jedem Tag an Boden.

In **Deutschland** war die **Ermordung Erzbergers** die feige Antwort der deutschen Bourgeoisie auf die durchgreifende Gesetzgebung, mit der dieser Minister ihre selbstsüchtige Vaterlandsliebe auf die Steuerprobe stellte. Sie war der Erfolg der skrupellosen Hetze jener deutschen Chauvinisten, die an dem Frieden von Versailles nur auszusetzen haben, daß nicht sie ihn diktiert haben, sondern ihre Gesinnungsgenossen in den Ländern der Entente. Freilich, fühlte sich in den Gebieten der Sieger die besitzende Klasse, die chauvinistischen Schichten, auch so bedroht wie in Deutschland, so würde auch dort der Mord an Arbeiterführern und bürgerlichen Vorkämpfern der Demokratie zum politischen System: Die Arbeiter haben die Ermordung von Jaurès nicht vergessen.

Die chauvinistische Bourgeoisie aller Länder verfügt über gewaltige Mittel. Wo sie nicht selbst regiert, bereitet sie sich ihren Weg zur Macht in geheimen Organisationen. Aber die offene und versteckte Gewalt ist nicht ihre einzige Waffe. Sie hat noch andere nicht minder gefährliche Möglichkeiten, Einfluß zu gewinnen. Im Namen der „freien" Wissenschaft und der „unparteiischen" Gerechtigkeit sucht sie die Jugend für ihre Vorurteile einzufangen. Die Mehrzahl der **Professoren an den Universitäten** erziehen die Studenten im **Geist der Reaktion:** Alle Vorrechte der Macht und Bildung den Besitzenden! Alle wirtschaftlichen Vorteile für die Ausbeuter im eigenen Land! Hier: **Rache an Frankreich!** Dort: **Nieder mit Deutschland!** Diese Gesinnungen, gut gemischt mit chauvinistischen und idealistischen Phrasen, werden den Studenten eingetrichtert. Die Reaktionäre haben die Gerichte zu ihrer Verfügung; selbst wenn die Richter guten Willen hätten, kommen sie nicht los von ihren Klassenvorurteilen gegen die Arbeiterklasse, die Gewerkschaften und die Sozialisten jeder Richtung.

Das Recht der Bourgeoisie ist Willkür gegenüber dem Proletariat.

Das weiß die Bourgeoisie und verteidigt ihr „Recht" mit allen Mitteln. Das Proletariat muß diese Klassenjustiz in geschlossener Front **unerbittlich bekämpfen.**

Diese Reaktion, die in Deutschland, zumal in **Bayern**, sich täglich dreister gebärdet, und in **Spanien, Rumänien, Ungarn und Jugoslawien die Arbeiterschaft blutig vergewaltigt**, würde rasch triumphieren, wenn es den offenen und heimlichen Feinden der russischen Revolution gelänge, die **russische Regierung zu stürzen** und eine konterrevolutionäre Regierung unter dem Schutz des westeuropäischen Kapitals und der mit ihm verbundenen bürgerlichen Regierungen an ihre Stelle zu setzen.

Die Gewerkschaften **dürfen nicht dulden, daß diese Machenschaften Erfolg haben.** Schon einmal hat der Internationale Gewerkschaftsbund im vergangenen Jahr der Reaktion die zum Schlag erobene Waffe aus der Hand geschlagen.

Zu **Hunderttausenden sterben die Kinder in Rußland.** Millionen erwartet das gleiche Schicksal, wenn nicht rasch, ohne versteckte Absichten, geholfen wird. Der nach Rußland entsandte Vertreter des Roten Kreuzes, Nansen, bestätigt die Nachrichten von den furchtbaren Zuständen in den Hungergebieten. Soll diese unbeschreibliche Not zu gegenrevolutionären Intrigen mißbraucht werden?

An alle mitfühlenden Menschen in Europa wenden sich die Führer des russischen Volkes. Aber **niemanden geht die Not in Rußland mehr an**, niemand wird bereitwilliger geben **als die Arbeiter, ohne Unterschied der politischen Richtung.** Die Einheit des Proletariats erweist sich als lebendige Kraft,

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19210919/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

sobald eine Katastrophe wie die Hungersnot, die proletarische Solidarität wachruft, sobald Blutlaten wie die Morde in Deutschland die Gefahr der Reaktion und den Wahnsinn des Bruderkampfes grell beleuchten.

Die Hilfsaktion für Rußland muß zu einer machtvollen Kundgebung des ganzen Proletariats werden — eine Warnung an seine Feinde.

Mit selbstloserem Opfersinn als je müssen die Arbeiter die Sammlung der Gewerkschaften unterstützen, mit denen der Internationale Gewerkschaftsbund den bedrängten Genossen in Rußland und Georgien Hilfe bringen will.

Kameraden! Bewährt eure proletarische Treue! Bekämpft die Reaktion! Helft dem russischen Volk!

Die „verfassungstreue" Stinnespartei.

Berlin, 19. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Auf dem in Lüdenscheid abgehaltenen **westfälischen Parteitag der Deutschen Volkspartei sprach Dr. Stresemann über die politische Lage.** Er sei überzeugt, daß das **Eintreten für eine breitere Koalition** die gegenwärtig einzig mögliche Politik sei, um aus dem politischen Sumpf herauszukommen. Wer auf dem Standpunkt der Gewalt stehe, stelle sich außerhalb der Partei. Die Lage dränge dazu, **auf dem Boden der Verfassung,** unbeschadet der inneren Stellungnahme zur Frage der Staatsform, dem Lande zu dienen. In der **bayrischen Frage** müsse eine **Verständigung** gefunden werden. Die Art, wie der Reichskanzler diese Angelegenheit in seinen letzten Veröffentlichungen behandelt habe, gefährde die Reichsfreudigkeit und vernichte die Reichseinheit. Stresemanns Ausführungen fanden auf dem westfälischen Parteitag einmütige Zustimmung.

Es ist das alte Lied, das man schon so oft singen hörte: Die Stinnespartei, die vielgerühmte „Partei des Wiederaufbaus", ist die einzige Retterin Deutschlands. Schade nur, daß man von dieser ihr angedichteten Eigenschaft so wenig gemerkt hat, als sie seinerzeit mit in der Regierung saß. Im übrigen werden alle Redereien über die „Verfassungstreue" der Stinnespartei über ihren stockreaktionären monarchistischen Charakter nicht hinwegtäuschen können.

England mit der Verlängerung der Sanktionen einverstanden.

Paris, 19. September. Der Gegensatz in der widersprechenden Reutermeldung wonach in England der von der französischen Regierung in der Frage der Aufhebung der Sanktionen angenommene Standpunkt als zu weitgehend angesehen werde, und der offiziellen Versicherung der französischen Regierung, daß zwischen **Paris** und London vollkommenes Einvernehmen bestehe, findet eine Erklärung in einem Telegramm des Londoner Korrespondenten des Journal. Danach hat tatsächlich in dieser Frage bis gestern ein sehr **scharfer Gegensatz zwischen Frankreich und England bestanden,** der zu einem neuen diplomatischen Konflikt zu führen drohte. Erst gestern sei es zu einer **Verständigung** gekommen, derart, daß **England seine Bedenken gegen die weitere Aufrechterhaltung der Sanktionen aufgegeben und den französischen Standpunkt anerkannt habe.** In diesem Zusammenhang ist die Tatsache nicht uninteressant, daß sowohl Lloyd George als auch Lord Curzon zur Zeit nicht in London anwesend sind.

Belgien für die Aufhebung?

London, 17. September. Times berichtet aus Brüssel, daß der belgische Minister des Aeußern Jaspar der britischen und der französischen Regierung einen **Vorschlag betreffend die rasche Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen unterbreitet** habe.

Keine neue Note an Deutschland.

Paris, 19. September. (T.-U.) Eine französische Nachrichtenstelle teilt mit: Entgegen gewissen Behauptungen liegt es **nicht in der Absicht der Regierung, eine neue Note an die deutsche Regierung über die wirtschaftlichen Sanktionen zu richten.** Man wartet nur darauf, daß **Deutschland** die interalliierte Kontrolle über die **Regelung der Ein- und Ausfuhr-Genehmigungen annimmt.**

Die Abrüstungskomödie.

Scharfe Kritik in Genf.

Genf, 1 . September. Die heutige Vormittagssitzung der Völkerbundsversammlung galt der weiteren Debatte des Ratsberichts. Der norwegische Delegierte Langer führte in längerer Rede aus: Der Völkerbund hat bis jetzt **nichts für die Abrüstung getan,** die doch seine wesentlichste Aufgabe sein sollte. Die Versammlung im Vorjahre habe sehr schüchterne Vorarbeiten zur Abrüstung gemacht, die vielen unmöglich erschien. Selbst diese vorsichtigen Anregungen habe der Völkerbundsrat kaum verwirklicht. Einer der Beschlüsse des letzten Jahres forderte vom Rat, daß er eine **Organisation schaffen** solle, die die **Abrüstungsfrage untersuche** und als Organisation für den Austausch von militärischen Nachrichten zwischen den einzelnen Ländern und für die Veröffentlichung dieser Nachrichten dienen soll, wie es der Pakt vorschreibt. Mit erhobener Stimme fragte der Redner, was aus diesem Beschluß geworden sei, und antwortete: Er ist **einfach unter den Tisch gefallen,** nichts ist geschehen. Die Ursache sieht Langer darin, daß der Rat, der eine selbständige Kommission ernennen sollte, **diese Aufgabe der ständigen Militärkommission** übergab, die naturgemäß durchaus unzuständig war. Wie merkwürdig sie ihre Aufgabe auffaßte, gehe aus der Erklärung dieser Kommission hervor, die der Ratsbericht abdruckt: **„Die Militärkommission glaubt nicht, daß die Beschränkung der Rüstungen ins Auge gefaßt werden kann,** da man sie bei dem gegenwärtigen Zustand der Welt und in Gegenwart des Völkerbundes tatsächlich nicht durchführen kann." Nach ihrer Ansicht hängt die Abrüstung von folgenden Voraussetzungen ab: 1. Ausführung der Klauseln der Friedensverträge über Heer, Flotte und Luftschiffahrt. 2. Fortführung dieser Ausführung durch die in den Friedensverträgen vorgesehenen Erhebungen. 3. Von der praktischen und schnellen Organisation der gemeinsamen Völkerbundsaktion. Die Kommission sieht die Aufgabe, wie sie selbst erklärt hat, in der Sammlung des militärischen Nachrichtenmaterials, das die verschiedenen Staaten ihr liefern wollen, fügt aber hinzu, daß die Großmächte, die dem Völkerbund angehören, diese Nachrichten **nicht freiwillig geben** würden. Dann fragt der Redner, wozu dann überhaupt die militärische Kommission da sei. Das schlimmste aber sei, daß der **Völkerbundsrat sich die Schlußfolgerungen der Kommission zu eigen gemacht habe,** d. h. selbst auf dem Standpunkt stehe, daß die vom Rat vorgeschriebenen Ermittlungen über die Abrüstungsfrage nicht einzufordern seien. Die optimistischen Darstellungen, fuhr der Redner unter großer Aufmerksamkeit der Versammlung fort, die die Ratsmitglieder über die Abrüstungsfrage geben, sind also hinfällig. Die Tatsache bleibt bestehen, daß die **Abrüstungsfrage in der Hand einer aus Militärs zusammengesetzten Kommission liegt,** die nicht vom Rat ernannt werden, die nicht Beamte des Völkerbunds, sondern Offiziere sind. Ihre **Ernennung erfolgt durch die betreffenden Kriegs- und Marineministerien,** denen allein sie verantwortlich sind und von denen sie Instruktionen erhalten, mit andern Worten: Innerhalb des Völkerbundes bilden sie eine **Befestigung der Kriegsministerien** der verschiedenen Nationen, die den Rat zusammensetzen. Diese Kommission aber prüft die Abrüstungsfragen und die Fragen des Nachrichtenaustauschs ausschließlich unter militärischen Gesichtspunkten. Entspricht es den internationalen Beziehungen, wenn man die militärischen Vorbereitungen geheim hält, so daß die **Völkerbundsmitglieder,** wenn sie sich am grünen Tisch zusammensetzen, **in der Tasche Revolver halten,** um sich gegebenenfalls gegen die Staaten zu erheben, mit denen sie verhandeln? Nach diesen sehr kräftigen und deutlichen Darlegungen ging Langer dazu über, die **Entschuldigungsgründe zu entkräften,** die von den Mitgliedern des Rats wie von Balfour angeführt worden waren. Der Umstand, daß nicht alle Staaten dem Bunde angehören, sei kein Grund für die Verschleppung der Abrüstung. Balfour selbst habe zugegeben, daß die Entwaffnung in Deutschland vollzogen sei. Man müsse diesen Erfolg verzeichnen, **müsse aber selbst die Schlußfolgerungen daraus ziehen.** Die öffentliche Meinung sei enttäuscht, weil man keine besseren Resultate in der Abrüstungsfrage habe erzielen können.

Balfour wies darauf hin, daß Deutschland schon einen beträchtlichen Teil der Entwaffnung durchgeführt habe und daß Rußland, welches vor einem Jahre noch zu fürchten war, sich in großen Wirren befindet und daß endlich Amerika sich mit der Flottenabrüstung beschäftige. Es bleibt für den Völkerbund noch die ausreichende Aufgabe, die Entwaffnung zu Lande vorzunehmen. Die öffentliche Meinung erwartet mit Ungeduld diesbezügliche Entscheidungen.

Fragulin-Griechenland sagte bezüglich der Entwaffnung, daß man **vor allem** eine moralische Entwaffnung beschließen müsse. Solange aber die Klausel des Vertrags sich nur auf dem Papier befindet, werde sie auch machtlos bleiben.

Auf Vorschlag von 13 Staaten beschloß der Völkerbund, auf die Tagung der nächsten Sitzung folgenden Punkt zu stellen: Die **Erlernung des Esperanto** in den Volksschulen wird gefordert. Der Generalsekretär wurde beauftragt, einen Bericht über diese Frage zu erstatten. Der Präsident teilte mit, daß Doherty einen Antrag eingebracht habe, der dem Initiativkomitee des Völkerbundes überwiesen werden soll, wonach der Rat des Völkerbundes die Aufmerksamkeit des Obersten Rats auf die Notwendigkeit lenken soll, daß das **Statut für Ostgalizien** in den allernächsten Tagen festgesetzt werde.

Gestörte Tannenbergfeier.

Berlin, 19. September (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Bei einer **Tannenbergfeier** in **Wilmersdorf** bei Bernau kam es zu **heftigen Zusammenstößen zwischen Kriegervereinen und Kommunisten.** Es liegen bisher nur offenbar sehr stark übertreibende Meldungen rechtsstehender Blätter vor, die berichten, daß von den Kommunisten in blinder Wut alles zerstört wurde und ein Kriegerdenkmal vollständig demoliert worden sei.

Phili Eulenburg gestorben.

Berlin, 19. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der seinerzeit vielgenannte Fürst Philipp Eulenburg ist, wie der Berliner Lokalanzeiger meldet, gestern im 75. Lebensjahre gestorben. Phili Eulenburg war bekanntlich der Hauptbeteiligte bei den aufsehenerregenden Skandalgeschichten, die sich vor langen Jahren in den höchsten Kreisen, in Wilhelms nächster Nähe abgespielt haben. Die geltenden Gesetze zwangen die Staatsanwaltschaft, nachdem die Dinge an die Oeffentlichkeit gekommen waren, sich wohl oder übel mit dem Liebesleben des hohen „175er" zu beschäftigen. Eine ominöse Krankheit, die den Fürsten noch zwei Jahrzehnte leben ließ, ihn aber für ebenso lange Zeit „verhandlungsunfähig" machte, verhinderte es, daß die Affäre gerichtlich zum Austrag gebracht werden konnte. Nun kann die Staatsanwaltschaft endlich die Akten über den seltenen Fall schließen.

Die blutigen Vorgänge in Koburg.

Aus Koburg wird gemeldet: Die **blutigen Vorgänge am 3. September** bildeten in der letzten **Sitzung des großen Gemeinderats** den Gegenstand einer lebhaften Aussprache. Von den bürgerlichen Parteien wurde eine Entschließung eingebracht, die einstimmig angenommen wurde. Darin heißt es: Der große Gemeinderat bedauert die Vorkommnisse vom 3. September, bei denen ein Menschenleben vernichtet und bedeutende Sachschäden angerichtet worden sind. Er ist der Meinung, daß **diese Vorkommnisse zu vermeiden gewesen wären, wenn** der beste Kenner der örtlichen Verhältnisse der Stadt Koburg, **der Oberbürgermeister, an zuständiger Stelle von der Regierung gebührend gehört worden wäre,** und erwartet, daß auf Grund eines unparteiischen Gutachtens die Angelegenheit baldigst geklärt werde.

Säuberungsaktion in Oberschlesien.

Breslau, 19. September. (TU.) Laut **Anordnung der Interalliierten Kommission** sind aus Oberschlesien **sofort alle zweifelhaften Elemente zu entfernen.** Personen, die nicht im Besitz einer vorschriftsmäßigen Legitimation sind, sind sofort festzunehmen. Gleichzeitig sind die Gemeinden zu verständigen und den Gemeindewachen strengste Befehle zu erteilen, die **rückkehrenden Flüchtlinge,** gleich welcher Gesinnung, **zu schützen.** Alle Personen, die sich in Oberschlesien ohne Legitimation aufhalten, haben ohne Ausnahme die Ausweisung zu erwarten.

Erhöhung der Belohnung für die Ergreifung der Mörder Erzbergers.

Berlin, 17. September. (Amtlich.) Die Reichsregierung hat mit Rücksicht darauf, daß die **Mörder des Abg. Erzberger** festgestellt, aber noch nicht ergriffen sind, die ausgesetzte **Belohnung** von **100 000 Mk.** auf **200 000 Mk. erhöht.** Zuständig für die Verteilung sind die badischen Landesbehörden.

Verbot eines nationalistischen Blattes.

Freiburg i. Br., 18. September. Die **nationalistische Breisgauer Zeitung** ist auf Grund der bekannten Verordnung des Reichspräsidenten vom badischen Ministerium des Innern für die Zeit vom 19. bis einschließlich 23. d. M. **verboten** worden.

Ungarn soll endlich entwaffnet werden.

Wien, 17. September. (DA.) Wie der Wiener Korrespondent der Dena aus Ententekreisen erfährt, haben die **Ententekabinette beschlossen, die Entwaffnung der ungarischen Armee** gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrags von Trianon **schleunigst in Angriff zu nehmen** und aufs schnellste durchzuführen. Es wird darauf hingewiesen, daß es ein **Fehler** gewesen sei, **Oesterreich vor Ungarn zu entwaffnen.** Der umgekehrte Weg wäre besser gewesen. Dabei wollen die Ententemächte keinen Unterschied zwischen der regulären Armee und den Detachements machen. Ungarn soll nicht mehr als die im Frieden von Trianon festgesetzte Anzahl von 35 000 Gewehren besitzen dürfen. Infolgedessen wird nun die Interalliierte **Militärkommission in Budapest eine sehr energische Tätigkeit entwickeln,** um den Gefahrenherd, den die ungarische Armee darstellt, zu unterdrücken.

Mobilisierung in Ungarn?

Wien, 19. September. (TU.) Der Parl. Presse zufolge soll in **Ungarn in aller Stille eine regelrechte Mobilisierung** durchgeführt werden. Reserveoffiziere und Mannschaften der Jahrgänge 1895 bis 1900 erhielten Aufforderungen, welche von General Ostenburg unterzeichnet sind. — Von ungarischer Seite wird die Richtigkeit dieser Meldung entschieden in Abrede gestellt.

Lloyd George und De Valera.

Zwischen dem englischen Premierminister und dem Führer der Sinnfeiner hat im Anschluß an das Antwortschreiben der Sinnfeiner ein ununterbrochener schriftlicher Meinungsaustausch stattgefunden. In seiner Antwort auf das Schreiben Lloyd Georges erklärte De Valera, es sei **unbedingt erforderlich,** daß die **Unterhändler beider Parteien zusammentreten,** ohne durch irgendwelche Bedingungen behindert zu sein. Darauf erwiderte Lloyd George, solange De Valera dabei bleibe zu fordern, daß **die irischen Vertreter als Vertreter** eines unabhängigen souveränen Staates verhandeln, sei **eine Konferenz unmöglich.** De Valera antwortete in einem Telegramm, in dem er sagte: Uns liegt nur das eine Ziel am Herzen, die Konferenz auf eine so wahrhaftige und der Wirklichkeit entsprechende Basis zu stellen, daß es dadurch möglich würde, ein Ergebnis zu erreichen, welches die Bevölkerung der beiden Inseln so heiß ersehnt.

Jetzt hat nun der englische Premierminister wieder ein Telegramm an De Valera gerichtet, in dem er sagt: **Ihr** Telegramm von gestern abend verändert nicht den Anspruch, daß **Ihre Delegierten mit uns als Vertreter eines souveränen, unabhängigen Staats zusammentreffen sollten.** Sie haben keine solche Bedingung im voraus gestellt, als Sie mich im Juli besucht haben. Gleich bei Beginn unsrer damaligen Besprechungen sagte ich Ihnen: „Wir erwarten, **daß Irland seine Untertanenpflicht gegen den Thron anerkenne** und in Zukunft als ein Mitglied des britischen Gemeinwesens handle." **Dies war die Grundlage unsres Vorschlags, und wir können dieses nicht verändern.** Die Stellung, die Sie jetzt im voraus für Ihre Delegierten beanspruchen, ist in der Tat eine Zurückweisung dieser Grundlage. Ich bin bereit, mit Ihren Delegierten zusammenzutreffen, wie ich mit Ihnen im Juli zusammenkam, nämlich in der Eigenschaft von erwählten Sprechern für Ihr Volk, um über eine Verbindung Irlands mit dem britischen Gemeinwesen zu beraten. **Meine Kollegen und ich können nicht mit diesen zusammenkommen als Vertreter eines unabhängigen Staats,** ohne dadurch eine Treulosigkeit gegen den Thron und das Reich zu begehen. Ich muß deshalb wiederholen, daß, **sofern nicht der zweite Absatz Ihres Briefes vom 12. September zurückgezogen wird, eine Konferenz zwischen uns unmöglich ist.**

Nach einer TU.-Meldung aus London nimmt man in englischen Regierungskreisen an, daß De Valera an seiner bisherigen **Bedingung der Anerkennung der irischen Republik vor Aufnahme** der Verhandlungen **nicht länger festhalten werde.**

Griechenland zum Frieden bereit?

Paris, 16. September. Wie der Intransigeant aus Genf erfährt, sollen die **griechischen Delegierten** sich an mehrere Mitglieder des Völkerbundes mit der Bitte gewandt haben, der **Völkerbund möge bei den Alliierten die Einleitung einer Vermittlung zur Beendigung des griechisch-türkischen Krieges** anregen. Von mehreren Seiten sei diese Bitte abgelehnt worden, solange nicht von griechischer Seite ein offizieller Schritt erfolge. Die Griechen sollen jedoch später einige Mitglieder des Völkerbundes gefunden haben, die sich bereit erklärten, die Angelegenheit in die Hand zu nehmen. In unterrichteten Kreisen wolle man wissen, daß die Griechen **bereit seien, einen sofortigen Frieden mit Angora zu schließen** und das gesamte bei der Offensive von ihnen **besetzte Gebiet in Anatolien zu räumen.**

Paris, 17. September. (TU.) Aus Smyrna wird über London berichtet, daß die **Erfolge der türkischen Truppen sich bestätigt haben.** Zivil und Militär in Smyrna weist nicht mehr die Zuversicht wie bisher auf. Man scheint sogar einen **Waffenstillstand** ins Auge zu fassen. In Brussa wird ein **Kriegsrat unter dem Vorsitz des Königs Konstantin** abgehalten.

Zum Rückzug der Griechen.

Konstantinopel, 18. September. Nachrichten, die gestern in türkischen Kreisen eingetroffen sind, berichten: Nach den ersten Erfolgen haben **die kemalistischen Streitkräfte die Verfolgung des Feindes aufgenommen.** Der Gegner wurde gezwungen, sich auf das rechte Ufer des Sakaria zurückzuziehen und eine große Menge Kriegsmaterial und Munition im Stiche zu lassen. An einigen Stellen gingen die Türken schwimmend über den Fluß, und man begann den Bau von Brücken. Aller Wahrscheinlichkeit waren die Abteilungen des linken griechischen Flügels bis zu den Vorbefestigungen des Arditschberges vorgerückt. Es gelang ihnen, der drohenden Umfassung zu entgehen; sie konnten nach der Südschleife des Sakaria zurückgeführt werden und entgingen dadurch der Gefahr, in die Salzwüste geworfen zu werden. Im Süden gingen Kavallerieabteilungen mit Unterstützung von Infanterie erfolgreich gegen den Rückzug des Feindes vor.

Paris, 19. September. (TU.) Die **griechische Gesandtschaft dementiert die Nachricht,** daß die Athener Militärkreise die Erfolge der türkischen Armee anerkennen und einen allgemeinen Rückzug der Griechen ins Auge fassen. Ebenso wird die Nachricht einer bevorstehenden griechischen Ministerkrise dementiert.

Vom kulturfeindlichen Militarismus.

Der Grenzlandendienst berichtet aus Kirn: Die **französischen Besatzungstruppen** halten im hiesigen Bezirk **größere Uebungen** ab. Um Quartier für die an den Uebungen beteiligten Truppen zu schaffen, ist die Stadt Kirn genötigt, die **Schulen zu schließen** und die **Schulgebäude als Unterkunftsstätten für die Truppen** bereitzustellen.

Daß hier ein Uebergriff der französischen Militärbehörden vorliegt, ist ohne weiteres ersichtlich, da das Rheinlandabkommen für die Unterkunft der Besatzungstruppen die vorhandenen militärischen Einrichtungen vorsieht. Jedoch, der Militarismus bleibt sich immer gleich, ob er rechts oder links des Rheins oder sonstwo gezüchtet wird; kulturschädigend wirkt er stets.

Von Nah und Fern.

Schwerer Unglücksfall beim Münchner Oktoberfest.

TU. München, 19. September. Am Sonntag, dem **ersten Tage des Münchner Oktoberfestes** auf der Theresienwiese, hat sich ein **schweres Unglück** ereignet. Nachmittags 4 Uhr gab der **überlastete Boden der Plattform einer** sog. Teppitsch-Rutschbahn plötzlich nach und **brach in sich zusammen.** Später wurde bekannt, daß der städtische Rettungsdienst in seinen Automobilen 15 **mehr oder minder schwerverletzte Personen** in die Krankenhäuser eingeliefert hat. Der Betrieb der Bahn wurde durch die Polizeibehörde sofort eingestellt und der Platz von den Mannschaften der Landespolizei abgesperrt.

Raubmord an einem Arzt.

Karlsruhe, 19. September. Am Sonnabendnachmittag meldete sich ein bis jetzt unbekannter Mann bei dem **pratt. Arzt Dr. Wirz** als Patient. Während der Arzt ihn untersuchte, schlug der **angebliche Patient** ihn mit einem **Hammer** so **stark auf den Kopf,** daß die Schädeldecke zertrümmert wurde und der Ueberfallene am Abend verstarb. Der Täter, der sich in Begleitung einer Frau befand, ist entkommen. Geraubt sind 2000 Mark.

Schweres Automobilunglück.

Saalfeld, 19. September. (TU.) Am Sonntag fuhr bei dem Orte Leubnitz ein **Automobil mit einem Motorrad zusammen. Der Besitzer des Motorrades erlitt tödliche Verletzungen;** seine Frau wurde nach dem Saalfelder Krankenhause transportiert.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Walter Freytag in Leipzig.
Verantwortlich für den Inseratenteil:
Friedrich Pillet, Borsdorf-Leipzig.
Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig

Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19210919/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

USPD. USPD.

Aus Anlaß der von der USPD. vom 17. bis 24. September veranstalteten Werbewoche finden am Dienstag, dem 20. September, abends ½8 Uhr

Zehn öffentl. Volksversammlungen in Groß-Leipzig

in folgenden Lokalen statt:

Alt-Leipzig: Volkshaus, großer Saal
Westbezirk: Westendhallen, L.-Plagwitz
Ostbezirk: Drei Mohren, L.-Anger
Südostbezirk: Papiermühle, L.-Stötteritz
Südbezirk: Goldene Krone, L.-Connewitz
Nordbezirk: Drachenfels, L.-Gohlis
Großzschocher: Gasthof zum Trompeter
Gautzsch: Alter Gasthof
Taucha: Goldener Löwe
Markranstädt: Gute Quelle

Folgende Reichstagsabgeordnete **Otto Meier**, Berlin, Minister **Fleißner**, Dresden, Minister **Lipinski**, Dresden, **Friedr. Seger**, Leipzig, **Edel**, Dresden, **Ristau**, Dresden, **Kuhnert**, Chemnitz, **Holtz**, Berlin, **Aug. Karsten**, Peine, **Puchta**, Plauen, sprechen über:

Die politische Lage im Reiche und die Aufgaben der USPD.

Kopf- und Handarbeiter, Arbeiterinnen, nur im Zusammenschluß in der USPD. wird die Einheit der Arbeiterklasse herbeigeführt, die Kraft und Entschlossenheit gefördert, die notwendig sind, für die großen Aufgaben des schaffenden Volkes.

Der Hauptvorstand der USPD. Groß-Leipzig.

Verband der Maler :: Lackierer :: Anstreicher etc.

Filiale Leipzig.

Bureau: Gerberstraße 1, III., Zimmer 80.
Geschäftszeit: 11—1 Uhr mittags u. ½5—½7 Uhr abends. Sonnabends von 8—3 Uhr.

Mittwoch, den 21. September, abends 7 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im **Volkshaus**, Zeitzer Straße 32.

Tagesordnung:
1. Quartals- und Kassenbericht vom 2. Quartal.
2. Das Ergebnis der Verhandlungen mit der Innung über das ab 1. Oktober geltende Lohnabkommen.
3. Gewerkschaftliches.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kollegen dringend notwendig.
Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.

Die Filialverwaltung.

Wäsche-Arbeiterinnen.

Donnerstag, den 22. September 1921, abends 7 Uhr im Pantheon, Dresdner Strasse 20

Große öffentliche Versammlung.

Tagesordnung:

Die Tarifverschleppungstaktik der Leipziger Wäschekonfektionäre.

Referent: Reichsbranchenleiter Kollege Theissinger-Berlin.

Kollegen! Das provozierende Verhalten der Unternehmer der Wäschekonfektion muß jede Arbeiterin — ganz gleich ob Betriebs- oder Heimarbeiterin — veranlassen, in dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen.

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband
Filiale Leipzig, Braustraße 17, III.

Der arme Konrad.

Mitwirkende der Westbezirke treffen sich Montag, den 19. Sept., abends 7 Uhr, in den Westendhallen, Plagwitz. Referent: Herr **v. Hau.** Erscheinen unbedingt notwendig.

Herr A. Köwing in Göttingen schreibt: Meine

Pickels Mitesser

habe ich durch Schaumauflage von Obermeyer's Medizinal-Herbo-Creme **beseitigt.**

Herbo-Seife Zur Nachbehandlung ist Herbo-Creme besonders zu empfehlen. Zu haben in allen Apotheken, Drogen- und Parfümerien

---

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Leipzig.

Unsere Aktionäre werden hiermit zu der am
Sonnabend, dem 15. Oktober 1921, vormittags 11 Uhr im Sitzungssaale unserer Bank, Leipzig, Brühl 73/77
stattfindenden

Außerordentlichen General-Versammlung

eingeladen.

Tagesordnung:
1. Erhöhung des Grundkapitals um Mk. 60000000.— auf Mk. 220000000.— Festsetzung der Ausgabebedingungen.
2. Abänderung des Gesellschaftsvertrages in § 4 (Grundkapitalsziffer) entsprechend dem Beschlusse auf Kapitalserhöhung.
3. Wahlen zum Aufsichtsrat.

Die Ausübung des Stimmrechts in der Generalversammlung ist davon abhängig, daß die Aktien zu diesem Zwecke spätestens am 13. Oktober 1921 hinterlegt werden
bei uns in Leipzig oder bei einer unserer Niederlassungen,
bei der Direktion der Diskonto-Gesellschaft in Berlin, Bielefeld, Essen-Ruhr, Frankfurt a. M., Hannover, Königsberg i. Pr., Lübeck, Magdeburg, Münster, Stettin, Stuttgart,
bei der Anhalt-Dessauischen Landesbank in Dessau,
bei der Bank für Thüringen vormals B. M. Strupp Aktiengesellschaft in Meiningen,
bei der Bayerischen Diskonto- und Wechsel-Bank A.-G. in Nürnberg,
bei der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank in München,
bei der Norddeutschen Bank in Hamburg, Hamburg,
bei dem A. Schaaffhausenschen Bankverein A.-G. in Köln, Krefeld, Düsseldorf und Aachen,
bei der Süddeutschen Diskonto-Gesellschaft A.-G. in Mannheim.

Hierdurch wird die gesetzliche Ermächtigung des Aktionärs zur Hinterlegung bei einem Notar nicht berührt.

Die über die Hinterlegung ausgestellten Bescheinigungen dienen als Einlaßkarten zur Generalversammlung.

Leipzig, den 16. September 1921.

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt.
Petersen. Schoen. Weißel. Grimm.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Telephon 3407 **Zahlstelle Leipzig** Telephon 3407

Mittwoch, den 21. September, abends 7 Uhr, im großen Saal des Volkshauses:

Allgem. Mitgliederversammlung

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Plottke über: Wirtschafts- und Steuerfragen. — 2. Ersatzwahl von zwei Mitgliedern zur Ortsverwaltung. 3. Wahl eines Delegierten für das Gewerkschaftskartell. — 4. Gewerkschaftliches.

Stellmacher der Kleinbetriebe Mittwoch, den 21. September, nachmittags 5 Uhr, im Volkshaus, Billardzimmer: **Versammlung.** Tagesordnung: Die Antwort der Innung auf unsere Lohnforderung.

Bildhauer aller Branchen Sonnabend, den 24. Sept. abends ½8 Uhr, im Volkshaus, Billardzimmer: **Versammlung.** Tagesordnung: 1. Branchenangelegenheiten. 2. Verschiedenes.

Rahmentischler und Vergolder Sonnabend, den 24. September, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 1: **Versammlung.** Tagesordnung: 1. Die Durchführung des Tarifes in unserer Branche. 2. Wahl des Sektionsleiters. 3. Verschiedenes. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert zahlreiches Erscheinen. **Die Ortsverwaltung.**

Nachtfalter

Hainstrasse 18

Allabendlich **7½ Uhr**

Kabarett.

Wochentags Einlaß ½5, Anfang 5, Ende 11 Uhr

Lindenfels

Karl-Heine-Straße 50 Fernruf 18195/96

Morgen Dienstag:

Goliath Armstrong

(Der Herkules der schwarzen Berge)
II. Teil: **Auf Leben und Tod**
Sensationsfilm in 6 Akten.

Aus den Memoiren einer Filmschauspielerin

5 Akte mit 5 Akte

Lya Mara

(Indiskretionen aus dem Glashaus).

Wintergarten

Eisenbahnstraße 56 Fernruf 18195/96

Morgen Dienstag:

Justitia

Großer italienischer Sensations-Film in 6 Akten
Der Film bringt Aufnahmen und Sensationen, die nicht zu übertreffen sind.

Jacks Geheimnis

Die Irrfahrten eines Dokumentes in 5 Akten
Hauptrolle: **Der Affe Jack.**

Prima Kernleder

im ganzen und im Ausschnitt
Herren- u. Damenleisten sowie sämtl. **Schuhbedarfsartikel**
stets zu billigsten Preisen zu haben bei
C. Migdin, Leipzig, Tauchaer Str. 46.
Bitte genau auf **Nr. 46** zu achten. [*

Reparaturen an Uhren jed. Art nur streng solide Ausführung u. unt. Garant. bei
Gustav Kaniss
Uhrmach., Tauchaer Str. 6.*

Für die uns anläßlich unseres

25jähr. Geschäfts-Jubiläums

in so reichem Maße erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen wir nur hierdurch unseren herzlichsten Dank

Hermann & Otto Reinhardt
Leipzig
Hauptgeschäft: Frankfurter Straße 5 Zweiggeschäft: Waldstraße 24
Zigarren-, Zigaretten- und Tabak-Großhandlung
Mitglied dem Zentralverband Deutscher Großhändler der Tabakbranche Dortmund-Berlin.

Für Raucher eine Probe umsonst.

5000 kleine Schachteln Raucherheil umsonst.

Wir möchten gerne jedem, der das Rauchen aus Gesundheitsrücksichten oder aus Sparsamkeit einschränken möchte, eine Probe unseres Raucherheils zukommen lassen. Es macht das Rauchen **leicht entbehrlich**, selbst dem leidenschaftlichsten Raucher.

Im eigenen Interesse eines jeden Lesers dieses Inserates, der seinen Tabakgenuß ohne Entbehrung und ohne unnötigen Willensaufwand bequem einschränken will, wünsche ich, daß er Raucherheil versuchen möge. Wahrscheinlich wird er dann, wie viele andere, sagen: „Raucherheil hat mir den Tabak entbehrlich gemacht".

Raucherheil ist der Freund der Raucher. Der Geschmack ist angenehm und erfrischend. Er beseitigt jeden üblen Mundgeruch und wirkt den schädlichen Folgen des Rauchens, besonders dem giftigen Nikotin, entgegen.

Raucherheil ist vollständig unschädlich und kann mit gleich gutem Erfolg angewendet werden von Zigarren-, Zigaretten- und Pfeifenrauchern. Das Alter hat dabei nichts zu sagen.

Raucherheil ist allen zu empfehlen, denen der Tabakgenuß auch nur die geringsten Beschwerden verursacht, oder die das Rauchen aus sonst einem Grunde ohne unnötige Entbehrung einschränken wollen.

Eine Schachtel mit 160 Pastillen, für zirka einen Monat reichend, kostet in der Apotheke Mk. 13.50.

Schreiben Sie sofort eine Postkarte und verlangen Sie Gratiszusendung einer kleinen Schachtel Raucherheil von der **Hauptniederlage für Raucherheil, Viktoria-Apotheke, Berlin B 37, Friedrichstraße 19.**

Zu haben in **Leipzig** in den Niederlagen: **Engel-Apotheke, Markt 12, Salomonis-Apotheke,** Grimmatische Straße.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19210919/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Wetterbeobachtungen (Zoologischer Garten) in Leipzig.

	Barometerstand Millimeter	Lufttemperatur Celsius	Luftfeuchtigkeit Prozente	Windrichtung	Windstärke	Wetterzustand	Temperaturextreme am 18. September 1921
18. Septbr. nachm. 2 U.	64,6	16,2	55	N	5	Kühl, verändert	Höchste Temperatur 16,9
18. Septbr. abends 9 U.	65,1	10,0	78	N	5	Kühl, verändert	Tiefste Temperatur 7,8
19. Septbr. früh 7 Uhr	64,2	06,8	88	O	1	Kühl, verändert	Regenmenge in mm 0,0

Allgemeiner Wetterverlauf: Kühl, zeitweise stürmisch, heiter, veränderlich, steigendes Barometer.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 19. September.

Parteiangelegenheiten.

Zusammenstellung der Wählerlisten.

Wir ersuchen alle Freunde unsrer Sache, sowie alle Partei- und Gewerkschaftsgenossen, unsern Funktionären bei der Zusammenstellung der Wählerlisten behilflich zu sein.

Der Hauptvorstand Groß-Leipzig.

•

Oetzsch-Gautzsch. Frauenabend heute abend im Bürgergarten.

Ortsverein Wahren. Funktionäre, Genossen und Genossinnen treffen sich Montag, den 19. September, abends ½8 Uhr, im Wirtenschlößchen.

Schlichtungsausschuß.

Der Schlichtungsausschußvorsitzende ladet die Beisitzer oft zu Veranstaltungen ein. Die freigewerkschaftlich organisierten Beisitzer, die Gewerkschaftsvorstände und Kartelldelegierten haben einstimmig beschlossen, vorläufig diese Veranstaltungen nicht zu besuchen. Wir machen diesen Beschluß noch einmal bekannt.

Gewerkschaftskartell Leipzig.

•

Gruppenrat 4. Heute abend 7 Uhr Sitzung im Kartell, Zimmer 104.

Gruppenrat 3. Mittwoch, den 21. September, abends 7 Uhr, Sitzung im Kartell, Zimmer 104.

Leipzigs Haushaltplan für 1921/22.

Dieser Tage ist den Stadtverordneten der Haushaltplan der Stadt für das Jahr 1921/22 zugegangen. Die Gesamtausgaben sind mit 656 Millionen Mark veranschlagt worden, denen nur 565 Millionen Mark Einnahmen gegenüberstehen, so daß ein Fehlbetrag von rund 91 Millionen Mark vorhanden ist.

Zum Vergleich sei erwähnt, daß im Jahre 1916 die gesamten Ausgaben der Stadt mit rund 79 Millionen und die Einnahmen mit rund 51 Millionen veranschlagt worden, so daß rund 28 Millionen durch Einkommensteuern aufgebracht werden mußten. 1920/21 betrugen die Ausgaben 467 Millionen Mark, die Einnahmen 302 Millionen.

Der Fehlbetrag für 1921/22 war ursprünglich mit 263 Millionen Mark berechnet, das sind rund 78 Millionen Mark mehr als im Vorjahre. Von den 263 Millionen Mark sind aber 118 Millionen Mark als Einnahme aus dem Anteil der Stadtgemeinde an der Reichseinkommensteuer abgezogen worden, ferner rund 26 Millionen Mark Einnahmen von der Gewerbe- und von der Beherbergungssteuer, sowie 28 Mill. Mark Mindestanteil des Staates zur Besoldung der Lehrer. Zu den 91 Millionen Mark Fehlbetrag kommen noch 5 Millionen Mark Fehlbetrag der Straßenbahn. **Es sind also 96 Millionen Mark hungedeckt, für die neue Einnahmen geschaffen werden müssen.**

Als Gründe für das ständige Anwachsen des Fehlbetrages gibt der Rat an, die Steigerung der Ausgaben für Gehalte, Löhne und Materialien infolge der anhaltenden Geldentwertung. Die meisten Konten erfordern einen größeren Zuschuß, als im Vorjahre. Von den Ueberschußkarten bringen das Konto „Gebäude" und „Wasserwerke" zusammen 1,5 Millionen weniger. Dem stehen die wenigen Ueberschußkonten gegenüber, die insgesamt 3,2 Millionen mehr bringen sollen, darunter die Elektrizitätswerke und die Gaswerke mit zusammen rund 2 Millionen Mark.

Für die Deckung des 96-Millionen-Defizits kommen nach dem Ratsschreiben in Betracht: 1. höhere Erträge der bestehenden Steuern; 2. neue Steuern; 3. Einschränkung der Ausgaben im allgemeinen; Erhöhung der Tarifsätze z. B. in den Krankenhäusern, bei den technischen Werken, wirtschaftlichere Gestaltung der städtischen Betriebe usw. Der Rat macht auch eine Reihe Angaben über die erwarteten Erträge der Steuern, dagegen sagt er nichts über die neuen Steuern, sowenig er sich über die Einschränkungen der Ausgaben näher äußert.

Der Haushaltplan ist ein getreues Spiegelbild der Bankrottwirtschaft, die sich nicht nur in Reich und in den Bundesstaaten, sondern auch in den Gemeinden zeigt. Solange nicht die Reichswirtschaft auf gesunde Grundlagen gestellt wird, solange werden auch die Gemeindefinanzen nicht auf eine solide Basis gestellt werden können. Die Geldentwertung, die als Grund für die fortgesetzte Steigerung der Fehlbeträge angeführt wird, ist eine unmittelbare Folge der Reichspolitik. Wie sehr die Gemeindefinanzen durch die Reichspolitik beeinflußt werden, zeigt sich ja z. B. an der Tatsache, daß noch während der Drucklegung des Haushaltplanes der Fehlbetrag um mehr als 20 Millionen Mark gestiegen ist, infolge der notwendigen Ausgaben für höhere Arbeiter- und Beamtenlöhne. Diese Lohnerhöhungen bringen aber nicht etwa eine Steigerung der Lebenshaltung der Lohnempfänger zum Ausdruck, sie sind vielmehr nur ein Ausgleich für die Teuerung, die den bisherigen Lohn entwertet haben. Diese Teuerung ist aber eine direkte Folge der verfehlten, nach kapitalistischen Grundsätzen orientierten Reichspolitik. Wie die kapitalistisch orientierte, im Interesse der Besitzenden geführte Reichspolitik die Lebenshaltung der besitzlosen Masse des Volkes herabdrückt, so geht auch die Bankrottwirtschaft der Gemeinden auf Kosten der breiten Masse der Bevölkerung.

In dieser Erkenntnis richtet sich der Kampf der Unabhängigen Sozialdemokratie nicht nur im Reich, sondern auch in der Gemeindepolitik gegen das kapitalistische System.

Eine Mieterdemonstration

veranstaltete der Mieterschutzverband Leipzig und Umgegend. Zu diesem Zwecke hatte er für Sonntag, dem 18. September eine große Demonstrationsversammlung im Zoologischen Garten einberufen. Wenn man sich die große Wohnungsnot in Leipzig vergegenwärtigt, hätten alle diejenigen, die an der Beseitigung der Wohnungsnot interessiert sind, in dem Saale des Zoologischen Gartens keinen Platz finden dürfen. Aber die Gleichgültigkeit, die sich auf diesem Gebiete zeigt, ließ nur eine gutbesuchte Versammlung zustande kommen.

Der zweite Vorsitzende des Bundes deutscher Mietervereine, Herr Groß-Dresden, nahm in seinen zweistündigen Ausführungen Stellung zu den Forderungen der Mietervereine: **Gegen die freie Wirtschaft im Wohnungswesen! Gegen das Reichsmietengesetz! Gegen die Einigungsämter! Für die Beseitigung des gewerblichen Hausbesitzes! Für die Gemeinwirtschaft im Wohnungswesen! Für die Sozialisierung der Baustoffindustrie!**

Wenn diese Versammlung als eine Protestkundgebung gedacht ist, so nicht nur für die Interessen der Mieter, sondern des gesamten Volkes. Wenn man jetzt bestrebt ist, die Tuberkulose energischer zu bekämpfen, so läßt man vielfach außer acht, daß das beste Mittel der Tuberkulosebekämpfung die Schaffung gesunder Wohnungen ist. Da die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen nur als ein Hilfsmittel betrachtet werden kann, muß dahin gewirkt werden, daß die Gemeinwirtschaft im Wohnungswesen zur Durchführung kommt, zumal mit der jetzigen Zwangswirtschaft auf die Dauer nicht auszukommen ist. Das Reichsmietengesetz entspreche in dieser Beziehung nicht den Wünschen der Mieter. Da der Besitz eines Hauses nichts anderes ist als eine Kapitalanlage, muß der Hausbesitzer als Kapitalist bekämpft werden. Der Bund der Mieterverbände steht daher auf dem Standpunkte, daß das Bauen der Wohnungen nicht Sache der Privatpersonen ist, sondern des Reiches, des Staates und der Gemeinden. Er verfolgt die Dreiteilung der Miete in Kapitalzins, Betriebs- und Unterhaltungskosten und stellte sich auf den Standpunkt, daß es für die Mieter weniger darauf ankomme, wie hoch die Mieten seien, als vielmehr darauf, daß die Mieter ein Kontrollrecht über die Mieten haben. Der Mieter muß wissen, was aus seiner Miete wird. Der Mieterschutzverband verlangt das Mitbestimmungsrecht der Mieter als ein soziales Recht. Es wird weiter verlangt, daß alle Auseinandersetzungen, die sich aus dem Mietvertrag ergeben, im Hause ausgetragen werden. Es sollen sich Mieter und Vermieter zusammensetzen und durch Mieterräte die Differenzen beilegen. Die Vermieter sollen und müssen lernen, sich mit den Mietern an einen Tisch zu setzen. Eine wichtige Frage ist heute die Frage der Lösung des Mietverhältnisses. Um die Lösung gerecht zu gestalten, müßte eine vollständige Umgestaltung der Mieteinigungsämter stattfinden. Hierbei sei besonders darauf zu achten, daß als Vorsitzender kein Verwaltungsjurist, sondern ein unabhängiger Mietrichter fungiere. In der Frage der Mietsteuer verlangte der Referent ein nach Einkommen abgestuftes System. Einen besonders scharfen Kampf gelte es gegen den Wucher und die Spekulation im Grundstücksverkehr zu führen. Es müßte dafür gesorgt werden, daß die Preise der Syndikate der Baustoffindustrie einer scharfen Kontrolle unterliegen. Um der Gemeinwirtschaft näherzukommen, sei es notwendig, daß die Baugenossenschaften, die „Bauhütten", von Reich, Staat und Gemeinden unterstützt werden.

Als Diskussionsredner hatte sich Herr Schadler im Interesse der Festbesoldeten gemeldet. Es ist den Mietern weniger gedient mit der Mahnung zu zahlen und immer wieder zu zahlen, wenn dadurch die Wohnungsnot nicht behoben wird. Es wäre notwendig, daß die Front der Mieter sich zu einer Kampffront umbilde, um auch handeln zu können. Als ein besonderes Mittel, die Wohnungsnot zu mildern, empfahl er die Zwangsausquartierung.

Hierauf schlug der Versammlungsleiter folgende Entschließungen vor:

„Die am 18. September zu Tausenden versammelten Leipziger Mieter fordern von der Reichsregierung und vom Reichstag die unbedingte Aufrechterhaltung der Wohnungszwangswirtschaft und den weiteren Ausbau des Mieterschutzes. Ein Reichsmietengesetz oder ein Mieterschutzgesetz, das den Abbau der Zwangswirtschaft einleitet, wird von der Mieterschaft aufs schärfste bekämpft werden. Die Mieter fordern energische Förderung aller Maßnahmen, die die Gemeinwirtschaft im Wohnungswesen zum Ziele haben. Die Not des Volkes fordert die Unterbindung jeder Spekulationswirtschaft im Wohnungswesen. Die organisierte Mieterschaft warnt die Regierung und Volksvertreter eindringlich vor einem Nachgeben gegenüber einer kleinen aber kapitalkräftigen und einflußreichen Interessentengruppe. Wird diese Warnung nicht beachtet und der bedrängten Mieterschaft damit die Hoffnung auf eine Gesundung unsres Wohnungswesens genommen, so lehnt die organisierte Mieterschaft die Verantwortung für die Folgen ab."

„Die zu Tausenden versammelten organisierten Mieter Leipzigs und Umgebung lehnen die nicht endenwollenden maßlosen Forderungen des Leipziger Hausbesitzerverbandes erneut und entschieden ab. Die Mieterschaft ist fest entschlossen nunmehr jede weitere Steigerung der Wohnungsmieten solange abzulehnen, bis ein Kontroll- und Mitbestimmungsrecht ihnen in der Hausverwaltung eingeräumt wird. Endlich fordert die Mieterschaft die Umbildung des Einigungsamtes in sozialem Geiste."

Beide Entschließungen wurden einstimmig angenommen. Nach der Aufforderung, sich vollzählig an dem Demonstrationszug nach dem Reichsgerichtsplatz zu beteiligen, wurde die Versammlung geschlossen.

Der Zug bewegte sich um die Promenade, am Hauptbahnhof und Augustusplatz vorbei, nach dem Reichsgericht, wo sich die Demonstration nach einer Aufforderung, die Mieterorganisation zu einer machtvollen Waffe gegen Hausbesitzerwillkür zu gestalten, auflöste.

Eine bemerkenswerte Veranstaltung für Elternräte.

Die Stimmbildungsmethode des Professors Engel wurde am vergangenen Sonnabend den Leipziger Elternräten durch einen Vortrag des Herrn Lehrers Schaarschmidt und durch Vorführungen einer 1. Mädchenklasse der 10. Volksschule erläutert. Leider hatte noch nicht einmal die Hälfte der 500 Elternratsmitglieder die Gelegenheit wahrgenommen, ihre Kenntnisse über die modernen Aufgaben der Volksschule zu erweitern. Herr Schaarschmidt erläuterte in kurzen Ausführungen die Engelsche Methode, die allen, die viel sprechen müssen (Schauspieler, Redner, Advokaten, Geistliche, Lehrer) die Möglichkeit gewährt, ohne Anstrengung stundenlang zu reden, die den Kehlkopf entlastet und dadurch die besonders bei Lehrern oft auftretenden Hals- und Kehlkopfkrankheiten verhütet und zugleich eine überraschende Klarheit und Schönheit der Stimmbildung ermöglicht. Das bewies nicht nur die Redekunst des Vortragenden, sondern vor allem auch die Darbietungen der Kinder. Beim Lesen aus dem Buche, bei der freien Rede, dem Vortrag ernster und heiterer Gedichte, beim Sprechen der ganzen Klasse wie des einzelnen Kindes und nicht zuletzt bei den Gesängen zeigte sich eine Sprachkultur, die bei den Zuhörern größtes Staunen und Freude hervorriefen.

In der sehr lebhaften Debatte sprachen sowohl Lehrer als Eltern ihre Bewunderung über die erzielten Höchstleistungen aus. Wenn auch mancherlei Einwände erhoben wurden, wenn man sich auch darüber klar war, daß solch glänzende Resultate nur dann zu erzielen sind, wenn ein Lehrer sich dem Sprachunterricht mit solch begeisterter Hingabe widmen kann wie der Vortragende, so war man sich doch einig darüber, daß die Einführung der Engelschen Stimmbildungsmethode im Unterricht sämtlicher Schulen ein Ziel sei, das aufs innigste zu wünschen wäre.

Es wurde noch bekanntgegeben, daß in nächster Zeit ein Vortrag für Elternräte über die Schulen im Haushaltplan der Stadt Leipzig gehalten werden wird, und daß die Elternräte bezirksweise zu Besichtigungen der mustergültigen Einrichtungen der Schule in Großzschocher eingeladen werden sollen.

Aus den Ratsbeschlüssen.

Sächsischer Gemeindetag in Chemnitz. Die der Stadtgemeinde Leipzig zustehenden 17 Karten zur Teilnahme an dem am 7. und 8. Oktober 1921 in Chemnitz stattfindenden Sächsischen Gemeindetag wurden dergestalt verteilt, daß aus dem Stadtverordnetenkollegium 10, aus dem Ratskollegium 3 besoldete und 4 unbesoldete Mitglieder abgeordnet werden.

Spielplatz im Osten. Um dem im Osten der Stadt Leipzig bestehenden dringenden Bedürfnis nach Spiel- und Sportplätzen nach Möglichkeit abzuhelfen, wurde beschlossen, einen größeren Teil des noch nicht hergerichteten Geländes des Schönefelder Volksparkes in einen Spiel- und Sportplatz größeren Stils allmählich umzuwandeln und die hierfür erforderlichen Mittel im Laufe der nächsten vier Jahre zu bewilligen. Einverständniserklärung der v. Ebersteinschen Mariannenstiftung und Zustimmung der Stadtverordneten ist einzuholen.

Bewilligt wurden 270 000 Mk. für Beschaffung eines Lastkraftwagenzuges und eines Schnellastkraftwagens für den städtischen Kraftwagenpark.

Erwiderung.

In Nr. 108 der L. V. vom 25. August 1921 wurde ein Artikel vom Verband der Lungen- und Tuberkulos-Erkrankten veröffentlicht, in dem von einer großen und starken „Reichsorganisation" die Rede ist und durch Aufstellung unwahrer Behauptungen Mitglieder unsres Bundes maßlos in den Schmutz gezogen wurden. Wenn die Ziele und Bestrebungen, welche man angeblich verfolgt, die denkbar idealsten sind und die Aufmerksamkeit des gesamten Volkes mehr wie bisher unbedingt erfordern, so wird in dem Artikel die geistige Reife der „Führer" schon dadurch gekennzeichnet, daß dieselben mit der Schilderung des grausigen Elends in einem Atemzuge — durch Verwechseln der Sache mit Personen — zu einer gegenseitigen Zerfleischung geradezu auffordern. Ganz recht, „Einigkeit macht stark" und Einigkeit hat das Proletariat angesichts der erneuten Hungerblockade durch die Agrarier und Nutznießer des Völkermordens nötiger denn je zuvor, um nicht gewaltsam und sicher der furchtbarsten aller Volkseuchen, der Proletarierkrankheit — der Tuberkulose — in die Arme getrieben zu werden und somit zum kraftlosen, zu keinerlei Kampf um Menschenrechte mehr fähigen, billigen Ausbeutungsobjekt des Kapitalismus herabzusinken.

Der kürzlich stattgefundene „Verbandstag" der großen „Reichsorganisation" hat zum Glück allen, die mit Aufbietung jeglicher Mittel, insbesondere durch Wort und Schrift, tatkräftige Hilfe bei Rentenstreitigkeiten, Ansprüchen aus der Sozialgesetzgebung und Fürsorge usw., die Bewegung ins Land getragen haben, die Augen rechtzeitig darüber geöffnet, daß Phrasendrescher und kaum dem Knabenalter entwachsene junge Männer, die das Leben der Proletarier mit all seiner Tragik erst kennen lernen müssen — dabei nicht die geringste Ahnung vom Bestehen der jetzigen Sozialgesetzgebung mit den verschiedenen Schikanen und Brutalitäten haben — niemals in der Lage sein werden, auch nur das mindeste auf dem Gebiete der Verbesserung der Sozialgesetzgebung zu leisten und somit die traurige Lage des Proletariats in dieser Hinsicht zu verbessern.

Die Mitteilung, daß innerhalb dreiviertel Jahr von der „großen und starken" Organisation ganze 28 (achtundzwanzig) Rentenangelegenheiten und Rechtsschutzfälle — mit welchem Erfolg, ist dabei noch unerwähnt geblieben — erledigt sind, war für alle Mitglieder niederschmetternd. Ein Kassenbericht konnte überhaupt nicht gegeben werden. Die Mitgliedsbeiträge sind durch ein vom Vorsitzenden verfaßtes Flugblatt vollständig aufgebraucht. Auf Vorhalt wurde als Entschuldigung erwidert: „Der Vorsitzende sei ein vorzüglicher und prächtiger „Führer", nur sei er der deutschen Schrift und Sprache nicht mächtig." (!!) Die Geschäftsstelle befindet sich, wie wir uns mit eigenen Augen überzeugt haben, im Schlafzimmer des Vorsitzenden und als Aufbewahrungsort des gesamten Schriftverkehrs und Aktenmaterials dient die — Sofaecke. So sieht die „Reichsorganisation" in Wirklichkeit aus. Es liegt bestimmt nicht im Interesse der Arbeiterschaft, wenn derartige Gruppen und Gruppchen irgendwelche Unterstützung finden. Das entsetzliche Massensterben durch Tuberkulose hat längst dazu geführt, daß sich die gesamte Arbeiterschaft schon seit längerer Zeit damit beschäftigt. Die ganze gespannte politische Lage ist leider daran schuld, daß bisher noch nichts Greifbares auf diesem Gebiet geleistet werden konnte. Wir betrachten es als unsre Aufgabe, die Vorarbeiten zu erledigen. Gemeinsam mit den Arbeitsinvaliden und Kriegsopfern sowie den sich der Sache besonders widmenden Volksvertretern wie Karsten, Dr. Moses usw., wollen wir in erster Linie dahin wirken, daß das von allen sozialistischen Parteien mit Unterstützung sämtlicher Aerzte im Reichstage bereits vor einiger Zeit geforderte Reichsgesundheitsministerium sofort errichtet wird. Die schwedische Arbeiterschaft mit ihrer feingegliederten Organisation auf diesem Gebiet dient uns dabei als Vorbild. Das Hauptziel, welches jedoch nur durch **tatkräftige Mithilfe der gesamten Arbeiterschaft** erreicht werden kann, bleibt der Umsturz der ganzen jetzigen, vollständig unzulänglichen Sozialgesetzgebung und ihr Aufbau auf ganz neuer Grundlage durch Schaffung eines Reichsversorgungsgesetzes unter Zugrundelegung des jeweiligen Existenzminimums.

Bund zur Bekämpfung der Volkskrankheiten.

Ein öffentlicher Skandal. Die Herfurthsche Abendpost tritt offen und frech für die monarchistischen Hochverräter ein. In einem Artikel in der Sonnabend-Nummer stellt sie die Enthüllungen Weißmanns, die der Reichskanzler vorgetragen hat, auf eine Stufe mit den Karl Mayschen Schauerromanen. Das hochverräterische Organ macht die Regierung in einer unerhörten Weise verächtlich. Es spricht von Schwindel, von einem öffentlichen Skandal, von einer Räubergeschichte. Dieses Verhalten Herfurths und seiner Trabanten ist ein öffentlicher Skandal. Wenn vor dem Kriege die sozialistische Presse die Reichsregierung in ähnlicher Weise angegriffen hätte, so wäre sofort der Staatsanwalt auf dem Plane erschienen. Er hätte die Beschlagnahme des Blattes angeordnet und zwei Jahre Gefängnis wären dem Verantwortlichen sicher gewesen. Herfurth kann es sich leisten, für die Hochverräter einzutreten und die Republik sowie ihre Regierung in der schamlosesten Weise mit Schmutz zu bewerfen.

Eine öffentliche Sitzung der Stadtverordneten findet am Mittwoch, dem 21. September, abends 6 Uhr, statt. Das Kollegium wird u. a. beraten über Erhöhung der Bezüge der Ratsmitglieder, Beamten, Lehrer an den höheren Schulen, Ruheständler usw., über die Bewilligung von Berechnungsgeld für den An-

Groß-Leipzig! Dienstagabend 10 öffentl. Volksversammlungen

Frauen und Männer! Erscheint in Massen!

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19210919/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

kauf von Speisekartoffeln, über die Benutzung des Festsaals im Neuen Rathause zu Konzerten usw., über die Erhöhung des Zuschlags zum Verpflegsatz der Psychiatrischen und Nervenklinik der Universität, über die Bewilligung weiterer Mittel für Erweiterung des Friedhofs in Leipzig-Sellerhausen.

Vermietung des Rathaussaales für Konzerte und künstlerische Darbietungen. Der Rat will den Festsaal des Neuen Rathauses im kommenden Winter für Solistenkonzerte und künstlerische Darbietungen auf gesanglichem und deklamatorischem Gebiet an Private vermieten. Der Saal kann für 650 Sitzplätze eingerichtet werden. Die Galerie soll von der Vermietung ausgeschlossen sein, weil sie nur vom 2. Obergeschoß aus zugänglich ist. Die etwa 34 Sitzplätze umfassende Seitengalerie soll den städtischen Kollegien und den vom Miet- und Pachtausschuß mit Ausweis versehenen Personen unentgeltlich zur Verfügung stehen. Für die Vermietung sollen bis auf weiteres in der Regel 750 Mk. für einen Abend erhoben werden. Die Kosten der Herrichtung des Festsaales für solche Vermietungen veranschlagt der Rat auf 5000 Mk., um deren Bewilligung die Stadtverordneten ersucht werden.

Zum Leiter der Leipziger Kriminalpolizei ist an Stelle Polizeirats Engelbrecht Oberstaatsanwalt Dr. Stelzner aus Dresden gewählt worden. Stelzner ist 40 Jahre alt und seit dem vorigen Jahre Oberstaatsanwalt.

Der Bund der „Kaisertreuen“, eine der frechsten gegenrevolutionären Formationen in Leipzig, ist verboten worden. Der Bund hatte sich einen völlig militaristischen Apparat geschaffen. Seine Mitglieder trugen Uniform, waren in Kompanien eingeteilt und veranstalteten Geländeübungen. Selbstverständlich muß darauf geachtet werden, daß sich der Bund nicht wieder unter einer andern Flagge sammeln kann. Auch gibt es noch andre monarchistische Vereine, die verschwinden müssen.

Ein neues Meßhausprojekt. Bürgerliche Blätter bringen die Abbildung sowie den erläuternden Text von einem neuen Meßhausprojekt. Es handelt sich um den Plan, einen „Palast für Welt-Kultur und -Wirtschaft“ an der Brandenburger Straße in der Nähe des Hauptbahnhofes zu errichten. Der „Palast“ soll dort erbaut werden, wo sich jetzt die Güterschuppen und die beiden Gebäude für die Güterexpedition der Leipzig—Dresdner Bahn befinden. Der Eisenbahnfiskus müßte allerdings das Gebäude abtreten und die Schuppen müßten an einer andern Stelle aufgebaut werden.

Ein reaktionärer Buchhändler. Unser Parteiverlag bestellte kürzlich bei dem Verlag Neues Vaterland in Berlin eine Anzahl Exemplare der Broschüre „Zwei Jahre Mord“. Nach einigen Tagen erhielt unser Verlag von dem Verleger der Broschüre folgende Mitteilung: „Da unser Kommissionär die bestellte Broschüre nicht ausliefern will, bitten wir um direkte Bestellung, die erste Partie ist über Leipzig unterwegs.“ Der Kommissionär, der sich weigert, die Broschüre auszuliefern, ist der Buchhändler K. F. Köhler, Leipzig, Täubchenweg. Die Firma verlegt die Schriften Ludendorffs und andrer Generale, zu denen freilich die Broschüre über die Schandtaten der deutschen Militaristen nicht gut paßt. Herr Köhler wird aber auch durch solche Mittel den monarchistischen Reaktionären nicht helfen können, er macht sich damit nur lächerlich.

Elternversammlungen. 15. Volksschule. Donnerstag, den 22. September, abends 7 Uhr, in der Aula Vortrag über Berufsberatung. — 39. Volksschule (L.-Möckern). Der für Dienstag, den 20. September, angesetzte Elternabend findet später statt, der Tag wird noch bekanntgegeben. — 23. Volksschule, L.-Mockau. Dienstag, den 20. September, abends 8 Uhr, Elternversammlung. Berufsberatung.

Die Oberfinanzkasse Leipzig wird bis auf weiteres vom 20. September d. J. ab in das 1. Obergeschoß des Westflügels des Hauptgebäudes der Kaserne des vormaligen Inf.-Reg. 106 in L.-Möckern, Aeußere Hallische Straße 148, verlegt werden. Die bei der Oberfinanzkasse errichtete Annahmestelle für Wertpapiere zur Entrichtung des Reichsnotopfers wird dagegen in den bisherigen Räumen im Erdgeschoß des Hauptzollamtsgebäudes, Hauptzollamtsstraße 2, verbleiben.

Lebensmittelkalender für Dienstag, den 20. September.

Für Haushaltungen.

Anmeldung. Ausl. Weizenmehl: Letzter Tag der Bestellung beim Kleinhändler.

Ausgabe. Hammelfleisch (gute Qualität) für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene auf sämtliche vom Ortsamt für Kriegerfürsorge ausgestellte Bezugskarten: Buchstaben F—G von 9 bis 3 Uhr auf dem Schlachthof gegenüber dem Schauamt II, rechts 1. Tür. Pfund 5.80 Mk. Es erhalten bis zu 3 Köpfe 2 Pfd., 4 und mehr Köpfe 3 Pfd. Fleisch. Papier mitbringen.

Nährmittel für Kinder bis zu 2 Jahren: Beginn — bestellt mit Marke U 2 der Lebensmittelkarte für Kinder bis zu 2 Jahren Reihe U.

Polizeinachrichten.

Gas- und Stromverbrauch in Handelsgeschäften und gewerblichen Betrieben. Von Montag, den 19. September, ab darf in Klein- und Großhandelsgeschäften, in Kontor- und Geschäftsräumen, Betriebs- und Werkstatträumen Gas und Strom bis 7 Uhr abends, in Apotheken zeitlich unbegrenzt verwendet werden.

Ein angeblicher Scherenschleifer. Vor einigen Tagen ist ein unbekannter Mann in einem Grundstück in Leipzig-Mockau erschienen, hat sich als Scherenschleifer ausgegeben und sich nach Aufträgen erkundigt. Da er einen Ring mit ungefähr 15 bis 20 Scheren bei sich hatte, hat ihm eine Hausbewohnerin auch eine Schere zum Schleifen mitgegeben, die er noch am gleichen Tage zurückzubringen versprach. Der angebliche Schleifer hat jedoch die Schere bis jetzt nicht zurückgebracht; die Geschädigte glaubt daher, einem Schwindler in die Hände gefallen zu sein. Der Unbekannte wird beschrieben: etwa 30 Jahre alt, ungefähr 1,60 Meter groß, dunkler Schnurrbart, bekleidet mit graubraunem Jackettanzug und Klappmütze. Sachdienliche Wahrnehmungen teile man der Kriminalabteilung oder der nächsten Polizeiwache schleunigst mit. Weitere Geschädigte werden gebeten, sich zu melden.

Zur Aufklärung des bereits gemeldeten Unfalles auf dem Brühl, an der Ecke der Katharinenstraße, am 15. d. M., mittags gegen ¾1 Uhr, bei dem ein achtjähriger Schulknabe von einer Kraftdroschke überfahren worden ist, werden diejenigen Personen, die über den Hergang des Unfalles Angaben machen können, gebeten, sich möglichst umgehend bei der Kriminalabteilung oder der nächsten Polizeiwache zu melden.

Aus der Umgebung.

Liebertwolkwitz. Die „armen“ Handwerksmeister gegen die Regiearbeit. Am 7. September veranstaltete der hiesige Gewerbevereinsvorsitzende Herr Papsdorf einen sogenannten „Handwerkertag“. Anders kann man es nicht nennen, wenn man sich die Sache richtig betrachtet. Es sollte zugleich eine Demonstration gegen die Regiearbeit (Totengräberarbeit, wie sie ein Leipziger Innungsobermeister so schön in seinem geheimen Rundschreiben mitteilt) sein. Die ganze Aufmachung und der Verlauf des großzügig angelegten Festes: großer Festumzug (im Saal natürlich, da man sich anscheinend mit den eigens dazu angefertigten Dekorationen nicht an die breite Oeffentlichkeit getraute), dann Festrede des bekannten Herrn Opitz, die am Schluß in eine Wahlrede für die kommende Gemeinderatswahl ausklang indem er aufforderte, so zahlreich wie heute auch bei der Gemeindewahl zur Stelle zu sein. Auch sonst hat der Verlauf des Festes der „armen“ Handwerksmeister gezeigt, daß es sich auch unter einer Republik noch ganz auskömmlich leben läßt. Es gab unter andern Kaffee und Kuchen gratis, wahrscheinlich eine Spende der „armen“ Bäckermeister, und hoffentlich kein Kriegsmehl.

Das Bauunternehmertum, das immer jammert, daß sein Lebensende durch die Regiearbeit gekommen sei, brachte durch seinen Festwagen zum Ausdruck, um hier mit Fritz Reuter zu sprechen: „Hei, levet noch!“ Der Vorsitzende, Herr Papsdorf, hatte ein zugkräftiges Schild an seinen Wagen angebracht. Aus der Aufschrift konnte man sehen, daß das Handwerk trotz der Regiearbeit noch goldenen Boden besitzt. Die Schrift lautete: „Es gibt doch noch Bauunternehmer!“ Und die Kehrseite der Medaille: „Nieder mit der Regie!“ Ein andrer Unternehmer leistete sich eine Verhöhnung der hiesigen Arbeiterschaft, insbesondere der Bauarbeiterschaft, indem er folgende Festinschriften an seinem Festwagen angebracht hatte: „Hoch die Regie!“ und: „Hier werden Maurer eingestellt für 16 Mk. pro Stunde!“ Da man sich keine Zugtiere verschreiben konnte, schon mit Rücksicht auf den Parkettboden, hatte man sich einige Lehrlinge vom Proletariat verschrieben. Auf der einen Seite will man sich lustig machen über die Forderungen der Bauarbeiterschaft und auf der andern Seite sucht man Maurer und bietet ihnen Löhne an über Tarif. So zu lesen am Fenster des hiesigen Bezirksnachweises.

Wenn Herr Papsdorf an dem fraglichen Abend mit der Aufschrift demonstrierte: „Es gibt noch Bauunternehmer!“, so hat er bewiesen, daß er sich mit der bisher von ihm geführten Praxis im Widerspruch befindet, denn bisher hat er immer der Bauarbeiterschaft gesagt, daß er am Hungertuche nagen müßte. War Herr Papsdorf doch ein steter „Gast“ am hiesigen Gewerbegericht. Weil er aber die teure Bauarbeiterschaft braucht, läßt er durch seine Familienmitglieder bei den hiesigen Bauarbeitern Besuche abstatten und sie auffordern, ja wieder zu ihm in Arbeit zu kommen. Ja, er geht sogar zu solchen, die früher angeblich nicht genügend leisteten. Aber in der Not frißt der Teufel Fliegen. Früher erklärte Herr Papsdorf: „Ich beschäftige nur gelernte Leute.“ Das wollte er auch einmal durch die Tat beweisen. Als er zur Wiedereinstellung eines Delegierten, den er hinausgeworfen hatte, verpflichtet wurde, fuhr er das schwere Geschütz auf: „Ja der Delegierte hat nicht ausgelernt.“ Als er dann den Wahrheitsbeweis antreten sollte, konnte er es nicht. Ja, er tat sogar in einer öffentlichen Bauarbeiterversammlung Abbitte mit der Ausrede: „Er sei da von seinem Gewährsmann falsch berichtet worden.“ Doch heute bei dem Mangel an Maurern verläßt man eben seine Grundsätze. Da beschäftigt man auch einmal einen Maurer auch wenn er keinen Gesellenbrief vorlegen kann. Ja, Theorie und Praxis, Herr Papsdorf.

Aus dem oben Geschilderten ergibt sich für die hiesige Bauarbeiterschaft, daß sie an den Unternehmern nichts verlieren und die Pflicht haben, an dem gesteckten Ziel der Regiearbeit festzuhalten, zum Wohle der Gemeinde und der Steuerzahler.

g **Großdeuben.** Gemeinderatssitzung. Man beschließt, den Einspruch gegen den geplanten Kohlenabbau aufrechtzuerhalten. Die vom Finanzausschuß geprüfte Gemeindekassenrechnung 19/20 wird richtig gesprochen, der Haushaltplan 21/22 genehmigt, demzufolge auch in diesem Jahre für die Einheit 1.— Mark Grundsteuer erhoben wird. Unverheiratete werden künftig in die Liste der Wohnungsuchenden aufgenommen. Dem Schutzmann wird ein Dienstrad zur Verfügung gestellt. Die Abänderung des Ortsgesetzes über die Lustbarkeitssteuer wird in erster Lesung beschlossen. Mitgeteilt wird, daß die Bezirkssteuer 19422 80 Mark beträgt, den Gaspreis für 1 cbm auf 1.40 Mark erhöht und der Gemeinde die Erhebung der Umsatzsteuer auf Widerruf übertragen wurde. Der Gemeindevorstand wird ab 14 September 1921 einen vierwöchigen Urlaub nehmen.

Sächsische Angelegenheiten.

Die verständigen sächsischen Industriellen und der unverständige Reichskanzler.

Den sächsischen Industriellen hat eine Rede des Reichskanzlers Dr. Wirth nicht gefallen, weil darin das wahre Gesicht der Industriebarone enthüllt wurde. Sie fühlen sich deshalb gedrängt, durch ihre Organisation, den Verband sächsischer Industrieller, eine „Flucht in die Oeffentlichkeit“ anzutreten und der Presse eine Zuschrift zu senden, in der es u. a. heißt:

„Der einseitige Klassenstandpunkt, den der Reichskanzler Dr. Wirth in öffentlichen Kundgebungen der letzten Zeit wiederholt eingenommen hat, erregt in den Kreisen der sächsischen Industriellen schärfsten Widerspruch. Die sächsische Industrie weist insbesondere mit Entschiedenheit die Vorwürfe zurück, die der Reichskanzler mit seinen Ausführungen über die Schwierigkeiten der Devisenbeschaffung für die erste Goldmilliarde allgemein gegen die Besitzer von Devisen erhoben hat, obwohl ihm bekannt sein mußte, daß gerade die Industrie in bedeutendem Umfange Devisen für den Wirtschaftsverkehr mit dem Auslande und zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe, also für volkswirtschaftlich wichtige Zwecke, dringend benötigt. Solche unverständliche Kundgebungen des ersten Beamten des Reiches müssen in industriellen Kreisen das Vertrauen in die objektive Führung des obersten Amtes im Reiche erschüttern und dazu führen, daß man in dem derzeitigen Reichskanzler nicht den Sachwalter aller Volkskreise, sondern nur den Beauftragten bestimmter, gegen die Erwerbsstände voreingenommener Parteirichtungen erblickt.

Der Gesamtvorstand des Verbandes sächsischer Industrieller erhebt gegen derartige einseitige, sachlich unbegründete Darstellungen des Reichskanzlers schärfsten Einspruch und hält es für seine Pflicht, in aller Oeffentlichkeit darauf hinzuweisen, daß die vom Reichskanzler selbst so oft propagierte Gemeinsamkeitsarbeit aller Stände zum Wiederaufstieg Deutschlands durch eine derartig einseitige Haltung des obersten verantwortlichen Reichsbeamten nicht gefördert, sondern aufs schwerste gefährdet wird.“

Gerade die sächsischen Industriellen haben in dem Bestreben, die Situation ohne Rücksicht auf die allgemeine Notlage für ihre Geldbeutelinteressen auszunutzen, ganz Erhebliches geleistet. Es steht ihnen ganz besonders gut an, jetzt die gekränkten Leberwürste zu spielen.

Gegen die Schwindelpresse.

Der Kultusminister, Genosse Fleißner, läßt durch die Staatskanzlei erklären:

„In der Presse werden Kommentare verbreitet über eine von mir am Donnerstagabend in Pieschen gehaltene Rede. Diese Kommentare stützen sich auf einen „Bericht“ von 23 Zeilen (die Rede dauerte etwa 1½ Stunde) und wurden in der Hauptsache veranlaßt durch die Behauptung, ich hätte am Schlusse meines Vortrages dazu aufgefordert, „den bürgerlichen Staat zu zertrümmern“. Diese Behauptung ist unwahr. Ich habe diese Aeußerung nicht getan. Im übrigen kann der kurze Bericht nicht im entferntesten Anspruch auf nur einigermaßen genaue und sinngemäße Wiedergabe meiner Rede machen.“

Wir haben schon am Sonnabend einige Worte zu der Hetze gegen die Minister und speziell gegen den Kultusminister gesagt. Wir möchten aber bei dieser Gelegenheit einmal die Frage aufwerfen: Ist es wirklich unbedingt notwendig, daß bei jedem derartigem Anlaß ein Minister mit einer Erklärung in die Arena steigt und dadurch der Sudelei irgendeines dreckigen Schmierfinken eine Bedeutung gibt, die ihr gar nicht zukommt?

Die Bautzner Lehrer zur Besoldungsordnung.

Der Bezirkslehrerverein Bautzen hat einstimmig folgende Resolution angenommen: „Der Bezirkslehrerverein Bautzen ist nach der erfolgten Aufbesserung der Teuerungszuschläge der Meinung, daß die Besoldungsordnung durch das Ortsklassensystem und die gestaffelten Zuschläge zur völligen Anarchie auf dem Gebiete der Beamtenbesoldung geführt habe. Er fordert: 1. **Aufhebung der gestaffelten Kinder- und Teuerungszulagen** und baldige Umwandlung der Ortszuschläge in reine Mietszuschläge; 2. im Hinblick auf die einsetzende überwältigende Teuerungswelle für alle Beamten und Lehrer **Erhöhung des Teuerungszuschlages auf 100 Prozent**; 3. eine sofort zu zahlende ausreichende **Beschaffungsbeihilfe**. Vom sächsischen Lehrerverein erwartet er, 1. daß er seinen ganzen Einfluß geltend macht, diese Forderungen durchzudrücken, und 2. daß er beim Kultusministerium erreicht, daß den Lehrern die wirtschaftliche Hilfe ebenso schnell zuteil wird wie den Beamten der übrigen Ministerien.“

Keine Mittel für eine Musik-Hochschule in Dresden.

Dresden, 19. September. Aus einer Mitteilung der Nachrichtenstelle der Staatskanzlei geht hervor, daß die sächsische Regierung infolge der Geldnotlage des Staates sich gezwungen gesehen hat, den seit langem verfolgten Plan, in Dresden eine **Hochschule für Musik** und redende Künste zu errichten, bis auf weiteres zurückzustellen. Das Staatsministerium hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, **Mittel für diesen Zweck nicht bereitzustellen. Die Räume des Taschenbergschen Palais, die für die Hochschule in Aussicht genommen waren, sollen nunmehr anderweitig vermietet werden**, jedoch nur kurzfristig, um die Möglichkeit einer späteren Wiederaufnahme des Planes sicherzustellen. (WTB.)

Dresden. In der Dresdner Stadtverordnetensitzung wurde mit der sozialistischen Mehrheit beschlossen, den für den

Sportkartell.

Arbeitersport.

Ueber den gesundheitlichen Wert richtig betriebener Leibesübungen streitet man heute nicht mehr. Vor allem tun solche dem Proletariat not, weil seine Gesundheit von frühester Jugend an viel gefährdeter ist, als die der Besitzenden. Die so weitverbreitete Rachitis z. B. ist der Nährboden für die Tuberkulose, die durch viel gebücktes Sitzen und Stehen bei der Arbeit sowie durch das fortgesetzte Einatmen von Staub in den verschiedenen Berufen noch gefördert wird. Staub wirkt um so schlimmer, je giftiger (Blei-, Messing- und anderer Metallstaub) und je härter und scharfkantiger er ist, z. B. Metallstaub, Steinstaub. Die erwähnten Krankheiten und viele andere mehr sind reine Proletarierkrankheiten, hervorgerufen durch Unterernährung, Ueberarbeitung (Akkordarbeit ist Mordarbeit) und Luftmangel. Sie brauchten und würden nicht existieren, wenn alle Menschen ein wirklich menschenwürdiges Dasein führen könnten. Wir sind heute weiter davon entfernt denn je. Denn vor dem Kriege starben jährlich etwa 100 000 Menschen in Deutschland an der Tuberkulose, heute wird der Umfang der Krankheit auf das Sechs- bis Achtfache geschätzt.

Unterernährung und Ueberarbeitung können nur durch sozialistische Umwandlung der Gesellschaft beseitigt werden. Am Proletariat liegt es, dies durch Geschlossenheit und Einigkeit sowie durch zielklare Befolgung der politischen und gewerkschaftlichen Pflichten auf allen Gebieten des öffentlichen und bürgerlichen Lebens möglichst bald zu erreichen. Aber den verderblichen Bewegungs- und Luftmangel können wir nur durch geeignete körperliche Erziehung gründlich beseitigen.

Nur Bewegung ist Leben. Wir brauchen Atemgymnastik, die den giftigen Staub aus den Lungen befördert, sie kräftig lüftet und damit widerstandsfähig gegen Tuberkelbazillen macht. Die beste Atemgymnastik erreichen wir durch ausgiebige Bewegung in Licht und Luft. Dies ist die wirkungsvollste Medizin zur Verhütung der Schwindsucht. Und dabei so billig und freudespendend. Vernünftig betriebenes Turnen, Spiel und Sport aller Art sind die erfolgreichsten Aerzte. Wie wichtig tüchtige Bewegung in Licht und Luft ist, erkennt man sonnenklar aus einer tierärztlichen Statistik aus folgenden Tatsachen: „Verlustig ist bei dem Rindvieh dasselbe wie Tuberkulose bei den Menschen. Bei Stadtkühen, die das ganze Jahr über im Stalle sind, werden bis zu 75 Proz. verlustig, bei Landkühen, die den größten Teil des Jahres auf der Weide verbringen, ist diese Krankheit unbekannt.“ Genau so ist es mit den Menschen. Hinaus in Licht und Luft so oft und so lange wie möglich und tüchtige Bewegung darin ist dringendste gesundheitliche Pflicht, zumal des Großstädters Wandern, Bergsteigen, Radfahren, Schwimmen, Turnen, Spielen und alle anderen sportlichen Bewegungsarten muß jeder nach Zeit und Neigung pflegen. Von früher Jugend bis ins hohe Alter sind dies Gesundheits- und Lebenseliziere.

In zahlreichen Vereinen wird dies alles sachgemäß und anregend betrieben. Doch unterscheidet man bürgerliche und Arbeiterverbände. Erstere sind die an Mitgliederzahl stärksten. Aber ihr Ziel ist bestenfalls völlige politische und gewerkschaftliche Indifferenz, wie es einer ihrer Führer ausspricht: „Wir müssen die Arbeiterjugend so mit Spiel und Sport beschäftigen, daß sie keine Zeit hat, an ihre elende Lage zu denken.“ Zahlreiche bürgerliche Führer aber besorgen unter dem Deckmantel der Neutralität die Geschäfte der Reaktion mit Orgesch- und Eicherichzielen.

Die Arbeitersportverbände dagegen verwerfen die Neutralität. Sie stehen auf dem Boden der sozialistischen Gesellschaftsordnung und wollen ein vollberechtigtes Glied in der Kette der modernen Arbeiterbewegung sein. Da kann es für keinen klassenbewußten Arbeiter einen Zweifel geben, in welche Organisation er gehört. Heraus aus den bürgerlichen, hinein in die Arbeitersportverbände!

R. K.

Sächsische Spielvereinigung. 4. Kreis, 1. Bezirk. (Mitglied des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.)

Resultate vom Sonntag, den 18. September: Oetzsch I—Sachsen 07 I 3:2. Schönau I—Urania I 2:1. Sportklub-Ost I—Möckern I 1:1. Stötteritz I—Schönefeld I 4:0. Liebertwolkwitz I—Lindenau I 2:3. Großzschocher I—Kleinzschocher I 2:3. Viktoria 06-Leutzsch I—Plagwitz I 2:1. Eutritzsch I—Vorwärts-Süd I 2:3. Eisenbahn I—Preußen-Mockau I 1:2. Wahren I—Hertha I 2:2. Probstheida I—Knautkleeberg I 0:0. Arminia-Süd I—Jahn-Leutzsch I 1:0. Sachsen-Gautzsch I—Viktoria 1912-Anger I 1:0. Fortuna-Taucha I—Viktoria 1912-Anger II 5:0. Sachsen 07 II—Stötteritz II 2:1. Oetzsch II—Vorwärts-Süd II 0:8. Sachsen-Gautzsch II—Röthe I 1:2. Plagwitz I—Schleußig I 1:2. Viktoria 06-Leutzsch II—West 06 II 2:0. Lindenau II—Knautkleeberg II 3:3. Jahn-Leutzsch II—Großzschocher II 8:1. Wiederitzsch I—Lindenthal I 3:0. Preußen-Mockau II—Markranstädt I 1:4. Urania II—Brandis I 1:2. Stötteritz III—Schönefeld III 1:1. Arminia-Süd II—Röthe II 3:1. Oetzsch III—Sachsen-Gautzsch III 1:7. Viktoria 06-Leutzsch III—Burghausen II 4:0. West 06 III—Schleußig II 2:1. Schönau II—Kleinzschocher III 1:1. Lindenau III—Plagwitz III 3:1. Litzen I—Schleußig III 0:3. Viktoria 1912-Anger III—Paunsdorf I 9:1. Sparta III—Arminia-Süd III 0:2. Kleinzschocher V—Schönau III 1:0. Viktoria 06-Leutzsch IV—Dölitz I 1:0. Markranstädt II—Wiederitzsch II 1:2. Preußen-Mockau IV—Wahren III 0:3. Hertha III—Vorwärts-Süd V 4:0. Schönau IV—Dölitz II 3:0. Spielvereinigung-Taucha I—Stötteritz I 0:4. Hertha I—Fortuna-Taucha I 3:0. Sportklub 00 I—Arminia-Süd I 2:1. Sachsen-Gautzsch I—Vorwärts-Süd I 1:2. Kleinzschocher I—Großzschocher I 0:1. Plagwitz I—Viktoria 06-Leutzsch I 2:0. Knautkleeberg I—Lindenau I 1:3. Mockau I—Wiederitzsch I 0:0. Lindenthal I—Preußen-Mockau I 1:3. Paunsdorf I—Viktoria 1912-Anger I 1:1. Sachsen-Gautzsch II—Vorwärts-Süd II 1:2. Arminia-Süd II—Großhädern I 0:1. Lindenau II—Plagwitz II 3:0. Großzschocher II—West 06 II 2:0. Mölkau I—Stötteritz III 3:0. Probstheida I—Bennewitz I 2:3. Lindenau III—Kleinzschocher III 1:0. Plagwitz—Wurzen 2:0. Großzschocher—Sachsen-Gautzsch 0:3.

Gesellschaftsspiele: West 06 IV—Kraftsport-Großzschocher III 4:1.

Stötteritz I—Schönefeld I 4:0 (1:0).

Stötteritz hat Anstoß und greift mit dem Winde im Rücken flott an. Ein Fernschuß des Stötteritzer Mittelstürmers geht knapp über die Latte. Eine Ecke für Stötteritz endet knapp im Aus. Guter Angriff durch Schönefeld wird durch Abseits unterbunden. Gedrängt durch gutes Zusammenspiel des Oefteren das gegnerische Tor, doch wird meistens daneben geschossen oder die Querlatte wird zum Retter. Eine vorübergehende Verletzung des Stötteritzer Mittelstürmers ausnutzend, greift Schönefeld heftig an, doch am gegenseitigen Nichtverstehen werden die Angriffe leichte Beute der Stötteritzer Hintermannschaft. Der Stötteritzer Torwart bekommt wenig Gelegenheit einzugreifen. Nach verschiedenen Angriffen verwandelt der Halbrechte von Stötteritz eine gute Vorlage von Halblinks durch Flachschuß unhaltbar zum 1. Tor. Schönefeld, unentmutigt, erzwingt eine Ecke, die nichts erzielt. Bei 1:0 für Stötteritz Halbzeit. Schönefeld, jetzt mit dem Winde im Rücken, versucht den Ausgleich herbeizuführen, doch fehlte seinen Angriffen die erforderliche Stärke. In der 18. Minute sendet der Stötteritzer Mittelstürmer zum zweiten Male einen. Einen Fehler der Schönefelder Verteidigung ausnutzend, verschafft der Stötteritzer Halbrechte seinen Farben den 3. Erfolg. Versuche Schönefelds, wenigstens das Ehrentor zu erzielen, haben keinen Erfolg. Stötteritz, das Spiel nun völlig beherrschend, bucht durch den Halblinken, der eine gute Flanke von Linksaußen glatt verwandelt, das 4. Tor. Schiedsrichter sicher und unparteiisch. Stötteritz in Gesamtleistung gut. Bei Schönefeld sah man gute Einzelarbeit, doch fehlte es am Zusammenspiel.

K. R.

Sportklub Ost I—Möckern I 1:1 (0:1).

Möckern mit neun Mann stößt an und versucht das Spiel offen zu halten. Man sah, daß in der Mannschaft Können steckt. Ost hat ganz gute Kräfte, doch ein neues Gesicht ist immer in der Elf, somit ist es schwer, in die Mannschaft ein richtiges System reinzubringen. Mit Glück und Geschick werden beiderseits gefährliche Situationen geklärt. In der 11. Minute brennt M.s Mitte durch und wird 5 Meter vorm Tor unfair zur Strecke gebracht. — Verwarnung. — Elfmeter. Dieser wird glatt verwandelt. Für Möckern erscheint der zehnte Mann; dadurch wird M. überlegen. Bei einem erneuten Angriff Möckerns geht der verwarnte Verteidiger Osts wiederum regelwidrig an und wird deshalb vom Felde gewiesen. Verschiedene Unfälle beiderseits bringen nichts ein. Torsichere Gelegenheiten hüben wie drüben werden verschenkt. Durch schöne Flanke von halbrechts stellt Ost den Ausgleich her. Beide Gegner versuchen nun alles, um den zweiten Punkt noch mit nach Hause nehmen zu können; doch die Zeit ist um, der Schiedsrichter verzieht sein Amt in musterhafter Weise. Während des Spieles machten sich verschiedene „Arbeiter“, die allerdings im bürgerlichen Lager spielen, recht unliebsam bemerkbar. An unseren Sportgenossen im Osten wird es liegen, diesen Leuten etwas Klassenbewußtsein beizubringen.

R. E.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19210919/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

27. September angesetzten Stadtverordneten-Wahltag bereits für den 13. November festzusetzen.

Dresden. In Meißen wurden vier jüngere Arbeiter festgenommen, die seit längerer Zeit größere Porzellangeld-Fälschungen vorgenommen hatten. Die Stücke wanderten hauptsächlich nach Böhmen. Es konnten noch einige Formen zur Herstellung von Falsifikaten beschlagnahmt werden.

Chemnitz. In der Sitzung der Stadtverordneten am Donnerstag wurde eine abermalige **Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise** beschlossen. Der Preis für die einfache Fahrt am Tage ist bei einer Mark geblieben, eine Fahrt mit Umsteigeberechtigung wird jedoch künftig 1.20 Mk. kosten. Abends von 9 bis 11 Uhr kostet eine einfache Fahrt 1.30 Mk., eine Fahrt mit Umsteigeberechtigung 1.50 Mk. Von abends 11 Uhr wird der doppelte Fahrpreis erhoben. Die Stadtverordneten stimmten ferner der **Erhöhung der Preise für Gas und elektrischen Strom zu.** (Gas 16½ Pfg. für den Kubikmeter Elektrizität um 10 v. H.) Bei der Besprechung einer sozialdemokratischen Anfrage wegen der Vorgänge am 2. September (bei denen der Kommunist Garreis erschossen worden ist), kam es zu Lärmszenen, an denen die Tribünenbesucher sich lebhaft beteiligten. Ein sozialdemokratischer Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gegen den Polizeidirektor Schwamkrug wurde angenommen. Ein Antrag der Kommunisten, die die Uebernahme der Beerdigungskosten für den erschossenen Arbeiter Garreis und eine ständige Pension für die Witwe Garreis' verlangten, wurde dem Rate überwiesen.

Zwickau i. Sa. Die Kohlengruben Vereinsglück und Bürgergewerkschaft sind von der Stadtgemeinde mit Wirkung vom 1. Oktober angekauft worden. Sie werden an den Erzgebirgischen Steinkohlen-Aktienverein verpachtet. Die Stadt zahlt für die Aktie 1300 bezw. 2100 Mk. einschließlich 100 Mk. Dividende. Die Generalversammlungen der beiden Gewerkschaften haben noch zuzustimmen. An ihrer Genehmigung ist nicht zu zweifeln.

Zittau. Zwischen der Gemeinde Eckhartsberg und der Stadt Zittau schweben Eingemeindungsverhandlungen.

Gewerkschaftsbewegung.

Vom Metallarbeiter-Verbandstag.

Die Sonnabendsitzung wurde zum größten Teil mit der Statutenberatung ausgefüllt. Dabei ist erwähnenswert die Erhöhung der Beiträge in der 1. Klasse von 3 auf 4 Mk., in der 2. Klasse von 1.70 auf 2.50 Mk. Dementsprechend wurden auch die Unterstützungssätze erhöht.

Zu Beginn der Nachmittagssitzung wurde die Statutenberatung unterbrochen und zur Besetzung des Vorstandes, des Ausschusses und der Redaktion Stellung genommen, nachdem eingehende vertrauliche Verhandlungen zu keiner Einigung geführt hatten. Die SPD.-Delegierten unter Führung von Haas-Köln und Kummer-Offenbach bestanden darauf, daß sie die Mehrheit des Vorstandes und des Ausschusses bekommen. Da an der gewerkschaftlichen Tätigkeit des alten Vorstandes keinerlei Ausstellungen erfolgt sind, da im Gegenteil gerade von den Rechtssozialisten immer wieder betont wurde, daß der Vorstand zur vollen Zufriedenheit gearbeitet hätte, war dieses Verlangen völlig unbegründet und entsprach lediglich parteitaktischen Erwägungen. Die USP.-Fraktion konnte sich mit dieser Regelung nicht einverstanden erklären, des lieben Friedens willen wollte sie sich aber mit einer paritätischen Zusammensetzung abfinden.

Nach längeren Fraktionsberatungen kam dann eine Verständigung auf der Grundlage zustande, daß der Vorstand um zwei Mitglieder erweitert wird. Von den elf Vorstandsmitgliedern wurden fünf der USP. und sechs der SPD. zugesprochen. Die KPD. ging leer aus, da sie es ablehnte, die bisher betriebene Zellenbildung und Unterstellung unter die Parteizentrale der KPD. aufzugeben.

Zum Geschäftsbericht des Vorstandes waren drei Entschließungen eingereicht worden. Es gelang, diejenigen der USP. und SPD. zu einer gemeinsamen zu verarbeiten. Dieses Beginnen war um so leichter, als in sachlicher Beziehung volles Einverständnis zwischen den beiden Richtungen vorhanden war. Der Versuch der KPD., dem Vorstand Fußangeln zu legen, wurde durchschaut. Er scheiterte.

Zu einer sehr lebhaften Auseinandersetzung kam es noch bei Erledigung der verschiedenen Beschwerden wegen Ausschlusses aus dem Verbande. Im Interesse der Geschlossenheit des Verbandes konnte es der Vorstand nicht dulden, daß Gewerkschaftskonferenzen von außerhalb des Verbandes stehenden Stellen einberufen werden. Das bedeutete praktisch die Ausschaltung der verantwortlichen Verbandsleitung und müßte bald zu einer Sprengung des Verbandes führen. Die große Mehrheit des Verbandstages brachte dem Vorgehen des Verbandsvorstandes Verständnis entgegen und beschloß, die Teilnehmer an diesen Konferenzen auszuschließen. Zu den Ausgeschlossenen gehört u. a. auch Zipsel-Leipzig. Hoffentlich lernen die Kommunisten daraus und geben in Zukunft ihr verbandsschädigendes Treiben auf. Das dürfte ihnen bei einigermaßen gutem Willen nicht schwer fallen, denn die Maßnahmen des Verbandstages richten sich nicht gegen die politische Ueberzeugung der einzelnen Mitglieder.

Der Schiedsspruch im Leipziger Metallgewerbe angenommen.

Der Verband der Metallindustriellen hat dem Schiedsspruch vom 12. September zugestimmt. Da auch die Urabstimmung unter den Metallarbeitern eine Mehrheit für die Annahme des Spruchs ergeben hat, tritt dieser nun mit Wirkung vom 9. September in Kraft.

Die streikenden Zementwaren- und Kunststeinarbeiter Leipzigs befaßten sich am 16. 9. mit der Situation. Nach einem längeren Bericht der Streikleitung und dem Hinweis, daß am 19. September vor dem Arbeitsministerium Verhandlungen stattfinden, berichteten die Streikposten über verschiedene Vorkommnisse der letzten Tage. Wir wollen nur ein paar recht interessante Fälle der Oeffentlichkeit zur Beurteilung unterbreiten.

Bei Großmann u. Hennersdorf hat ein gewisser Baumeister Berg oder Berge aus Böhlitz-Ehrenberg mit seinen Lehrlingen Baustücke verladen. Als sie den Betrieb wieder verließen, bot dieser Herr unsern Streikposten 2 Mk. für ein Glas Bier als Schweigegeld an. Auch wurde uns mitgeteilt, daß sein Vertrauensmann Kühn es billige, daß die Lehrlinge die Baustücke verladen. (Also Streikarbeit verrichten.)

Nobler geht es schon im Hydrosandsteinwerk Schulze u. Co. zu. Dort verrichten die Kleinbetriebsinhaber das Verladen von Baustücken. So wurde uns mitgeteilt, daß sich die Herren Dinzer, Grabsteingeschäft in Thonberg, Herr Kluge von der Firma Altschuh u. Kluge in L.-Stötteritz und Herr Schmidt aus Leipzig-Schleußig abgemüht haben. Bei den Streikenden rief die Mitteilung besondere Heiterkeit hervor, daß sich Herr Mellin an diesen Arbeiten nicht mit beteiligte.

Am Schluß gelobten die Kollegen, fest auszuharren im Kampf, bis die berechtigten und bescheidenen Forderungen bewilligt sind.

Den Bauarbeitern rufen wir zu: „Uebt Solidarität!"

Die Streikleitung.

Streik in Großzschocher.

In der Allgemeinen Transport-Anlagen-Gesellschaft, Großzschocher, haben die Holzarbeiter und Zimmerer die Arbeit eingestellt. Die Firma liegt schon seit Monaten in steten Differenzen mit den Arbeiterorganisationen. Sie hat nun zur Zeit einige Ausreißer von den Christen zugeschoben erhalten und glaubt die freien Gewerkschaften aus ihrem Betrieb dadurch fernhalten zu können, daß sie Arbeitskräfte von den Facharbeitsnachweisen einzustellen ablehnt.

Der Betrieb ist für Tischler, Modelltischler, Stellmacher, Drechsler, Maschinenarbeiter und Zimmerer gesperrt.

Wir ersuchen die Arbeiter obiger Branchen, streng darauf zu achten, daß in keinem Betriebe Streikarbeiten für die Firma ausgeführt werden. Deutscher Holzarbeiterverband.

Aussperrung von 40 000 Dresdner Metallarbeitern.

Die Dresdner Metallarbeiter haben die Rücknahme ihres Streikbeschlusses abgelehnt. Infolgedessen trat am Sonnabend, mittags 12 Uhr, die Aussperrung von etwa 40 000 Metallarbeitern in Dresden und Umgebung in Kraft.

Bundeshauptversammlung des Sächsischen Gemeindebeamtenbundes.

Am Sonntag, vormittags 9 Uhr, begann im Ausstellungspalast zu Dresden die Tagung des Sächsischen Gemeindebeamtenbundes. Für die Staatsregierung begrüßte Ministerialdirektor Dr. Schulze die Anwesenden.

Den Geschäftsbericht erstattete Bundesdirektor Schubert. Er führte u. a. aus, daß das Geschick der Gemeindebeamtenschaft immer fester mit dem Geschick der Reichs- und Staatsbeamtenschaft verbunden sein müsse. Unter allen Umständen sei an der Geschlossenheit des gesamten Beamtentums festzuhalten. Er forderte Gleichstellung der Gemeindebeamten mit den Reichs- und Staatsbeamten, die Beseitigung jeglicher Ortsklasseneinteilung. Annahme des Beamtenrätegesetzentwurfs des Deutschen Beamtenbundes, der den Beamten das Mitbestimmungsrecht einräumt. Der Grundsatz „Freie Bahn dem Tüchtigen" müsse parteipolitisch neutral durchgeführt werden. Vor allen Dingen müsse die Beamtengewerkschaft politisch unabhängig erhalten werden.

Zur Besoldung wurde eine Entschließung angenommen, wonach die Versammlung unter dem Ausdruck höchsten Befremdens von dem Ausgang der Verhandlungen über die Erhöhung der Teuerungszuschläge Kenntnis nimmt und Aufhebung der Staffelung nach Ortsklassen verlangt. Weiter wird eine grundlegende Aenderung der jetzigen Besoldungspolitik verlangt sowie Beseitigung des Mißverhältnisses zwischen aktivem und Ruhegehalt.

In einer andern Entschließung forderte die Versammlung schleunige Erfüllung des in Artikel 130 der Reichsverfassung gegebenen Versprechens, der Beamtenschaft besondere Beamtenvertretungen zu geben. Der diesbezügliche Entwurf der Reichsregierung wird als unzureichend und dem Geiste und dem Willen der Reichsverfassung widersprechend abgelehnt.

Zur Demokratisierung der Verwaltung heißt es in einer Entschließung u. a.: „Die Bundeshauptversammlung verwahrt sich entschieden dagegen, daß man der Beamtenschaft allgemein unterstellt, Anhänger einer veralteten Staatsform zu sein." Und weiter — und hier schaut der alte Beamtenegoismus und Beamtendünkel heraus —: „Alle Versuche, die unter diesem Deckmantel und — unter dem Schlagwort von der Demokratisierung der Verwaltung zur Beseitigung des Berufsbeamtentums betrieben werden, werden mit ebensolcher Entschiedenheit bekämpft."

Zum Entwurf der Neuordnung der Gemeindeverfassung wurde verlangt, gleichzeitig mit diesem Gesetz das Gesetz über die Gemeinde- und Bezirkswahlen zu verabschieden, das Steuerrecht der Bezirksverbände eng zu umgrenzen, die Mitwirkung der Gemeinde- bezw. Bezirksvertretungen zu begrenzen, soweit die Erledigung von Arbeiten der Staatsverwaltung in Frage kommt; die in Aussicht genommene Immunität der Gemeinde- und Bezirksvertreter abzulehnen; Fachbildung der bei den Gemeinden und Bezirksverbänden tätigen Beamten und eine Reform der sächsischen Zivilstaatsdiener- und Dienststrafgesetze.

Schließlich wandte sich die Versammlung noch gegen den Einspruch des Reichsfinanzministers gegen das sächsische Pensionsergänzungsgesetz, gegen die Vorlage des Reichsfinanzministers über ein Beamtenstörungsgesetz. Sie erblickte darin Versuche, die „wohlerworbenen Rechte der Beamten zu schmälern" und verlangte von der sächsischen Regierung, sich beim Reichsfinanzgericht für die Wahrung der Rechte der sächsischen Beamten mit Entschiedenheit einzusetzen.

Die Tagung nimmt am Montag ihren Fortgang.

Gerichtssaal.

Wegen Vatermordes hat das Landgericht Stuttgart am 17. Juni den 17 Jahre alten Feilenschneider Theodor Seifried aus Gr.-Deizisau, O.-A. Eßlingen, zu 9 Jahren 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Mutter des Angeklagten war eine Witwe mit zwei Kindern, als sie 1903 den Schuhmacher Seifried heiratete, der dem Trunke stark ergeben war. Von den fünf Kindern, die dieser Ehe entsprossen sind, ist der Angeklagte das älteste. Daß auch die Mutter des Angeklagten eine von der Norm abweichende Person ist, geht daraus hervor, daß sie 1906 längere Zeit wegen Geistesstörung in der Heilanstalt Göppingen untergebracht war. Die Trunksucht des Vaters war eine schwere Last für die Familie. Wenn das, was verdient wurde, nicht ausreichte, seinen Durst zu stillen, so wurde verkauft, was noch vorhanden war. Jede Mark, die er in die Hände bekam, trug er ins Wirtshaus. Die Kinder mußten für den Unterhalt des Vaters sorgen, der sie dafür grob und roh behandelte und mit Totschlag und Erstechen bedrohte. So hat er sie u. a. mit einer Axt bedroht und im November 1920 ein Mausergewehr gekauft, wobei er sagte, seine Frau und deren Kinder aus erster Ehe kämen dran. Im Dezember 1920 verließ die Frau den unverbesserlichen Gatten, weil er Beziehungen zu einer andern Frauensperson in Stuttgart unterhielt. „Wenn der Vater nur tot wäre" . . . dieser Stoßseufzer entrang sich mehrfach den gequälten Mitgliedern der unglücklichen Familie. Der Angeklagte war nach der Entlassung aus der Schule in einer Fabrik in Eßlingen als Feilenschneider tätig, seinen Verdienst gab er immer der Mutter als Beisteuer zum Unterhalt. Er war ein bescheidener, fleißiger und sparsamer Mensch. Seit er die Schule verlassen hatte, wurde er von dem Vater grob behandelt und mit der Axt bedroht. Die Familie hatte sich bemüht, den Vater in eine Trinkerheilanstalt unterzubringen, dies war aber wegen Mangels an Mitteln nicht möglich und auch **die Gemeinde konnte dazu kein Geld bewilligen. (!!)** Der 17 Jahre alte Sohn kam schließlich auf den Gedanken, den Trunkenbold zu töten, und er führte die Tat auch aus, indem er ihm auflauerte und ihn erstach. Gegen das Urteil hatte nicht der Angeklagte, wohl aber seine Mutter Revision eingelegt, die jetzt vor dem Reichsgericht zur Verhandlung kam. Behauptet wurde lediglich, das Gericht habe rechtsirrtümlich angenommen, daß der Angeklagte die Tötung mit Ueberlegung ausgeführt hat. Das Reichsgericht verwarf gemäß dem Antrage des Reichsanwalts die Revision als unbegründet.

Briefkasten der Redaktion.

R. Sch. 100. Ihre Frage ist unvollständig, da Sie nicht angeben, wer den Brief geschrieben hat und ob es sich um einen Prozeß handelt. Wenden Sie sich mit der Kostenrechnung zur Nachprüfung an das Arbeitersekretariat, Gerberstraße 1.

A. Z. 1. 1. Ja, Sie können den Anspruch auf Rente stellen. Wenden Sie sich ans Versorgungsamt. 2. Ob Aussicht auf Erfolg ist, können wir nicht wissen. — 1 Mk. Parteikasse.

J. L. 35. 200 Mk. Wochenlohn ab 10 Prozent gleich 20 Mk. Davon gehen ab für Sie 2.40 Mk. und 8.40 Mk. als Werbungskosten gleich 10.80 Mk., so daß als Steuer der Betrag von 9.20 Mk. für die Woche in Abzug kommt.

A. K. III. 1. Nach § 44 des Reichsversorgungsgesetzes haben auch Stief- und Pflegeeltern Anspruch auf Elternrente, wenn sie den Verstorbenen vor der Dienstbeschädigung unentgeltlich unterhalten haben. Der Anspruch auf Elternrente kann nur bis zum Ablauf von zwei Jahren nach dem Tode des Beschädigten erhoben werden. Die Rente kann schon vor der Todeserklärung gewährt werden, wenn das Ableben des Verschollenen mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist. Stellen Sie also Ihren Antrag auf Rente. Die Urkunden müssen Ihnen ausgestellt werden. Beschweren Sie sich bei der Kreishauptmannschaft.

Frau A. N., Stieglitzstraße. Von einer solchen Verordnung ist uns nichts bekannt. Es müssen die Kohlenmarken beliefert werden, die freigegeben worden sind. Wenden Sie sich an das Kohlenamt, Gerberstraße 3.

Parteikalender der USP. München

Mittwoch, den 21. September, abends 7 Uhr:

Haidhausen-Nord: Restaurant Breisacher Hof, Breisacher Straße 22. Referent Genosse Greiner.

Lechel-Bogenhausen: Restaurant Paradiesgarten, Oettinger Straße 36. Referent Genosse Kämpfer.

Siegestor: Restaurant Isabellahof, Isabellastraße, Ecke Neureuther Straße. Referent Genosse Winter.

Schlachthaus: Restaurant Turnergustl, Tumblinger Straße.

Donnerstag, den 22. September, abends 7 Uhr:

Au: Restaurant Schwaigerwirt, Schwaigerstraße. Referent Genosse Hellbusch, Gewerkschaftssekretär.

Altstadt: Restaurant zum Ecker, Reichenbachstraße 22. Referent Genossin Kämpfer.

Haidhausen-Ost: Restaurant Linders Bierhalle, Rosenheimer Straße.

Neuhausen II: Restaurant Volkarts Bierhalle, Volkartstraße. Referent Genosse Schmöger.

Ober- und Untergiesing: Restaurant Humboldtsburg, Humboldtstraße 23. Referent Genosse Greiner.

Freitag, den 23. September, abends 7 Uhr:

Nord: Restaurant zum Hasen, Schelling-Schwind-Straße. Referent Genosse Kämpfer.

Moosach: Restaurant Dobmann, Feldmochinger Straße. Referent Genosse Ferkl.

Schwabing-West: Restaurant roter Hahn, Klemensstraße 83. Referent Genosse Winter, Redakteur.

Billig! Billig!

Emailleschmortöpfe starke gestanzte Ware

8 Stück, 14–28 cm = 31 Liter Inhalt, mit Deckel Mk. 98.–, ohne Deckel Mk. 75.–

Fabrikverkaufsstelle Artur Grune Leipzig-Lindenau Angerstraße 39, I

Von der Weihnachtsgabe der Buchdruckerei A.G. für die Arbeiterschaft, ein

Künstlerischer Wandspruch:

Bekenntnis zum Sozialismus

von **Leopold Jakoby**

gezeichnet von Gerhart Seger

sind noch Exemplare in unserer Buchhandlung, Tauchaer Str. 19/21 und in sämtlichen Filialen für Mk. **1.—** zu haben.

Der Wandspruch darf in keiner Arbeiter-Wohnung fehlen!

Zurück

Dr. med. Ramshorn

Facharzt für Ohren-, Nasen-, Hals-, Kehlkopf- und Luftröhren-Krankheiten. Röntgen-, Bestrahlungs- und Elektr. Behandlung.

Dresdner Str. 32.

Tapeten R. 1.- an Meter von 5 ₰ an **Borde** **Wachstuch-Reste** billig. **Körner.** Elisenstraße 54, Ecke Körnerstr. Kein Laden.

Familien-Nachrichten

Joachim

Die Geburt eines kräftigen Knaben zeigen erfreut an

Leipzig, Wächterstraße 22, den 16. September 1921

Eisig u. Anna Stein

Beschneidung findet Freitag, 23. September, vorm. ½10 Uhr, statt.

Ganz unerwartet verschied Freitag, den 16. Sept., abends ½11 Uhr, im 57. Lebensjahre unsre gute, treusorgende Mutter, Schwester, Schwägerin u. Tante

Frau Ernestine verw. Kühnemund geb. Knöpel.

L.-Stötz, Plauziger Str 33.

Im Namen aller Hinterbliebenen:

Die tieftrauernden Kinder.

Beerdigung Dienstag, den 20. September, nachmittags 2 Uhr, auf dem Sellerhäuser Friedhof.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter und Großmutter, Frau

Emilie Winkler geb. Berthold

im 65. Lebensjahre nach kurzem, aber schwerem Krankenlager am Sonntag, mittags 2 Uhr, sanft entschlafen ist.

Gautzsch, 19. September 1921.
Auerbachs Hof 16.

In tiefer Trauer

Auguste Winkler

zugleich im Namen aller Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Mittwoch, nachm. 4 Uhr, statt.

Am Freitag starb nach längerer Krankheit der Flaschenkellerarbeiter

Herr Emil Vogt in L.-Kleinzschocher.

Er ist 20 Jahre lang in unserm Betriebe tätig gewesen und hat sich infolge seiner Arbeitsfreudigkeit, seiner Zuverlässigkeit und seines verträglichen Wesens bei seinen Vorgesetzten und Mitarbeitern der größten Achtung erfreut. Ein ehrendes Gedenken ist ihm sicher.

L.-Plagwitz, den 17. Sept. 1921.

Betriebsleitung und Personal der Brauerei C. W. Naumann A.-G.

Dank.

Für die vielen wohltuenden Beweise aufrichtiger Teilnahme beim Tode unsrer lieben

Hedwig

welche uns in so reichem Maße zuteil geworden sind, sprechen wir nur hierdurch allen Verwandten und Bekannten unseren herzlichsten Dank aus.

Berta verw. Hausius
nebst Angehörigen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19210919/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leipziger Volkszeitung

Feuilleton

Montag, 19. September 1921

Hundert Prozent.

58] Von Upton Sinclair.

Copyright by Der Malik-Verlag Berlin-Halensee 1921.

LXXV.

Die beiden Männer lauschten Peters Erzählung, korrigierten sie etwas, hörten sie dann noch einmal an und erklärten sich damit zufrieden. Peter kehrte in sein Hotel zurück, wartete pochenden Herzens auf die Stunde, da er auf der Bühne erscheinen sollte. Als er in den Gerichtssaal geführt ward, zitterten seine Knie, doch behagte ihm das Gefühl unsäglicher Wichtigkeit: hatte er doch eine Leibgarde von vier starken Männern und sah etliche Spitzel auf den Korridoren, sowie unter dem Publikum. Der ganze Saal war voller Leute, die mit den Roten sympathisierten, doch waren diese alle vor ihrem Eintritt durchsucht worden und wurden unentwegt beobachtet.

Als sich Peter auf die Zeugenbank setzte, war ihm zumute, wie es Tom Duggan und Donald Gordon zumute gewesen sein mochte, da ihnen in jener Nacht das grelle Licht von dreißig oder vierzig Automobilen in die Augen schlug. Peter fühlte den konzentrierten Haß von etlichen hundert Roten. Bisweilen brach die zurückgedämmte Wut aus, protestierendes Murren erhob sich, höhnisches Lachen, dann schlug der Gerichtsdiener mit seinem Holzhammer auf den Tisch, der Richter erhob sich halb von seinem Stuhl, erklärte, er werde, falls dies noch einmal vorkäme, den Saal räumen lassen.

Unweit von Peter saßen an einem langen Tisch die siebzehn Angeklagten. Sie gemahnten an Ratten, die in einer Falle gefangen waren, ihre vierunddreißig Rattenaugen hafteten an Peters Gesicht, wandten sich keine Sekunde davon ab. Peter blickte ein einziges Mal zu ihnen hinüber; sie fletschten die Rattenzähne, und Peter schaute rasch wieder fort. Er sah auch noch ein andres Antlitz, das ihm keinen Trost brachte. In duftigen weißen Chiffon gehüllt Frau Gott, die großen blauen Augen auf ihn gerichtet, voller Vorwurf und Bekümmerung. „O, Herr Gudge," schienen die blauen Augen zu sagen. „Wie können Sie? Herr Gudge, ist dies Friede . . . Gerechtigkeit . . . Wahrheit . . . Gesetz? Peter erkannte schmerzlich, er habe sich für immer vom Olymp, von der Veranda, dem weichen Stuhl mit den Seidenkissen abgeschnitten. Er wandte sich der Geschworenenbank zu, wo die männlichen und weiblichen Geschworenen saßen. Eine alte Dame lächelte ihn wohlwollend an, ein junger Farmer blinzelte ihm schlau zu. Peter fühlte, dort habe er Freunde — und schließlich kam in der Verhandlung alles auf die Geschworenen an. Gegenüber dem erhabenen Gerichtshof war Frau Gott ebenso ohnmächtig wie irgendein J. W. W.

Peter machte seine Aussage, dann erfolgte das Verhör. Und wer verhörte ihn? — David Andrews, verbindlich, scherzend und mörderisch. Peter hatte stets Andrews gefürchtet; er kroch schier in sich selbst hinein. Niemand hatte ihm gesagt, daß ihm etwas Derartiges bevorstehe. Niemand hatte ihm gesagt, Andrews werde ihn über alle Details der angeblich von ihm miterlebten Verbrechen ausfragen, über die erlauschten Gespräche, darüber, wer anwesend gewesen war, und dergleichen mehr. Zwei Dinge retteten Peter, das Schnellfeuer von Einwürfen, das Stannard losließ, um Peter Zeit zur Ueberlegung zu geben, und Stannards guter Rat: „Sie können immer etwas völlig vergessen haben." Peter wiederholte ein Gespräch mit Alf Guinness betreffs der Brandlegung, hatte aber völlig vergessen, wer bei diesem Gespräch zugegen gewesen, was noch gesagt und wann das Ganze gewesen sei.

Dann kam die gebenedeite Mittagspause, die Peter ermöglichte, sich neu zu wappnen, bevor die Verhandlung wieder begann. Stannard fragte ihn aus, flickte alle Lücken seiner Aussage. Abermals vergaß Peter gewisse Dinge zur rechten Zeit und entging so den Fallen, die ihm Andrews stellte. Es wurde ihm mitgeteilt, er habe sich „gut gehalten", er wurde im Triumph ins Hotel de Soto zurückgeführt, verweilte dort eine Woche, während die Verteidigung einen Versuch machte, seine Aussagen zu entkräften. Peter las in der Zeitung die langen Reden des Distriktsstaatsanwaltes und dessen Gehilfen, die Peter als Patrioten feierten, der sein Land vor den „inneren Feinden" schützt, auch las er einen kurzen Bericht über David Andrews „Tirade", der Peter eine „Natte", einen „feigen Judas" genannt hatte. Dies bekümmerte Peter nicht, er wußte, es gehöre dazu und Schimpfen ist stets ein Zeichen von Ohnmacht.

Peinlicher berührte Peter ein Brief von Frau Gott, den er am gleichen Tage las. Der Brief war nicht an ihn adressiert, doch sah er Hammet und einen andern Spitzel über etwas lachen, und fragte, was es gebe. Sie erzählten, Frau Gott habe irgendwie alles über Guffey erfahren, ihm einen Brief voller Insulten geschrieben, und Guffey sei wütend. Auf teurem wappengeschmücktem Briefpapier hatte die olympische Mutter mit ihrer schönen mädchenhaften Handschrift ihre Ansicht über Geheimagenten und jene, die sie dangen, ausgedrückt.

„Ihr hockt da, wie eine große Spinne, webt Netze, um Menschen einzufangen und zu vernichten. Ihr vernichtet sowohl Eure Opfer wie Eure Werkzeuge. Der arme Jung, Peter Gudge, den Ihr in mein Haus sandtet — das Herz blutet mir, wenn ich an ihn denke und an das, was Ihr mit ihm getan habt. Er ist ein klägliches, schwachgeistiges Opfer der Habsucht, der in ein Spital für verkrüppelte Seelen gehört, Ihr habt ihn eingefangen, ihm eine gemeine Aussage gelehrt, damit Ihr ehrliche Idealisten ins Gefängnis werfen könnt."

Dies genügte. Peter legte den Brief fort, er wird solchem Blödsinn nicht die Ehre antun, ihn zu lesen. Abermals beschäftigte Frau Gott seine Gedanken. Eine derart mächtige, einflußreiche Frau war weit gefährlicher als die siebzehn J. W. Ws., die vors Gericht gezerrt worden waren. Peter erfuhr, Guffey sei in dieser Angelegenheit bereits bei Neffe Ackerman gewesen, dieser habe Herrn Gott aufgesucht, und Herr Gott habe mit seiner Gattin eine Unterredung gehabt. Die „Times" hatten Frau Gotts olympischen Palast ein „Nest des Bolschewismus" genannt. Frau Gotts Freunde boykottierten ihre Einladungen — Frau Gott wurde also für ihre Frechheit gegen Peter gestraft.

„Ein Spital für verkrüppelte Seelen!" Peter war derart erschüttert, daß ihm nicht einmal die Nachricht, die Geschworenen hätten in erster Instanz die Angeklagten schuldig befunden, seine Lebensfreude zurückgeben konnte. Er teilte Mc. Givney mit, der Prozeß sei zuviel für seine Nerven gewesen, sie müßten jetzt etwas für ihn tun. Ein Automobil fuhr vor und Peter wurde zur Erholung aufs Land gebracht.

Hammet, der ein vorzüglicher Schütze war, begleitete ihn, und Peter wich nicht von seiner Seite. Die Nacht verbrachte er wachend im zweiten Stock des Bauernhauses, fürchtend, einige der J. W. Ws. könnten seine Aussage, sie pflegten ihre Feinde in der Dunkelheit zu erschießen, allzu buchstäblich nehmen. Peter wußte genau, wie sehr sie ihn hassen mußten. Er hatte in der Zeitung gelesen, wie der Richter die Schuldigen vor sich gerufen, sie verurteilt und gezwungen hatte, eine donnernde Rede anzuhören, die in der Zeitung wiedergegeben war. Das Gesetz sah eine Strafe von einem bis zu vierzehn Jahren Gefängnis vor, der Richter verurteilte sechzehn der Angeklagten zu vierzehn Jahren und einen zu zehn Jahren, derart Gerechtigkeit durch Gnade mildernd.

Eines Tages sandte Mc. Givney ein Automobil, Peter wurde in Guffeys Bureau gebracht, ein neuer Plan wurde ihm vorgelegt. In der Nachbarstadt Eldorado waren weitere J. W. Ws. verhaftet worden, uns Peter sollte dort seine Aussage wiederholen. Zufällig kannte er einen der Verhafteten; dies genügte, um seine Aussage erforderlich zu machen, er solle die Geschichte der Brandlegung und der Bombenverschwörung von neuem anbringen. Er werde in Eldorado ebensogut behütet werden, wie hier, ja vielleicht sogar noch besser; Guffey würde ihn seinem Freund Steve Ellmann empfehlen, der für die große Geschäftsorganisation der Stadt als Detektiv arbeitet.

Peter zierte sich. Dies sei eine allzu harte und gefährliche Arbeit, ruiniere einem die Nerven. Es sei kein Vergnügen, den ganzen Tag in einem Hotelzimmer zu hocken, Zigaretten zu rauchen, darauf zu warten, daß die J. W. Ws. einen mit Bomben bewerfen. Auch sei es eine kurzfristige Arbeit, müßte besser bezahlt werden. Guffey erwiderte, darüber solle sich Peter keine Sorgen machen, wenn er gewillt sei, die Aussage zu wiederholen, könne er umsonst im Automobil von einem Ende des Landes zum andern fahren, würde überall im Ueberfluß leben, von allen Zeitungen als Held gepriesen werden.

Doch zierte sich Peter noch immer. Durch die „Times" hatte er erfahren, welch wertvoller Zeuge er sei, nun wagte er es sogar, von dem furchtbaren Guffey den ihm zukommenden Preis zu verlangen. Schließlich sagte Guffey, gut, wenn Peter nach Eldorado gehe, könne er fünfundsiebzig Dollar die Woche haben und alle Auslagen bezahlt bekommen. Außerdem garantiere Guffey, daß er mindestens sechs Monate lang für Peter Arbeit haben werde.

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Leipziger Puppenspiele. (Leipziger Marionetten-Theater.) Die bei jung und alt beliebten Leipziger Puppenspiele haben Freitagabend im Etablissement Eldorado mit ihrem Winterspielplan begonnen. Das Unternehmen setzt sich zum Ziele, möglichst weite Kreise, vor allem die Kinder dem Kino zu entreißen und in ihnen einen guten Geschmack zu fundieren; ein Bestreben, das man nur billigen kann und das weitestgehende Unterstützung verdient. Als erste Vorstellung war der Narrensepp, ein „sehr lustiges Spiel in 3 Akten", angesetzt.

Alles was vorn auf der Marionettenbühne vorging, stand tatsächlich im Dienste der Lustigkeit, bis hinab zu den Augenaufschlägen und dem Zähneklappen des Kaspars. Die Sprecher waren durchweg klar und vernehmlich, nur der Bauernsohn parlierte im Verhältnis zu seinem Habitus etwas zu hochdeutsch. Auch der Rahmen um das ganze war recht geschmackvoll. Gute Musik füllte die Pausen recht angenehm aus. Ein Besuch des Puppentheaters stellt den Zuschauer zufrieden. Es ist nur bedauerlich, daß infolge der geringen Unterstützung durch die Stadt die Eintrittspreise nicht gleichfalls „volkstümlich" gehalten werden können. Eines ist noch zu sagen: Man beginne möglichst etwas früher; eine Vorstellung, die doch zum großen Teil für das Kind bestimmt ist, darf nie bis 11 Uhr dauern, vielleicht kann man etwas früher beginnen, und das Musikalische ein wenig kürzen. — Ganz eigenartig berührt es, wenn in dem Programm der Puppenspiele auf den Besuch der „Retorte" als einem ebenso wichtigen hingewiesen wird. K. W. Sch.

Städtische Theater. Sonnabend, den 1. Oktober, blickt Josef Groß, der Direktor der Operette, auf seine 25jährige Bühnentätigkeit zurück. Anläßlich dieses Jubiläums gelangt als Festvorstellung bei festlich beleuchtetem Hause die dreiaktige Operette „Der Zigeunerbaron" von J. Schnitzler, Musik von Johann Strauß, in der der Jubilar selbst den Schweinezüchter Zupan spielt, zur Aufführung. Außer Margarete Rößner (Saffi), Mizzi Berger (Arsena), Walter Grave (Barinkay), Hugo Steinherr (Conte Carnero), Emmy Navarra (Mirabella), Erich Suckmann (Ottokar), singt von der Städtischen Oper Stefan Kapoti den Grafen Homonay und Elisabeth Merklein die Zigeunerin Czipra. Für die kleinen Rollen der Zigeuner haben sich die Solomitglieder Rudi Gfaller, Rudolf Ander, Josef Trautmann, Hans Hoff, Hermann Engelmann, für die Freundinnen Arsenas Therese Wiet, Charlotte Volland, Charlotte Schädrich, Gertrud Rößner, Hanny Deyra und für den Laternenbub Frieda Netty zur Verfügung gestellt. Außer dem gesamten Chor der Operette wirkt in dieser Vorstellung der Opernchor mit. Für die Statisterie hat sich das Städtische Schauspiel bereit erklärt. Inszeniert wird das Werk von Josef Groß. Mit der musikalischen Leitung bei vollbesetztem Orchester ist Otto Findeisen betraut. Anfang der Vorstellung 7½ Uhr. Während der Ouvertüre kein Zutritt.

Die Mitglieder des Schillervereins werden nochmals darauf hingewiesen, daß die bestellten Theatereintrittskarten für das kommende Winterhalbjahr an der Tageskasse abgeholt werden müssen, wenn nicht anderweitig darüber verfügt werden soll.

Programm des städtischen Schauspiels. Zum Beginn der Winterspielzeit teilt die Schauspieldirektion mit, daß das Alte Theater auch weiterhin dem Drama, in dem der Zeitgeist höchst wesentlich zu künstlerischer Form gestaltet ist, einen weiten Platz einräumen will. Deshalb wird Fritz von Unruhs Tragödie Ein Geschlecht (der erste Teil der Trigolie) gespielt werden. Der dritte Teil Dietrich wird nach des Dichters Mitteilung erst im April vollendet sein und dann auf seinen Wunsch sehr bald hier herausgebracht werden. Dann wird auch der Vorabend der Trilogie Vor der Entscheidung hier zur Uraufführung gelangen, um mit der Trilogie (Ein Geschlecht; Platz; Dietrich) zu einer Unruh-Woche vereinigt zu werden. Von Ernst Toller wird Die Wandlung zur Aufführung gelangen. Weiter wird geschrieben: Die Bühnenleitung ist sich bewußt, daß in dieser Zeit, in der der ethische Mensch um eine neue Weltanschauung ringt, für die Kunst die Gefahr besteht, abseits gedrängt zu werden. So sehr wir ein Theater ohne tieferen Sinn ablehnen, lehnen wir auf der Bühne auch das Ethos ab, das nicht künstlerisch gestaltet ist. Wenn wir den Geist der Zeit richtig verstehen, scheint sich hier ein Kampf vorzubereiten, der in den nächsten Jahren wohl ausgetragen werden wird. Die Aufführung von Franz Werfels letzter dramatischer Arbeit „Spiegelmensch" wird dem Publikum Gelegenheit geben, in diesem Kampf selbst Partei zu ergreifen. An Ur- und Erstaufführungen sind ferner vorgesehen: Knut Hamsun: Munken Vendt. Joachim von der Goltz: Vater und Sohn. Alfred Brust: Der singende Fisch. Wilhelm von Scholz: Der Wettlauf mit dem Schatten. Erich Mosse: Tod und Maske. Frank Wedekind: Franziska Bernhard Shaw: Cäsar und Kleopatra. Anton Tschechow: Der Kirchgarten. Romain Rolland: Danton August Strindberg: Die Brandstätte. Eine der letzten dramatischen Arbeiten Strindbergs, das Spiel in Versen „Die große Landstraße", das bisher nur in Schweden aufgeführt worden ist, soll für die Aufführung im Alten Theater neu übersetzt werden. An klassischen Werken werden neu einstudiert Goethes Faust — 2. Teil „Egmont" mit der Musik von Beethoven (im Sommer 1922 im Neuen Theater), Schillers „Wallenstein", Shakespeares „Romeo und Julia" und „Hamlet".

Schauspielhaus. Am Dienstag erscheinen die Benedixschen Lustspiele Die Hochzeitsreise und Die Dienstboten, die im Frühjahr im Kleinen Theater starken Erfolg hatten, zum ersten Male auf der Bühne des Schauspielhauses. Die Hauptrollen geben die Herren Wildenhain, Stoeckel, Auerbach, Steudel und Weißbach und die Damen David, Eggeling, Harten, Krüger-Michaelis. Der Götz-Abend am Sonnabend wird von Otto Werther in Szene gegeben. Das Lustspiel Freund Heißsporn wird gespielt von den Herren Keßler, Probst, Stoeckel, Wötzel und den Damen Langfelder, Davis, Doerpelkus, Franck-Witt und Gaerlner. Das dramatische Gedicht Fortunatas Biß, das den Abend einleitet, wird in vollkommener Neueinstudierung gespielt von den Damen Carstens und David und den Herren Steiner, Martens und Paulus. Die Vorstellungen beginnen jetzt allabendlich ½8 Uhr.

Sind Muttermale erblich? Ueber die Entstehung der Muttermale herrschten bisher immer noch die verschiedensten Annahmen, unter denen das sogenannte „Versehen" der Mutter auch in wissenschaftlichen Kreisen eine gewisse Bedeutung besaß. Das Muttermal, so dachte man sich diesen Vorgang, komme zustande, wenn äußerlicher Reiz, der seine Entstehung bedingen soll, von der schwangeren Frau erblickt wird. Er fällt damit auf die Netzhaut ihrer Augen und wird von da aus durch die Blutbahn auf die Haut des Kindes geleitet, wo sich dann der betreffende Eindruck wie das Bild auf der photographischen Platte festsetzt und so das Muttermal bildet. Ein solches Zustandekommen wäre nicht unmöglich, allein es wäre ein mystischer Vorgang, den wir nicht genau verfolgen und übersehen könnten. Es läßt sich aber anderseits eine viel natürlichere Entstehung des Muttermals nachweisen, und zwar, wie die jüngsten Forschungen von Metrowsky und Bruck beweisen, auf dem einfachen Wege der Vererbung.

Nach diesen Untersuchungen ist die erste und eigentliche Ursache zur Entstehung des Muttermals nichts andres als eine ererbte, im Keimplasma des entstehenden Menschen enthaltene Anlage. Das heißt mit andern Worten, daß die Keimzellen zum Muttermal schon in der von den Vorfahren auf das Kind übernommenen Anlagemasse liegen, und daß darum beim Nachkommen dieselben Muttermale wieder auftreten, die bei den Vorfahren auch schon aufgetreten waren. Zu dieser ganz natürlichen Entstehung bedarf es also weder des Versehens noch einer geheimnisvollen Reizübertragung. Die Erblichkeit der Muttermale konnte auch in zahlreichen Fällen einwandfrei festgestellt werden — darunter Fälle in denen die Muttermale bei völlig gleichem Aussehen sogar durch mehrere Generationen genau an der gleichen Körperstelle auftraten —, so daß also an ihrer wirklichen Entstehungsursache, einer abnormen Zusammensetzung der einzelnen Erbteile des Keimplasmas, wohl jetzt nicht mehr zu zweifeln ist.

Röntgenstrahlen und Tuberkelbazillen. Sichere Beobachtungen über die Wirkung der Röntgenstrahlen auf die Tuberkelbazillen lagen bis jetzt noch immer nicht vor; denn während einige Forscher eine unmittelbare Wirkung der Strahlen auf die Bazillen festgestellt haben wollten, hatten andre Versuche nur Wachstumshemmungen, nicht aber eine direkte Verbindung der Bazillen ergeben. Erhebliche Verbesserungen der hierzu nötigen Instrumente haben in neuester Zeit diese Frage jedoch anscheinend endgültig gelöst. Die letzten von Haberland und Klein vorgenommenen Untersuchungen ergaben nämlich, daß die mehrere Monate hindurch und im Zeitraum von 10 Minuten bis zu 1½ Stunden ausgeführten direkten Röntgenbestrahlungen der Tuberkel-Reinkulturen weder auf das Wachstum der Bazillen noch überhaupt auf diese selbst den geringsten unmittelbaren Einfluß ausüben.

Die guten Erfolge der Röntgenbestrahlung auf tuberkulöse Körperteile dürften also nicht von einer Wirkung der Strahlen auf die Bazillen selbst, sondern wohl ausschließlich davon abhängen, daß zunächst das lebende Gewebe durch die Bestrahlung beeinflußt und entsprechend verändert wird und daß nun das Gewebe als solches in diesem veränderten Zustand auf die Bakterien schädigend einwirkt.

Kuhpockenimpfung als Heilmittel gegen Keuchhusten. Schon vor etwa sechzig Jahren tauchte in ärztlichen Kreisen die Anregung auf, Keuchhusten einfach durch die Kuhpockenimpfung zu bekämpfen, fand aber einstimmige Ablehnung. Die in letzter Zeit ausgeführten Untersuchungen Sterns haben jedoch bewiesen, daß diese Ablehnung keineswegs berechtigt ist. Die Pockenimpfung keuchhustenkranker Kinder hat im Gegenteil nahezu ausnahmslosen Erfolg gebracht und eine so intensive Heilwirkung gezeigt, daß, wie die jüngsten Versuche von Hammes ergeben, schon 4 bis 5 Tage nach der Bildung der Impfpocken die Hustenanfälle fast auf die Hälfte zurückgingen und nach 10 bis 14 Tagen der Husten überhaupt geheilt war.

Von großer Wichtigkeit ist bei der Kuhpockenimpfung allerdings — was bei den in früherer Zeit erfolgten Behandlungen vermutlich nicht in Betracht gezogen wurde —, ob das Kind bereits erfolgreich geimpft ist oder nicht. Stellt die beim Keuchhusten angewandte Heilimpfung nämlich die Erstimpfung dar, so tritt die Heilung immer und ausnahmslos ein, während, so bald bereits ein oder mehrere Male geimpft wurde, der Erfolg gelegentlich einmal ausbleiben kann.

Den Ausschlag zur Heilung gibt also jedenfalls der Umstand, ob es sich um Erstimpfung oder um wiederholte Impfung handelt. Als Serum wird immer nur der Impfstoff von Kälbern verwandt, die selbst zum erstenmal durch die Impfung impfkrank gemacht worden sind, da man auf diese Weise ein Serum erhält, das in bezug auf seine Giftbekämpfungsstoffe genau der Reaktionsfähigkeit des zum erstenmal geimpften Kindes entspricht. Nach den jüngsten Erfolgen muß man die Kuhpockenimpfung heute wahrscheinlich als das beste und sicherste Heilmittel gegen den Keuchhusten der Kinder betrachten.

Eingelaufene Schriften.

Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld. Heft 11. Freiland-Freigeld-Verlag, Erfurt, Nordstraße 1.

Gustav Winter. Deutschland — schuldenfrei! Das Buch der Stunde. Verlag von Ferdinand Georg, Leipzig-Lindenau Calvistusstraße 32. Preis 2.20 Mk.

Hölz' Anklagerede gegen die bürgerliche Gesellschaft. Gehalten vor dem Moabiter Sondergericht am 22 Juni 1921, Berlin.

Jahrbücher des Sächsischen Oberverwaltungsgerichts, herausgegeben von den Mitgliedern des Gerichtshofes Band 26, Heft 1. Roßberg'sche Verlagsbuchhandlung Leipzig.

Franz Jung. Der Fall Groß. Novelle. Verlag Konrad Hanf, Hamburg 8, Gröningerstraße 30. Preis 8 Mk.

Anton Sommer. Thüringer Klänge. Volksbuchhandlung, G. m. b. H., Jena. Preis 3.30 Mk.

Fontane. Blätter der Erinnerung von Franz Servaes. Verlag Karl Reißner, Dresden-Blasewitz.

O. Kinkel, Rektor. Theorie und Praxis der staatsbürgerlichen Erziehung und Bildung. Verlag Emil Roth in Gießen. Preis kartoniert 8.50 Mk.

Lorenz von Stein. Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich 1789—1850. Herausgegeben und eingeleitet von Dr Gottfried Salomon. Band I: Der Begriff der Gesellschaft und die soziale Bewegung der französischen Revolution bis zum Jahre 1830. Geh. 30 Mk., geb. 40 Mk. Band II: Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich von 1789 bis auf unsre Tage. Drei-Masken-Verlag, München.

Adam Müller. Vorlesungen über die deutsche Wissenschaft und Literatur. Drei-Masken-Verlag, München.

Iwan Goll. Das Lächeln Voltaires. Ein Buch in diese Zeit. Rhein-Verlag, Basel-Leipzig.

Reclams Universal-Bibliothek. Nr. 6225. Theodor Storm. Erinnerungen und Familiengeschichten. Geh. 1.50 Mk., in Pappband 2.50 Mk., in Bibliothekband 3 Mk.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19210919/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

15. Generalversammlung der Metallarbeiter.

In der Sonnabend-Abendsitzung, die sich bis nach 10 Uhr hinzog, wurden Beschwerdefälle behandelt, die kein allgemeines Interesse haben.

Zu der

gemeinschaftlichen Entschließung

der SPD. und USP. zum Geschäftsbericht brachte die KPD.-Fraktion Abänderungsvorschläge ein. Sie beantragten verschiedene Streichungen und Ergänzungen. Unter anderem sollte eingefügt werden, daß der Verbandstag eine Beteiligung an den Arbeitsgemeinschaften ablehnt.

Dißmann erklärte sich gegen die Abänderungsvorschläge. Es sei richtig, daß die gemeinsame Entschließung nicht das vollendete Ideal darstelle, sie solle eine Willenskundgebung des Verbandstages sei. Der Antrag der KPD. bezüglich der Arbeitsgemeinschaften sei ein klar erkennbares Manöver. Arbeitsgemeinschaften beizutreten, wie sie 1918 gegründet worden seien, wäre von keiner Seite auf dem Verbandstage beantragt worden. Die Stellung des Vorstandes in dieser Frage sei klar. Der Verband werde weiter mitarbeiten im Reichswirtschaftsministerium und im Eisenwirtschaftsbund. Der Antrag sei überflüssig; bei seiner Ablehnung habe niemand das Recht, den Verband zu bezichtigen, daß er den Arbeitsgemeinschaften angehöre.

Die Abänderungsanträge wurden hierauf gegen die Stimmen der KPD.-Delegierten abgelehnt. Die Abstimmung über die Frage der Arbeitsgemeinschaften war namentlich. Der Zusatzantrag der KPD. wurde mit 619 gegen 127 Stimmen abgelehnt und die gemeinsame Resolution hierauf gegen die Stimmen der KPD.-Delegierten angenommen.

Am 7. Verhandlungstage berichtete Schulze-Bremen für die Beschwerdekommission über den

Ausschluß kommunistischer Mitglieder

wegen der Teilnahme an der von der Gewerkschaftlichen Reichszentrale der KPD. einberufenen Reichskonferenz. Die Kommission hat die Frage untersucht, ob der Vorstand berechtigt war, die Teilnahme an der Konferenz zu verbieten. Sie hat die Frage bejaht, da die Berechtigung der Einberufung von Reichskonferenzen der Metallarbeiter nur dem Verband zustehe. Mit 16 gegen 2 Stimmen hat die Kommission beschlossen, den Ausschluß gutzuheißen, da die betreffenden Kollegen sich beharrlich geweigert haben, den Anordnungen des Vorstandes Folge zu leisten. Der Berichterstatter teilte mit, daß auch der Verbandsausschuß in seiner Mehrheit seine Ansicht revidiert und sich der Auffassung des Vorstandes angeschlossen habe.

In der Aussprache wandte sich Malzahn-Berlin (KPD.), dem eine längere Redezeit gewährt wurde, scharf gegen die Entscheidung der Kommission. Diese habe mit Stimmengleichheit abgelehnt, in eine Prüfung der 17 Einzelfälle einzutreten. Ohne diese Prüfung könne man aber keine Entscheidung fällen, denn auch der Vorstand habe verschiedene Urteile erlassen. Die Reichskonferenz lief dahin hinaus, die Einheit und Geschlossenheit des Verbandes zu wahren. Sie wandte sich gegen das Bestreben des Vorstandes, für die Kommunisten Ausnahmegesetze zu schaffen. Die Reichskonferenz war nichts andres als ähnliche Konferenzen der Kollegen der USP. Man soll sich nicht krankhaft an Formalitäten klammern. Der Ausschluß ist unberechtigt.

Sickert-Stuttgart (KPD.) vertritt den Standpunkt der Minderheit des Vorstandes. Seit dem Parteitag der USP. in Halle hätte der Vorstand die Kollegen, die zur KPD. übergegangen sind als Verbandsschädlinge angesehen, gegen die man vorgehen müsse. Die früheren Führer der Opposition haben ihre Meinung geändert, seitdem sie die Leitung des Verbandes inne haben. In Stuttgart wäre es nicht möglich gewesen, in diese Stellen hineinzukommen, wenn wir nicht dasselbe getan hätten, was jetzt den Kommunisten zum Vorwurf gemacht wird.

Handke-Stuttgart (Vorstandsmitglied) rechtfertigte den Standpunkt des Vorstands. Es sei notwendig gewesen, daß der Beirat vor den Moskauer Treibereien gewarnt und den Vorstand beauftragt habe, dagegen vorzugehen. Dem sei der Vorstand nachgekommen. Nach Lage der Sache habe der Vorstand gegen die Teilnehmer der Reichskonferenz vorgehen müssen. Nicht wegen der politischen Gesinnung sei der Ausschluß erfolgt, sondern wegen der verbandsschädigenden Haltung. Der Vorstand habe objektiv und nach dem Statut entschieden.

Dann wurde die Debatte durch Antrag geschlossen.

Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte wurde ein Antrag der kommunistischen Fraktion auf Rückverweisung der Sache an die Kommission mit dem Auftrag, zu den einzelnen Fällen Stellung zu nehmen, mit 431 gegen 286 Stimmen abgelehnt. Ein Teil der SPD.- und USP.-Delegierten stimmte für die Rückverweisung. Die Kommunisten beantragen nunmehr, über jeden Fall einzeln abzustimmen. Das lehnte der Verbandstag ab. Der Antrag der Beschwerdekommission, die Ausschlüsse zu bestätigen, wurde hierauf in namentlicher Abstimmung mit 525 gegen 209 Stimmen angenommen. Damit hat der Verbandstag der Ansicht des Vorstands zugestimmt.

Der Verbandstag nahm dann Stellung zur Gehaltsfrage. Die Kommission schlug nun vor, zwei Gehaltsskalen festzulegen, die eine für die Vorstandsmitglieder, Bezirksleiter und Angestellte im Hauptbureau, die andre für die Angestellten in den Verwaltungsstellen. Die erste Gruppe wird in 5 Klassen eingeteilt. Die Anfangsgehälter sollen 2000 bis 2700 Mk., die Endgehälter, die nach 4 Jahren erreicht werden, 2400 bis 3100 Mk. monatlich betragen. Bei der zweiten Gruppe soll das Anfangsgehalt in der 1. Klasse 2100 bis 2300 Mk., das Endgehalt 2500 bis 2700 Mk., in der 2. Klasse das Anfangsgehalt 1800 bis 2000 Mk. und das Endgehalt 2200 bis 2400 Mk. betragen. Diesen Vorschlägen stimmte der Verbandstag nunmehr zu. Die neuen Gehälter werden ab 1. September dieses Jahres bezahlt.

Um 12 Uhr trat die Mittagspause ein.

Die Nachmittagssitzung, der lange Fraktionssitzungen vorausgingen, wurde um 3½ Uhr wieder eröffnet und die Statutenberatung fortgesetzt. Ueber die

Zusammensetzung des Vorstands

ist zwischen der SPD. und USP. nach langen Verhandlungen eine Verständigung erzielt worden. Die Statutenberatungskommission schlug vor, in den Bestimmungen des Statuts über den Vorstand festzulegen, daß die Verwaltung des Verbands aus einem Vorstand von 22 (bisher 19) Mitgliedern besteht, nämlich 4 (bisher 3) Vorsitzenden, 2 Kassierern, 5 (bisher 4) Sekretären, 2 Redakteuren der Metallarbeiter-Zeitung und 11 (bisher 10) Beisitzern. Die Redakteure sollen mit beratender Stimme an den Sitzungen des Vorstands teilnehmen. Die 11 unbesoldeten Beisitzer sollen nicht mehr von den Mitgliedern am Sitze des Vorstands, sondern von der Generalversammlung gewählt werden. Gegen letzteren Vorschlag wandten sich besonders Delegierte der kommunistischen Fraktion, die den Vorwurf erhoben, man schreite zu dieser Maßnahme nur deshalb, weil in Stuttgart die Kommunisten die Mehrheit hätten.

Malzahn-Berlin verlangte für die kommunistische Fraktion die Wahl des Vorstands nach dem Verhältniswahlsystem. Im Vorstand müssen alle Geistesrichtungen vertreten sein. Die Kommunisten würden auf Grund der für sie bei der Delegiertenwahl abgegebenen Stimmen Anspruch auf zwei besoldete Vorstandssitze haben.

Kummer-Offenbach erwiderte Malzahn, wenn er und seine Freunde in Stuttgart die gezeigte Einsicht bewiesen hätten, dann wäre die Verhältniswahl im Verband in Stuttgart eingeführt worden. Redner trat allgemein für die Einführung der Verhältniswahl im Verband ein, die das gerechteste System und nur zum Vorteil der Organisation sei. Er gibt zu, daß dieses System etwas kompliziert sei und beschränkt deshalb seinen Antrag auf allgemeine Einführung der Verhältniswahl auf die Wahlen zum Verbandstag.

Die Statutenberatungskommission erklärte sich gegen die Einführung der Verhältniswahl. Die Wirkungen der Verhältniswahl seien nicht zu übersehen; es passe nicht für eine Gewerkschaft.

Die Einführung der Verhältniswahl wurde auch in der beschränkten Form gegen eine starke Minderheit abgelehnt. Den Vorschlägen der Kommission über die Zusammensetzung des Vorstands stimmte der Verbandstag mit großer Mehrheit zu.

Bei den Bestimmungen über die Generalversammlung wurde beschlossen, daß auf je 4000 (bisher 2000) 1 Delegierter kommt. Das bedeutet eine Beschränkung der Delegiertenzahl um die Hälfte.

Das so geänderte Statut wurde dann en bloc gegen die kommunistischen Stimmen angenommen. Es tritt am 30. Oktober 1921 in Kraft.

Bei den sonstigen Anträgen wurde einem Antrag Pforzheim zugestimmt, der den Vorstand beauftragt, beim ADGB. dafür zu wirken, daß die Finanzierung der Arbeitersekretariate in Zukunft durch den ADGB. erfolgt und die Zahl der heute vorhandenen Sekretariate bedeutend vermehrt wird.

Es wurde nun zur

Wahl des Vorstands,

der Redakteure und der Ausschußvorsitzenden geschritten. Die Fraktionen der SPD. und USP. reichten hierfür eine gemeinsame Liste ein. Die Verständigung der beiden Fraktionen erfolgte für die Wahl zum Vorstand auf der Grundlage von 6:5, der Redaktion 1:1, und der Vorsitzenden des Ausschusses 1:1. Die SPD. erhielt von den besoldeten und unbesoldeten Vorstandsmitgliedern je 6, die USP. je 5 Sitze. Die kommunistische Fraktion verlangte zwei besoldete Vorstandsmitglieder und zwei Sitze von den unbesoldeten Vorstandsmitgliedern.

Die Wahl erfolgte geheim. Die Auszählung des Ergebnisses dauerte sehr lange, da an den Stimmzetteln zahlreiche Streichungen vorgenommen worden sind. Die Liste der SPD. und USP. wurde

Wer hat das Brot so gewaltig verteuert?

Wer hat die Hand dazu geboten, daß die Fleisch-, Milch- und Kartoffelpreise eine so schwindelnde Höhe erreichten? Wer hält dem Volke eine Last nach der andern auf?

Die bürgerlichen Parteien des Reichstags

die das Getreide der Profitlüsternheit der Agrarier und Wucherer ausgeliefert haben und gegen die Stimmen der Unabhängigen sozialdemokratisch. Partei die gewaltige Erhöhung der Getreidepreise beschlossen haben.

Welche Presse

hat sich willig in den Dienst dieser äußerst volksfeindlichen Maßnahmen gestellt?

Die bürgerliche Presse.

Arbeiter, Angestellte! Denkt daran. Bestellt diese Blätter ab und haltet dafür die

Leipziger Volkszeitung.

gewählt. Es erhielten Stimmen: als Vorsitzender Dißmann 555, Reichel 544, Eggert-Stuttgart 530, Brandes 461; als Kassierer Werner 603, Schäfer 548; als Sekretär Handke 533, Schliestedt 515, Buse-Bielefeld 539, Tost 555, Schott 533. Von diesen 11 besoldeten Vorstandsmitgliedern sind neu gewählt der Vorsitzende Eggert und die Sekretäre Buse und Schott, sämtlich SPD. Die unbesoldeten Vorstandsmitglieder wurden entsprechend den vereinigten Vorschlägen gewählt. Als Redakteure wurden gewählt: Kummer-Offenbach (SPD.) mit 551 und Haase-Stuttgart (USP.) mit 509 Stimmen. Als Ausschußvorsitzender wurde gewählt: Weißig-Frankfurt a. M., der bis zum letzten Verbandstag Ausschußvorsitzender war, mit 585 Stimmen. Der bisherige zweite Ausschußvorsitzende Baumann-Frankfurt (USP.) wurde mit 593 Stimmen wieder gewählt. Auf die Vorschläge der KPD. entfielen 105 bis 146 Stimmen.

Damit waren die Arbeiten des Verbandstags beendet. Abends 8½ Uhr wurde von dem Vorsitzenden Böckler mit einem Schlußansprache geschlossen.

Der nächste Verbandstag findet 1923 in Kassel statt.

8. Internationaler Buchdruckerkongreß in Wien.

k. Zum zweitenmal seit dem Weltkriege traten vom 5. bis 9. September die Buchdrucker zu ihrem 8. Internationalen Kongreß zusammen. Es waren 28 Delegierte anwesend, die folgende Länder vertraten: Deutschland, Böhmen, Bulgarien, Dänemark, Frankreich, Niederlande, Italien, Jugoslawien, Luxemburg, Mähren, Norwegen, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Siebenbürgen, Banat, Tschechoslowakei und Ungarn. Die Vertreter der Buchdruckerorganisationen aus Finnland und Rumänien konnten wegen Paßschwierigkeiten nicht erscheinen. Als Gäste waren erschienen Vertreter der Typographikal Association von England, des allrussischen Buchdruckerverbands, des Internationalen Verbands der Lithographen und Steindrucker, des Internationalen Buchbinderverbands und der Gewerkschaftskommission Deutsch-Oesterreichs. Als Präsident des Kongresses wurde Schlumpf (Schweiz) bestimmt. Der Hauptberatungsgegenstand der Konferenz war der Ausbau und die Festigung der Buchdruckerinternationale. Den Tätigkeitsbericht gab der internationale Sekretär Verdan (Schweiz). Er berichtete, daß der volle internationale Zusammenschluß leider noch nicht erreicht worden sei, es bestehe aber Hoffnung, daß sich England zum Beitritt entschließen werde. Auch mit Amerika und einigen andern Verbänden seien Verhandlungen angebahnt. Finanzielle Schwierigkeiten hätten die Tätigkeit des Internationalen Sekretariats gehemmt. Durch das Entgegenkommen einiger Bruderorganisationen aus Ländern mit guter Valuta, habe man die Schwierigkeiten beheben können. In der Aussprache wurde von verschiedenen Delegierten der volle Zusammenschluß gewünscht. Besonderer Wert wurde auf den Beitritt der englischen Buchdruckerorganisationen gelegt. Auch wurde lebhaft gewünscht, daß der Sekretär bei den noch fernstehenden Organisationen aufklärend wirke. Der Bericht wurde einstimmig genehmigt.

Zur Frage der Aufhebung der Gegenseitigkeitsmarke wurde beschlossen: „Die Gegenseitigkeitsmarke wird abgeschafft; die Verbände sind verpflichtet, sämtlichen Mitgliedern Verbandsbücher auszustellen. Die Sekretariatskommission soll über die Schaffung eines internationalen Verbandsbuchs beraten.“ Zur Finanzierung des Sekretariats wurde eine fünfgliedrige Kommission gewählt, die wegen der Valutaunterschiede einen einheitlichen Vorschlag ausarbeiten soll, der allen Ländern gerecht wird.

Gegen die Vergewaltigung der ungarischen Gewerkschaften, denen die Autonomie und das Selbstbestimmungsrecht genommen wurde, beschloß der Kongreß einstimmig folgende Resolution: „Der in Wien tagende 8. Internationale Buchdruckerkongreß nahm mit Befremden Kenntnis davon, daß der Unterstützungsverein der Buchdrucker und Schriftgießer Ungarns auf Grund einer Regierungsverfügung seit nahezu einem Jahre seine Autonomie und seine Selbstbestimmungsrechte verlustig ging. Die gegen den Verein seit Monaten andauernde behördliche Untersuchung hat keinerlei statutenwidrige Betätigung festgestellt. Die Friedensverträge sichern den Arbeiterorganisationen ihre Freiheit und Unabhängigkeit. Im Namen der europäischen Buchdrucker verlangen wir, daß der ungarische Buchdruckerverein seine Autonomie zurückerhalten, um seiner hehren Bestimmung ungehindert und ohne Schwierigkeiten gerecht werden zu können.“

Am 2. Verhandlungstag sprach Sekretär Verdan über die christlich-soziale Bewegung. Er schilderte in großen Zügen das Wesen der christlichen Organisationen. Diese seien ein Werk der den Kapitalismus stets beschützenden Kirche und seien zu dem Zweck geschaffen worden, den freien Gewerkschaftsorganisationen entgegenzuarbeiten. Vielfach ständen diese Organisationen unter Führung von Geistlichen. Sie geben sich durch die Aufstellung von sozialpolitischen Forderungen den Anschein, daß sie die Interessen der Arbeiterschaft wahren wollten. Dieses sei aber nur zum Schein. Komme es zu Kämpfen, so fielen sie der freiorganisierten Arbeiterschaft in den Rücken und verhinderten oder erschwerten vielfach die Erringung besserer Verhältnisse. Die christlichsozialen Gewerkschaften hätten sich ebenfalls international zusammengeschlossen. Während diese Bewegung in einzelnen Industrien an Boden gewonnen habe, habe die graphische Industrie noch nicht besonders darunter gelitten. Die Internationale Sekretariatskommission sei aber der Auffassung, daß dieser Bewegung erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken sei.

Ueber den Zusammenschluß der kleinen Organisationen der Einzelländer berichtete ebenfalls Sekretär Verdan, der dafür plädierte, daß in einem Lande nicht verschiedene Verbände bestehen dürfen. Es wurde durch Beschluß der Internationalen Sekretariatskommission die Vollmacht erteilt, in einzelnen Fällen entsprechend einzugreifen. Im Verlaufe der Debatte ergriff das Wort French (England), der den Wunsch aussprach, daß die englischen Buchdrucker bald als vollberechtigte Mitglieder auf dem Internationalen Kongreß erscheinen könnten. Eine große Arbeitslosigkeit in England habe bisher die Frage noch nicht reifen lassen. Diese Erklärung befriedigte jedoch anscheinend nicht alle Delegierte. Die wichtigste Arbeit des 3. Verhandlungstags betraf die Entscheidung Moskau oder Amsterdam. Nach langer lebhafter Debatte wurde mit 20 gegen 2 Stimmen folgende Entschließung angenommen: „Der 8. Internationale Buchdruckerkongreß stellt sich in Uebereinstimmung mit den Gewerkschaftsorganisationen aller Länder auf den Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale. Demgemäß können der Buchdrucker-Internationale nur solche Organisationen angehören oder beitreten, die auf dem gleichen Boden stehen.“

Das Referat über tarifliche und taktische Fragen erstattete der deutsche Vorsitzende Seitz.

Eine längere Entschließung zu diesem Punkt fand einstimmige Annahme. „Diese erklärt die Tarifgemeinschaften als das Produkt langer Kämpfe um das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Solange nichts Besseres an deren Stelle gesetzt werden könne, müsse auch die Internationale der Buchdrucker die konsequente Fortsetzung der Tarifvertragspolitik als notwendig bezeichnet werden. Der Kongreß betrachtet Bezirks- oder Ortstarife nur als Vorstufe und spricht sich entschieden für die Schaffung von Reichs- und Landestarifen aus. Der Ausbau der Tarifgemeinschaften in der Richtung zu sogenannten Berufsgemeinschaften müsse vorerst der Entwicklung, der Gesetzgebung und der Gestaltung der Verhältnisse in den einzelnen Ländern überlassen bleiben.“

Schäfer (Bern) referierte über die Frage der Preßfreiheit. Nach einer lebhaften Diskussion wurde nachstehende Resolution gegen 4 Stimmen angenommen: „Der Kongreß steht grundsätzlich auf dem Boden der unbedingten Preßfreiheit. Er wendet sich daher mit aller Entschiedenheit gegen die da und dort erfolgten Verbote von Zeitungen und Zeitschriften, weil durch derartige Maßnahmen, neben der Knebelung der freien Meinung, die wirtschaftlichen Interessen der Buchdrucker schwer geschädigt werden. 2. Die Vertreter der internationalen Buchdruckergemeinschaft erklären aber auch, daß die Preßfreiheit nicht zum Mittel der Unterdrückung, der Versklavung und Knebelung der Arbeiterschaft mißbraucht werden darf, da sie sich sonst mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen wenden müßten.“

Am 4. Verhandlungstage standen die Gegenseitigkeitsverträge zur Tagesordnung. Es wurde eine einheitliche Reise-, Umzugs-, Kranken-, Invaliden-, Witwen- und Waisenunterstützung gewünscht, jedoch konnte sich der Kongreß für eine einheitliche Regelung, wie sie besonders von Frankreich verlangt wurde, nicht entschließen. Der 5. Verhandlungstag brachte eine Aussprache über Industrieverbände. Referent war von der Wall (Holland). Er begründete nachstehende Resolution, die Annahme durch den Kongreß fand: „1. die Frage der Gründung von Industrie- oder Berufsverbänden ist nur von taktischer, nicht aber von prinzipieller Bedeutung. 2. In kleinen Ländern mit wenig Buch- und Papierarbeitern kann einem Industrieverband aus finanziellen Erwägungen der Vorzug gegeben werden. 3. Im allgemeinen ist es aber nicht empfehlenswert, die Gründung von Industrieverbänden künstlich zu fördern. 4. Solange Nebenbranchen der Buch- und Papierindustrie noch zum großen Teil in speziellen Betrieben ausgeübt werden, sind die Berufsorganisationen zur Aufrechterhaltung der freien Gewerkschaften in diesen Nebenbranchen zu empfehlen, weil so die Werbekraft der verschiedenen Gruppen größer bleibt. 5. Wo für die verschiedenen Gruppen der Buch- und Papierindustrie besondere lebenskräftige Berufsverbände bestehen, müssen diese aufrechterhalten werden; es ist jedoch eine enge föderative Verbindung anzustreben.

Ueber die technische Entwicklung im graphischen Gewerbe referierte Klein-Deutschland, der darauf hinwies, daß im Schoße der Zukunft zweifellos noch manche technische Ueberraschung für das graphische Gewerbe liege. Es müsse deshalb in erster Linie danach gestrebt werden, durch neue mechanische Verfahren im technischen Arbeitsprozeß erwerbslos werdende Arbeitsgenossen unterzubringen. Solche Fragen könnten jedoch nicht von vornherein und prinzipiell einheitlich geregelt werden. Die organisatorischen Erwägungen drängten zu der Erkenntnis, die Lösung der gegenwärtigen und zukünftigen Probleme mit größtem Interesse zu verfolgen und überall nachdrücklichst das Notwendige zu tun, um von größeren Veränderungen im technischen Produktionsprozeß nicht überrascht zu werden. Hierauf wurde einstimmig Verdan zum internationalen Sekretär gewählt. Der Sitz des Internationalen Bureaus bleibt Bern. Der Sekretariatskommission überwiesen wurde ein Antrag auf Schaffung eines internationalen Invaliden- oder Erholungsheims.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19210919/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Neues Theater.

Montag, den 19. September: Vorstellung für das Arbeiterbildungsinstitut (Bezirk Osten 20 01—25 00 0): Rigoletto. Anfang 7½ Uhr.
Dienstag, den 20. September: 1/4. Anrechts-Vorstellung (2. Folge, rot): Der Mantel; Schwester Angelica; Gianni Schicchi. Anfang 7 Uhr.
Mittwoch, den 21. September: Vorstellung für den Leipziger Wirtschaftsverband: Der fliegende Holländer. Anfang 7½ Uhr.

Altes Theater.

Montag, den 19. September 1921
Letztmalige Vorstellung
Zugleich Anrechts-Vorstellung für den Leipziger Wirtschaftsverband
Ab dafür!!
(Neunzehn- und-neunzehn!)
Eine Zeitschnurre in 3 Akten von Leo Lenkeroven und Karl Mathern
Im Szene gesetzt von Herbert Hübner.
Einfache Preise. Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende gegen 10 Uhr.
Dienstag, den 20. September: Letztmalige Vorstellung. Zugleich Anrechtsvorstellung für das Arbeiter-Bildungs-Institut (Bezirk Westen 1001—4000): Doppelselbstmord. Anfang 7½ Uhr. Einfache Preise.
Mittwoch, den 21. September. Letztmalige Vorstellung. Zugleich Anrechts-Vorstellung für die II. Fortbildungsschule: Doppelselbstmord. Anfang 7½ Uhr. Einfache Preise.

Neues Operetten-Theater.

Montag, den 19. September: Vorstellung für den Verein Gabelsberger: Das Holländerweibchen. Anfang 7½ Uhr.
Dienstag, den 20. September. Die spanische Nachtigall. Anfang 7½ Uhr. Einfache Preise.
Mittwoch, den 21. Septbr.: Das Holländerweibchen. Anfang 7½ Uhr.

Leipziger Volkstheater.

Dir. Max Samt. Geschäftsst.: Johannisgasse 30. III. 1.
Montag, d. 19. September, abends 8 Uhr, im Felsenkeller, Plagwitz: Emilia Galotti. Morgen: Dieselbe Vorstell.

Eldorado, Pfaffend. Str. 4, am Alt. Theat. Montags geschloss. Ab Dienstag tägl. 5 Uhr: Kind.-Vorst. 8 Uhr: Vorst. f. Erwachs.

Krystall-Palast

Täglich abends ½8 Uhr:
Ukrainischer Chor
27 Personen 27 Personen
sowie das weitere erstklassige
Großstadt-Programm

Apollo-Variété

Dicht am Bayerischen Bahnhof
Täglich abends ½8 Uhr
54 erstklass. Künstler. — Sichern Sie sich Eintrittskarten — 30 Mitwirk. i. Ballett
zu dem grossen Ausstatt.-Ballett
Isis „Ein Abend in Kairo"
ausgeführt vom
Haas-Heye-Ballett
Dekorationen, Kostüme und Toiletten von Prof. Haas-Heye. — Ausserdem
Der erstkl. Variété-Spielplan
Die Presse schreibt: Der September-Spielplan steht auf seiner Höhe. Er verdient allabendl. ausverkaufte Häuser.
Vorverkauf: Tageskasse 10—2 Uhr. Tel. 11111. Warenhaus Th. Althoff, Petersstr.

Gosenschlösschen, Eutritzsch.

Heute Montag **Feiner Ball.** Abwechselnd Herr.- u. Damenwahl. Tanzfrei

Gansfouci

Heute 7 Uhr **Ball**

Battenberg

Varieté Tel. 1370 **Theater**

Anfang 8 Uhr
Leipzigs Liebling Gustav Bertram
Marga Peter v. Apollo-Theater, Düsseldorf, als Gast in
Das Mädel vom Kabarett
Neu für Leipzig — Letzten Male

Anfang 8 Uhr
Ihr Sorgenkind.
Volksstück in 4 Aufzügen von Karl Meissner.
Morgen:
Ihr Sorgenkind.
Sonnabend, d. 1. Oktober
Jubiläums-Vorstellung
f. Oberspielleiter Thilo Schmidt.

Vorverkauf: Tageskasse 10—2 und Zigarren-Geschäft K. Hirsch, Katharinenstrasse 6.

Drei Linden

Heute abend ½8 Uhr:
Der große Varieté-Erfolg
12 erstklassige Attraktionen

Zoray Hayda Skandinaviens beste Tänzerin	**Hilde Gad** die bekannte Grotesktänzerin
Dr. Angelos leb. Marmorskulptur	**Mme. Lauré** die tollkühne Schönheit

sowie die weiteren Attraktionen.
Vorverkauf: Tageskasse 10-2 Uhr (Tel. 48543), Th. Althoff, Petersstr. Konsumv., Karl-Heine-Str.

Blumensäle.

Täglich abends ½8 Uhr
Künstler-Kabarett.
Sonntags 2 Vorstellungen. * 4 Uhr u. ½8 Uhr

Löwenpark Leipzig-Stötteritz

Strabenb. 6 u. 19. Fernr. 14709
Inhaber Paul Graupner
Heute Montag ab ½8 Uhr **Ball.**

Leutzsch, Alter Gasthof

Morgen Dienstag ab 7 Uhr: **Großer Ballbetrieb.**

Schillerschlößchen

L.-Gohlis, Menckestraße. Strabenb. 6, 12, 13, 20.
Heute von 7 Uhr an
Grosser Damen-Ball.
Abwechselnd Damen- und Herren-Engagement.
Das ist Betrieb!

Mir ist so wohl,
jedesmal nach einer Kopfwaschung mit
„Madaform"
fühlt man so richtig, daß es nichts besseres geben kann
Zu haben in allen einschlägigen Geschäften. Direkt nur an Wiederverkäufer durch die Hersteller:
Heilbronner & Co. Heilbronn a. N.

Gas- u. elektrische

Speisezimmerkronen
Salonkronen
Zuglampen
Tischlampen
Ampeln
werden in uns. Ausstellungslokal billig abgegeben. *
Reichsstr. 15.

Grosse Auswahl in **Anzügen** getragene und neue Hosen, Cutaway, Gehrockanzüge, Schlüpfer, Covercoat, Gummimäntel usw. — Bitte ansehen ohne Kaufzw.
Johannispl. 8 hinter der Kirche und **Lange Str. 10, I.** und **Demmeringstr. 72, II. l.**

Trotz der eingetretenen Teuerung verkaufe noch zu alten Preisen: [*
Anzüge
Friedensware, von Herrschaften abgelegt, v. 150.00 an
Einzelne Hosen von 50.00 an
Militär-Hosen von 95.00 an
Einzelne Jacketts v. 60.00 an
Winterüberzieher v. 100.00 an
Schlüpfer (neu) v. 450.00 an
Damen- und Herrenwäsche, Kleider, Blusen spottbillig!
Besichtigung ohne Kaufzwang
Sellnger, Turnerstraße 3

Leipziger Schauspielhaus.

Sophienstr. 17/19 Direktion Fritz Wiehweg. Fernruf 1080
Montag, den 19. September 1921, abends 7½ Uhr
Gabriel Schillings Flucht.
Drama in 5 Akten von Gerhart Hauptmann.
Im Szene gesetzt von Fritz Wiehweg.
Personen: Gabriel Schilling, Maler (Hanns Steiner); Ueline, seine Frau (Stella Dabid); Professor Maurer, Bildhauer und Radierer (Otto Werther); Lucie Heil, Violinistin (Gertrude Langfelder); Hanna Elias (Lina Carstens); Fräulein Majatin (Elisabeth Lennartz); Doktor Rasmussen (Artur Fischer-Streitmann); Alas Osferd, Wirt im Krug auf Fischmeisters Ohe (Rudolf Walqué); Albin, Tischlermeister (Alfred Wötzel); Der Lehrjunge (Artur Löwe); Schuckert, Matthias Fischer (Karl Walden, Alfr. Einicke), Fischer, Frauen und Kinder der Fischer.
Das Drama spielt auf Fischmeisters Ohe, einer Insel der Ostsee. Zeit um 1900.
Der Vorhang wird vor Schluß des Stückes nicht geschlossen!
Pause nach dem 3. Akt.
Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende gegen 10½ Uhr.
Dienstag, den 20. September, abends 7½ Uhr: Neu einstudiert Die Hochzeitsreise. Hierauf: Die Dienstboten.
Mittwoch, den 21. September, abends 7½ Uhr: Gabriel Schillings Flucht.
Der erste Spielabschnitt des neuen Geschäftsjahres läuft vom 1. bis 21. September 1921. Die noch nicht eingelösten Kontrollmarken der alten Jahreskarten müssen im Laufe des September eingelöst werden. Nur die Einlösung des 10. Spielabschnitts bleibt freigestellt.

Kleines Theater.

Telephon 12300 Direktion: Fritz Wiehweg. Eisenbahnstraße 43
Montag, den 19. September 1921, abends 8 Uhr
Vereinsvorstellung.
Die Scheidungsreise.
Musikalischer Schwank in drei Akten von Leo Walter Stein.
Musik von Hugo Hirsch.
Regie: Otto Stoeckel. — Musikal. Leitung: Kapellmeister H. Richter
Musikschlager: 1. Ja, das Fleisch kann manchmal schwach sein! 2. Wer wird denn weinen, wenn man auseinandergeht! 3. Mädel wo bist du, Mädel wie küßt du! 4. Mitten in der Nacht. 5. Das ist der Sport der Republik.
Kein Kartenverkauf!
Einlaß 7½ Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende gegen 10½ Uhr.
Dienstag, den 20. September, abends 8 Uhr: Reigen.
Mittwoch, den 21. September, abends 8 Uhr: Die Sache mit Lola.

Allgem. Arbeiter-Bildungs-Institut

Altes Theater. Donnerstag, den 22. September, abends 7 Uhr, Serie B. 10. Vorstellung. Baumeister Solneß von Ibsen. Einzelplatz 5.50 Mark, 3. Rang 1.20 Mark. Bezirk Osten Nr. 24001—25500. Ausgabe bis Dienstag, den 20. September.

Altes Theater. Sonntag, den 25. September, nachmittags 3 Uhr, Serie B. 11. Vorstellung: „1913" von Sternheim. Einzelplatz Mark 4.00, 3. Rang Mark 0.80. Bezirk Zentrum-Süden Nr. 51001—52500. Ausgabe bis Freitag, den 23. September.

Alberthalle. Sonntag, den 25. September, vormittags 11 Uhr, Serie C. 3. Anrechtskonzert: Symphoniekonzert. Sitzplatz Mk. 6.00, Galerie Mk. 3.00. Osten Nr. 20001 bis 25000. Ausgabe bis Freitag, den 23. September.

Neues Theater. Montag, 26. Septbr., abends 7 Uhr, Serie A., 3. Opernvorstellung: Carmen von Bizet. Einzelplatz Mk. 12.50, 3. Rang Mitte Mk. 5.—, 3. Rang Seite 2.75. Bezirk Norden Nr. 40001—43850. Ausgabe bis Freitag, den 23. Septbr.

Altes Theater. Montag, 26. Septbr., abends ½8 Uhr, Serie B., 12. Vorstellung. Drei Einakter: Die Stärkere; Der Schlachtenlenker; Der Bär. Einzelplatz Mk. 5.50, 3. Rang Mk. 1.20. Bezirk Westen Nr. 4001—5500. Ausgabe bis Freitag, 23. Septbr.

Altes Theater. Mittwoch, den 28. September, abends ½8 Uhr, Serie B. 13. Vorstellung. Faust. 1. Teil von Goethe. Einzelplatz 5.50 Mark, 3. Rang 1.20 Mark. Bezirk Osten Nr. 25001—28050. Ausgabe bis Montag, den 26. September.

Altes Theater. Donnerstag, den 29. Septbr., abends 7 Uhr, Serie B., 15. Vorstellung. Baumeister Solneß von Ibsen. Einzelplatz 5.50 Mark, 3. Rang 1.20 Mark. Bezirk Norden Nr. 40001—41500. Ausgabe bis Dienstag, den 27. Septbr.

Karten sind gegen Vorzeigung der Anrechtskarten in den bekannten Verkaufsstellen zu haben.

KORSO

Vornehm behagliches Kaffeehaus am Augustusplatze. *
Tägl. Künstlerkonzert. Leit. Kapellmstr. Bennes Kubelik
Eigene Konditorei. Weltstädt. Eleganz. **G. Zeisner.**

Patentanwaltsbüro Sack,

Leipzig, Brühl 2.

Kleiner Anzeiger

Arbeitsmarkt

Zum sofortigen Eintritt tüchtigen
lithogr. Maschinenmeister
für Farbdruck in Dauerstellung sucht *
Max Krause Papier-Ausstattungs-Fabrik Berlin S. 42, Alexandrinenstr. 93

Straßenhändler!
Glänzender Verkaufsschlager.
Großer Verdienst. — Muster 1.50 Mark.
Kühn & Co., Berlin SW. 47, Yorckstraße 11. *

Metallformer welcher an sauberes Arbeiten gewöhnt ist und selbständig arbeiten kann, in dauernde Stellung gesucht.
Arthur Kirchhof Metallgießerei Moorane i. S. [*

Tüchtiger Kürschner f. Kanin sof. ges. Zu melden von 12-1 Uhr. Brühl 41, II.

Gartenverein Leipzig-Anger-Cr. sucht f. 15. Oktober. Vereinshausbetriebsleiter. Off. bis 23. 9. H. Diehe, Roßtäuscher. 45.

Pferdeknecht sucht z. 1. Okt. 1921 Gutsbes. A. Matthes, Lindenthal. [*

Verf. Offset-Anlegerin (doppelzeit.) per sof. gesucht.
Wezel & Naumann, Kft.-G. Täubchenweg 71/73.

Bess. Alleinmädch. od. einf. Stütze, w. in häusl. Arb. erf. u. etw. koch. k. b. g. Behdl. u. Lohn sof. od. 1. 10. gesucht. Gutr., Binnastr. 7, II. Leuthier.

Schulmädchen älteres, anständ., zur Beaufsicht. 1½j. Kd. f. nachm. ges. Bühl, Neudnitz. Str. 12, IV

Ordentlich. kinderl. Mädchen ges. Leonhardt, Vo., Bergst. 28

Verkäufe

Spottbillig!
Getragene und neue
Anzüge
Militär-gestreifte schwarze Arbeiter-
Hosen
nur prima Qualitäten u. feinste Schneider-Arbeit a. sämtliche Schuhwaren kaufen Sie wie altbekannt beim billigen
Kramer
nur Eisenbahnstr. 5.
Keine Filialen.

Flotte Reise- u. Versandgsch. m. Fabrikation, bedeut. erweiterungsfähig bes. Umst. h. verk. erf. 15—20 000 Mk. Off. A 88 Expedition d. Bl.

Zu verk. 2 Paar gebrauchte Schuhe, 39 u. 40. Lindenau, Götzstraße 3, II. r.

Von Herrschaften wenig getr. so gut wie neu, u. neue Herr.-, Dam.- u. Knd.-Garderobe aus feinst. Stoff. herges., kauf. Sie, wie altbekannt, gut u. bill. [* nur b. Kummer, Reichsstr. 14 Tr. B

Anzüge v. 220.— an a. f. st. Fig.
Hosen a. A. v. 65.— an
Hosen für Kellner v. 70.— an
Gu.-Mänt., Schlüpf. Frack
Gebr. Smok.-Anz. a. leihw.
bar und Teilzahlung
* ohne Aufschlag T. 6196
Baumgärtel Königsvl. 9, I. neb. Grassimus.

Anzüge, Paletots, Ulster, Hosen, Jacketts, Westen, Mil.-Joppen, Hosen neu u. getr., bill. **Wadewitz** Windmühlenstr. 33, I. neb. Astoria-Kino, kein Lad., desh. b. bill. Preise.*

!Von Herrschaften! wenig getr. Herren- u. Damen-Garderobe, Kostüme, Kleider, Mäntel, Röcke, Blus., Schuhe, Bettwäsche zu billig. Preisen Naustädter Steinweg 26, I. l.*

Hinrich Georg **Oldag** jetzt **Nikolaistrasse 10, I.**
Bett-Damast . 25.— 39.—
Bettinlett . . . . . 26.—
Hemd.-Flanell bf. u. weiß
Haub- und Wischtücher
Taschentücher, bt. 3.50.—
Verkal für Oberhemden
Kein Laden.

Küchen, Schlafzimmer, neu, verk. Turnerstraße 7, I. [*

Gebr. kompl. Gebett, Federbetten, Bettstelle mit guter Matratze zu verkaufen. Alexanderstraße 10, II. links.

Hochfeines Mahagoni-Büfett bill. Eisenbahnstr. 6, Ecke Melanchtonstraße.

Einige Küchen, wie neu, modern, sehr billig. Besichtigung ohne Kaufzwang. Eisenbahnstr. 6, schräg üb. Kaiserh.*

Waschk., Küchent., Stehpult, Anzugst. Eisenstr. 17, Tischl.

Damen-Rad, fast neu, billig zu verk. von 5—6 Uhr abends Lindenau, Ottostr. 32, III. lks.

Billiger * **Messmusterverkauf** Königl. Querst. 27

Eleg. Kindwag., gep. Klappst. sehr bill. Lt. Birkenstr. 8, p. r.

Klappwag., m. u. o. Verd., vk. Neuschö., Melchiorstr. 16, l. r.

Sport- und Berufs-Kleidung
solid und billigst [*
Ulster :: Gummi-Mäntel :: Wäsche
Jackett-Anzüge Maurer- u. Schlosser-, Wasch- u. Zeitplan-Anzüge, Lüster-, Eisenbahn-, Fleischer- und Konditor-Jacken
Manchester-Hosen Anzüge, olivgrau, hell- und silbergrau, auch für Burschen und Knaben feldgrau ab Mk. 95.-, Arbeits-Hosen ab Mk. 45.-, Manchester- und Ledertuchhosen, Kellner-, Dienst- und gestreifte Hosen
Sport- und Reit-Hosen Manchester feldgrau kariert
Mützen in großer Auswahl . . . . . ab Mk. 15.-
Gamaschen Leder . . . . . ab Mk. 85.- braun, schwarz, Wickelgam., Stutzen
Walter Fritzsche Kurprinzstraße 22 Frommannstr. 12 **Leipzig**

Kindergitterbett mit Matr. vk. Neuich., Melchiorstr. 16, l. r.

Nähmasch., gut nähend, verk. Kappe Nürnberger Str 11. *

Nähmasch., gutnäh., vk prow. Meth, Frankfurter Str. 22. [*

Sehr gutnähende Nähmasch. 320 Mk. Lt., Birkenstr. 8, pt. r.

Fahrräder gebr. von 440 an, Luftschläuche von 13.50 an, Laufdecken von 43 Mk. an, [* Zubehör z. bill. Tagespreisen **Beyer** Naustädter 33 Steinweg

2 Dam.- u. Herr.-Räd. (Ein- u. Verk.) Eisenbahnst. 16, Hb. II. r.

Korbkinderw., f. neu, 250 Mk., Stubenw. 50 Mk. Golger, Kl. Fleischerg. 16, II am Dittrichr.

Meßmuster kaufen Sie billig bei **F. Brumme,** Zweinaundorf. Str. 7*

Sitz- u. Liegewagen mit Verd. verk. Eutr., Wittenb. Straße 45, IV., von 5 Uhr an.

Fischgeräte, verschd. Wagenfedern, Ofen, pass. f. Restaur. z. vk. Aitben 14, Zoelcke.

Kaufe alte Zähne u. Zahngebisse
nur Dienstag und Mittwoch, den 20. u. 21. September, von 9—6 Uhr *
Hotel Fröhlich, Wintergartenstraße 14.

Deutsche Schäferhündin, 4 Mon., helles Herrenjackett verk. Eisenbahnstr. 133, I. M.

4 junge Hunde sehr billig zu verkaufen. Fregestraße 6.

Reiz., schön gez. Rassehunde, l. wachl., v. 8 Woch. b. 4 Mon., v. 40 Mk. an. Lt., Birkenstr. 8, p. r.

Kaufgesuche

Kaufe Herren-Garderobe, Militär-Sachen [* Gehrock-Anzüge, Betten, Bett- u. Leibw., Leihhausich., Militär-Stiefel und Schuhe. Klink, Ranstädter Gasse 6, pt. Straßenbahn b. Battenberg.

Gehrock-Anzüge u. alle andere **Herrengarderobe** a. einz., u. **Leihhausscheine** kauft Johannisplatz 8 (hinter der Kirche) u. Lind., Demmeringstraße 72, II. links. *

Gold- u. Silberwaren
Uhren, Ketten, Ringe, Platin kauft **Max Israel,** Uhrm. Promenadenstr. 5, Lad.*

Suche sofort u. folgende Tage z. kauf. Kinderwag., Klappw., Kinderbett m. M., Puppenw., Kanonof., Möbel all. Art. Off. Lt., Birkenstr. 8, Brettschneid.

Vermischte Anzeigen

Damenuhr vom Flutbett bis Schl. Weg verlor. Ehrl. Find. w. geb. Schl., Probsteistr. 6, II. r. abzugeb., da nicht Eigentum.

Felle kauft * Rosenzweig Hallische Straße 12.

Ihr Anzug
wird wieder wie neu gereinigt u. gebügelt für 20 Mk. Abholung und Zusendung frei. Postkarte genügt an Wäscherei **Undine, Leipzig-Dölitz.** *

Die altbekannte
Hüte-Umpresserei Lauckner
immer noch
Leibnizstrasse 8.
Größte und schönste Formen-Auswahl
Beste Ausführung *
Billigste Preise
Kürzeste Lieferzeit!

Verleihe Cutaway-, Smoking-, Frack-, Gehrock-Anz., Zylinder, Klapp-Hüte **Wadewitz** Windmühlenstr. 33, I. neben Astoria-Kino.*

Zur Anfertigung eleganter u. einfach. Damengarderobe empf. i. Frau M. Hofmann, Alexanderstr. 38, IV. l.

Kammerjäger Wagner wohnt Senefelderst. 11, S. 1*

Wohnungen

1 oder 2 leere Zimmer ev. mit Kochgel. v. sol. Herrn gesucht. Off. u. B. 89 a. d. Exp. d. Blatt.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19210919/10 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG